



SMOC

Sanfte offene Koordinierungsmethode von Prevalet

Gemeinsamer Fortschrittsbericht der Regionen über
die Umsetzung der europäischen Strategien
des lebenslangen Lernens

• auf dem Weg zur Multi-Level-Governance •



Proceedings e report

73

SMOC - Gemeinsamer Fortschrittsbericht der Regionen über die Umsetzung der europäischen Strategien des Lebenslangen Lernens - auf dem Weg zur Multi-Level-Governance –
Firenze: Firenze University Press, 2011.
(Proceedings e report ; 73)

<http://digital.casalini.it/9788864532639>

ISBN 978-88-6453-257-8 (print)
ISBN 978-88-6453-263-9 (online)

Vereinbarung Nummer-2008-3609/001-001.

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

grafik: www.zebralab.it

© 2011 Firenze University Press

Università degli Studi di Firenze
Firenze University Press
Borgo Albizi, 28, 50122 Firenze, Italy
<http://www.fupress.com/>

Stampato in Italia

SMOC
- Sanfte offene Koordinierungsmethode -
Soft Open Method of Coordination
von Prevalet

Gemeinsamer Fortschrittsbericht der Regionen
über die Umsetzung der europäischen Strategien des Lebenslangen Lernens
- auf dem Weg zur Mutli-Level-Governance -

Firenze University Press
2011

Die VerfasserInnen

Margaretha Allen, Verband der lokalen Gebietskörperschaften der Region Göteborg

Christian Brincker Nordbek, Region Süddänemark

Flavia Buiarelli, Earllall

Stefania Cecchi, Region Toskana

Rosario Díaz de Cerio, Baskenland

Paolo Federighi, Universität Florenz (Wissenschaftlicher Leiter, Herausgeber)

Peter Härtel, STVG - Steirische Volkswirtschaftliche Gesellschaft, Steiermark

Miglana Lecheva, Regionalverwaltung der Region Vidin

Therese Lundberg, Region Västra Götaland

Michaela Marterer, STVG – Steirische Volkswirtschaftliche Gesellschaft, Steiermark

Gez Martin, Walisische Regionalregierung (Welsh Assembly Government)

Pat McCarthy, Walisische Regionalregierung (Welsh Assembly Government)

Kirsten Muelheims, DIE – Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen

Ekkehard Nuisl von Rein, DIE – Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen

Elio Satti, Region Toskana

Francesca Torlone, Melius srl (Herausgeberin)

Die Beiträge zu regionalen Angelegenheiten wurden von den oben angegebenen, regionalen VertreterInnen verfasst. Die Eurostat-Datensuche und Datenanalyse sowie die Definition des methodologischen Zugangs geschah durch die HerausgeberInnen. Kapitel 4.1. wurde von Prof. Ekkehard Nuisl von Rein (DIE – Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen) verfasst.

Danksagung

Die Erstellung dieses gemeinsamen Berichts gelang nicht zuletzt durch die wertvolle Unterstützung von Steven Bainbridge (Cedefop). Seine wertvolle Kritik, seine Kommentare und Anregungen während der Finalisierungsphase des Berichts ermöglichten die Harmonisierung der Inhalte und Fragestellungen innerhalb einer europaweiten Perspektive.

Übersetzt von: Mag.a Anita Ertl

Inhaltsverzeichnis

EXECUTIVE SUMMARY	7
0. VORWORT	10
1. EINFÜHRUNG	11
2. ERGEBNISSE IN EINZELNEN POLITIKBEREICHEN	12
2.1. Bildungsbeteiligung	12
2.2. Bildungsbeteiligungsraten der Vierjährigen auf regionaler Ebene	27
2.3. SchülerInnen und Studierende im Bildungssystem	30
2.4. Jugendbeschäftigung	52
2.5. Beteiligung am Lebenslangen Lernen	60
3. VERBESSERUNG DER QUALITÄT INTERREGIONALER KOOPERATION	71
3.1. Interregionale Kooperation: Qualität und Effektivität durch die sanfte offene Koordinierungsmethode (SMOC)	71
3.2. Gewährleistung der Qualität	72
4. SCHLUSSFOLGERUNGEN	74
4.1. Kontextualisierung der SMOC-Partner und ihrer entsprechenden Projekte und Planungen	74
4.2. Severozapaden	75
4.3. Syddanmark	75
4.4. País Vasco	76
4.5. Toscana	77
4.6. Steiermark	78
4.7. Västsverige	78
4.8. Wales	79

EXECUTIVE SUMMARY

Sieben europäische Regionalregierungen haben sich die Aufgabe gestellt, einen ersten Entwurf eines *Gemeinsamen Fortschrittsberichts der Regionen über die Umsetzung der europäischen Strategien des Lebenslangen Lernens* in der Perspektive der Strategie Europa 2020 zu erstellen. Auf Basis dieses Berichts wird den europäischen Institutionen und der Gemeinschaft der Regionalregierungen vorgeschlagen, die Verfügbarkeit ähnlicher Instrumente zur Verbesserung der Qualität und der Auswirkungen regionaler Politiken auf die Entwicklung von Arbeitskräften zu gewährleisten.

Die im Bericht dargestellten Vergleiche und ähnliche Instrumente können sicherlich verbessert werden, mit dem Ziel, darzulegen, wie nützlich und notwendig es ist, den Regionalregierungen Europas ein Instrument zur Verfügung zu stellen, das ihnen dabei hilft, die Bildungssituation der regionalen Bevölkerung im Vergleich zu anderen Regionen zu verstehen und zu analysieren. Gleichzeitig ist dieser Bericht nützlich, um jene Strategien und Politiken zu identifizieren, welche die besten Resultate erzielt haben und welche am ehesten dafür geeignet sind, transferiert und/oder an andere regionale Kontexte angepasst zu werden.

Diese Aufgabe ist deshalb so bedeutend, weil die Erreichung der Ziele der Strategie Europa 2020 von der Summe der in den verschiedenen Gebietskörperschaften erreichten Ergebnisse abhängig sein wird, und nicht nur von der Summe der Ergebnisse der Länder. Die Verfolgung einer Strategie des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts dient einer ausgeglichenen, harmonischen und nachhaltigen Entwicklung. Das Versagen eines Gebiets hat Konsequenzen für die Wachstumsmöglichkeiten der anderen.

Diese Überlegung wird durch die Tatsache untermauert, dass die regionalen und lokalen Regierungen – selbst jene mit eingeschränkter Macht – die Institutionen darstellen, von denen die Bedingungen für die Umsetzung nationaler und europäischer Strategien und die Bereitschaft der Gebiete, sich zu Entwicklungszielen zu bekennen, abhängen. In den Ländern, in welchen die regionalen Regierungen über legislative und Budget-Kompetenzen verfügen, obliegt ihnen die Festlegung von Strategien, Politiken und Maßnahmen. Wenn auf europäischer Ebene strategische Ziele zu erreichen sind, müssen sich die regionalen Regierungen notwendigerweise direkt an ihrer Umsetzung beteiligen und dabei alle Unterstützungsinstrumente nutzen, die ihnen zur Verfügung stehen.

Der Vorschlag der Regionen betrifft, zusätzlich zur Erstellung eines *Gemeinsamen Fortschrittsberichts der Regionen über die Umsetzung der europäischen Strategien des Lebenslangen Lernens*, auch die Notwendigkeit, strukturierte Reformen der interregionalen Kooperation voranzutreiben, inspiriert durch ein Modell der Vereinfachten Offenen Koordinierungsmethode (folglich der SMOC-Vorschlag), das den Vergleich von Indikatoren und Benchmarks mit der Analyse von Politiken und Maßnahmen vereinen würde (www.mutual-learning.eu), um Prozesse des politischen Lernens und des Politiktransfers zu aktivieren.

Der Bericht zeigt, wie alle regionalen Regierungen in dem untersuchten Jahrzehnt versuchten, die Aus- und Weiterbildungssysteme an die demografische Dynamik anzupassen, welche durch die allgemeine Bevölkerungsalterung und Migrationsphänomene charakterisiert ist. Dies stellte die Politik vor die Aufgabe, die Wirksamkeit und Qualität der Aus- und Weiterbildungssysteme zu verbessern, um ausreichende Kompetenzen für die Anforderungen der regionalen, wirtschaftlichen Entwicklung zu gewährleisten.

Gleichzeitig zeigt der Bericht auch die Notwendigkeit für dringende Verbesserungen in manchen Bereichen auf, in denen die Politiken noch nicht stark genug greifen und das Risiko der Stagnation besteht (beispielsweise Politiken des Lebenslangen Lernens und die Strategie zur Verringerung der Anzahl jener, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Fortbildung befinden [NEET]). Schließlich zeigt der Vergleich von Regionen mit verschiedenen Indizes des Zugangs zu Aus- und Weiterbildung, dass die europäischen Strategien regional angepasst werden müssen. Dies bestätigt die Evaluation des Ausschusses der Regionen, laut welcher betreffend die Anwendungssphäre des territorialen Zusammenhalts drei Dimensionen in Betracht gezogen werden müssen: eine korrektive, mit dem Ziel des „Abbaus existierender Ungleichheiten“; eine präventive, mit dem Ziel, die „sektorspezifischen Politiken mit territorialen Auswirkungen“ kohärenter zu gestalten; und eine stimulierende Dimension, mit dem Ziel der „Verbesserung der territorialen Integration“ und der Förderung von Kooperation. (Ausschuss der Regionen 2009:24).

Was die **Bildungsbeteiligungsraten der Vierjährigen** betrifft, so ist der Wachstumstrend der Nutzung von Kleinkindbetreuung und -bildung allgemein vorhanden, obwohl es weiterhin klare und bedeutende Leistungsunterschiede gibt. Der Fortschritt innerhalb des Jahrzehnts zeigt, dass verschiedene regionale Politiken folgende Elemente enthalten:

- Erhaltung hoher Bildungsbeteiligungsraten;
 - rasche Entwicklung des Zugangs (mit einem Zuwachs von zwei bis drei Prozent pro Jahr) .
- Derzeitige Trends zeigen, dass die Erreichung der europäischen Ziele möglich ist. Die Aufmerksamkeit in Richtung Effizienz und Bildungsqualität der Leistungen für Kleinkinder verschoben, während die Politiken mit dem Ziel der Erhaltung weiter gültig bleiben.

Betreffend **SchülerInnen und Studierende der Sekundarstufe II und der postsekundären, nicht tertiären Bildungsbereiche**, kam es nach 2005 zu einem allgemeinen Trend in Richtung Stagnation und einem leichten Rückgang der Einschreibungen. Dennoch müssen diese Daten im Zusammenhang mit den Daten der demografischen Veränderung, der Beteiligung im tertiären Bereich und der Beschäftigungsraten junger Menschen in denselben Altersgruppen untersucht werden.

Je nach Region wurden folgende Entwicklungen festgestellt:

- schneller Einstieg in den Arbeitsmarkt für SchülerInnen, die kein Universitätsstudium ergreifen oder fortsetzen;
- steigender und stetiger Übergang zu Universitätsstudien;
- Orientierung junger Menschen in Richtung postsekundärer, nicht tertiärer Berufsbildungswege.

Betreffend **das höchste erreichte Bildungsniveau: Vorschul-, Grundschul- und Schulbildung der Sekundarstufe II** lässt sich feststellen, dass es in allen Regionen immer noch viele gering Qualifizierte gibt (deren höchstes erreichtes Bildungsniveau Vor-, Grundschul- und Bildung der Sekundarstufe I umfasst). Der Anteil der gering Qualifizierten fällt niemals unter 20% der Bevölkerungsgruppe der Unter-15-Jährigen. In vielen Fällen bewegt sich der Prozentsatz zwischen 30% und 50%, und in einem Fall liegt er über 60%.

In absoluten Werten und Prozentsätzen betrachtet, ist das Vorhandensein gering qualifizierter Personen ein Problem, das aus folgenden Gründen nicht als gelöst betrachtet werden kann:

- in den Regionen mit mehr als 50% gering qualifizierten Arbeitskräften geht dieser Prozentsatz um weniger als zwei bis drei Prozent pro Jahr zurück; es kommt also zu „natürlichen“ Entwicklungen in Verbindung mit demografischen Phänomenen;
- es gibt aber auch Regionen, wo der Rückgang um fünf Prozent liegt. Hierbei handelt es sich um Regionen, in denen der Anteil der gering Qualifizierten zwischen 30% und 50% liegt;
- in den Regionen, wo gering qualifizierte Arbeitskräfte weniger als 30% ausmachen, lässt sich ein Stagnationstrend feststellen, mit leichten Veränderungen, die jedoch nicht immer positiv sind.

Dies zeigt, dass es Politiken gibt, die den Anteil der gering Qualifizierten auf bis zu 25% der Bevölkerung reduzieren können, doch die Entwicklungen im untersuchten Jahrzehnt zeigen keine Möglichkeit, diese positiven Auswirkungen darüber hinaus zu erhöhen, und zwar für keine der Regionen.

Für Studierende im tertiären Bildungsbereich (ISCED 5 und 6) als Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahren, zeigen die Daten eine hohe Bildungsbeteiligung und einen klar höheren Prozentsatz als jener der Bevölkerung zwischen 25 und 64, die eine tertiäre Ausbildung abgeschlossen haben. Dies sollte zu einem schrittweisen Anstieg des Prozentsatzes führen, wenn die Studierenden, die sich derzeit in Ausbildung befinden, ihre Studien auch positiv abschließen.

Regionale Politiken verfügen über ein gemeinsames Ziel: die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Institutionen des tertiären Bildungsbereichs, dem Arbeitsmarkt und der regionalen Wirtschaft. Das Ziel ist die Gewährleistung eines angemessenen Angebots von Qualifikationen und die Begleitung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Unterstützung von Forschungszentren.

Was die **Jugendentwicklung** betrifft, zeigen die Daten, dass die Wirtschaftskrise zu einem Rückgang der Beschäftigungsraten von jungen Menschen in allen Regionen geführt hat, wobei die Ausmaße sich je nach Region unterscheiden. Der Rückgang der Beschäftigung bewegt sich zwischen einem und sechs Prozent. Dieser Rückgang hatte ausgeprägtere Auswirkungen in den Regionen, in welchen die Beschäftigungsraten der jungen Menschen niedriger waren.

Regionale Politiken zielen darauf ab, wirtschaftliche Inaktivität zuerst bei jungen arbeitssuchenden Menschen und jenen, die ihre Beschäftigungsmöglichkeiten weiter entwickeln möchten, zu reduzieren. Dennoch und als Folge der Wirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen auf die Beschäftigung junger Menschen wurde jenen jungen Menschen mehr Aufmerksamkeit zuteil, die ihre Suche nach Beschäftigung aufgeben und an keinen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen (NEET).

Die Maßnahmen, welche von den regionalen Regierungen angenommen wurden, haben zwei Hauptziele: Förderung des Matching des Angebots von und der Nachfrage nach Arbeitsplätzen und die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit. Gleichzeitig werden angesichts des Risikos, dass qualifizierte junge Menschen

keine ihrer Qualifikation angemessene Arbeit finden können, Maßnahmen getroffen, um Mobilität anzuregen.

Betreffend die **Beteiligung am lebenslangen Lernen**, zeigen die Daten beträchtliches Wachstum in den ersten Jahren des Jahrzehnts, das nach 2005 durch eine merkliche Verlangsamung gehemmt wurde. Ein entgegengesetzter Trend lässt sich bei den Daten betreffend die Nicht-Beteiligung feststellen, welche, nach einem Rückgang in den ersten Jahren des Jahrzehnts nach 2005 wieder ansteigt. Trotz der Unterschiede haben die verschiedenen Regionen eine hohe Anzahl an Menschen, die ausgeschlossen sind, gemeinsam. Die Anzahl dieser Menschen könnte zwei Millionen betragen, wobei ca. eine halbe Million in den Regionen mit den besten Ergebnissen zusammenkommt. Dies ist das Ergebnis zum Ende eines Jahrzehnts, in dem alle Länder sich dazu verpflichtet hatten, nationale Strategien und Aktionspläne auszuarbeiten und dabei beträchtliche öffentliche, europäische und nationale Ressourcen einzusetzen.

0. VORWORT

Die Europäische Kommission¹ erklärt, dass, „[d]amit die Strategie Europa 2020 transformative Veränderungen bewirken kann, [...] sie stärker ausgerichtet werden, klare Ziele vorantreiben und auf transparente Benchmarks zur Bewertung der Fortschritte setzen [muss]. Hierzu bedarf es eines soliden Steuerungsrahmens, der die zur Verfügung stehenden Instrumente zur zeitnahen und wirksamen Realisierung der Ziele nutzbar macht.“ Sie erklärt des Weiteren, dass „regionale und lokale Verwaltungen die Partnerschaft in enger Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Sozialpartnern und VertreterInnen der Zivilgesellschaft umsetzen und einen Beitrag zur Erarbeitung von nationalen Reformprogrammen und deren Umsetzung leisten sollten.“ (Europäische Kommission, 2010:29 und 31).

Dies ist laut Warnung des Ausschusses der Regionen nur im Rahmen einer Multi-Level-Governance möglich. „Die Fähigkeit der Union, ihre Aufgaben wahrzunehmen und die Ziele der Gemeinschaft zu erreichen, hängt von ihrer institutionellen Organisation, insbesondere jedoch von ihrer Art der Politikgestaltung ab. Die Berechtigung, Effizienz und Öffentlichkeitswirksamkeit der Funktionsweise der Europäischen Union sind gewährleistet, wenn alle Akteure einen Beitrag leisten. Sie sind gewährleistet, wenn **die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften vollwertige „Partner“** sind und nicht mehr nur als „Mittler“ fungieren“² (Ausschuss der Regionen, 2009:8).

Kooperation unter den Regionen ist essentiell für die Umsetzung des Gemeinschaftsziels des territorialen Zusammenhalts, und daher für die Zukunft gemeinsamer Politiken. Wie der Ausschuss der Regionen erläutert, müssen betreffend die Anwendungssphäre des territorialen Zusammenhalts drei Dimensionen in Betracht gezogen werden: eine korrektive, mit dem Ziel des „Abbaus existierender Ungleichheiten“; eine präventive, mit dem Ziel, die „sektorenspezifischen Politiken mit territorialen Auswirkungen“ kohärenter zu gestalten; und eine stimulierende Dimension, mit dem Ziel der „Verbesserung der territorialen Integration“ und der Förderung von Kooperation (Ausschuss der Regionen, 2009:24).

Die Festigung der Qualität und Effektivität der Kooperation unter den Regionen ist die Voraussetzung für die Überwindung einiger Grenzen der Lissabon-Strategie und die **Annahme einer verstärkt dezentralen Gemeinschaftsstrategie für Wachstum und Beschäftigung**, die sich auf die Potenziale der Regionen und Städte gründet, die dank ihrer Kompetenzen die wichtigsten Motoren von Innovation, Forschung und Bildung in Europa sind. (Ausschuss der Regionen, 2009:22).

Dies sind die Hauptgründe, warum wir uns als regionale, mit EARLALL zusammenarbeitende Regierungen dazu verpflichtet haben, Modelle der *Soft Open Method of Coordination* aufzubauen, welche die Qualität in den Lern- und Transferprozessen in der Politik zwischen Regionen garantieren können. Gleichzeitig ist es unser Ziel, mit dieser hier vorgeschlagenen, ersten von vielen Benchmarking-Aktionen unter mehreren regionalen Regierungen, den europäischen Institutionen zu zeigen, dass es dringend notwendig ist, regionale Regierungen mit Instrumenten für Kooperation auszustatten, die derzeit nur Mitgliedsstaaten zur Verfügung stehen.

Deshalb will EARLALL mit der Erarbeitung eines Werkzeugs beginnen, das die Vorstufe zur Erstellung eines **gemeinsamen Fortschrittsberichts der Regionen über die Umsetzung der europäischen Strategien des Lebenslangen Lernens im Rahmen von Europa 2020** darstellen würde. Die europäischen Institutionen sollten ernsthaft die Notwendigkeit in Betracht ziehen, die Europäische Union mit diesem neuen Instrument zur Nutzung in den täglichen Prozessen der Kooperation unter den Regionen auszustatten.

Gianfranco Simoncini

Präsident EARLALL

Regionalminister für Produktionsaktivitäten, Beschäftigung und Aus- und Weiterbildung – Region Toscana

¹ European Commission (2010), *Europe 2020-A strategy for smart, sustainable and inclusive growth*, Communication, Brussels, 3.3.2010, COM(2010), Bruxelles, http://europa.eu/press_room/pdf/complet_en_barroso___007_-_europe_2020_-_en_version.pdf, [November 2010], Anm. d. Übers.: Alle in diesem Text vorkommenden, direkten Zitate wurden sinngemäß aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt. Die Seitenangaben beziehen sich auf den englischen Ausgangstext.

² Committee of the Regions (2009), *The Committee of the Regions' White Paper on Multilevel Governance, 80th plenary session-17 and 18 June 2009. CONST-IV-020*, <http://web.coe.int/europa.eu/epp/Ourviews/Documents/White%20Paper%20on%20MLG.pdf>, [November 2010].

1. EINFÜHRUNG

Das Ziel dieser Studie ist die Erstellung eines ersten gemeinsamen Berichts über die Umsetzung der europäischen Strategien des lebenslangen Lernens innerhalb des SMOC-Prozesses.

Die Umsetzung der europäischen Strategien im Bereich der Sozialpolitiken (Bildung und Beschäftigung) und die Auswertung ihrer Auswirkungen müssen auf regionaler und lokaler Ebene gemessen werden. Auf dieser Ebene ist es, je nach Größe und Organisation des jeweiligen Mitgliedsstaats, möglich, territoriale Strategien zur Wahl und Verwaltung verschiedener politischer Maßnahmen zu definieren. Des Weiteren muss eine Strategie des Zusammenhalts die regionale und lokale Ebene auch in den Bereich des lebenslangen Lernens und der Beschäftigungspolitik miteinbeziehen.

Benchmarking auf staatlicher Ebene bietet Elemente der relevanten Orientierung und Evaluation für staatliche Strategien. In Bereichen, in denen regionale und lokale Regierungen eine essentielle Rolle spielen, müssen Benchmarking und die Prozesse und Praktiken der Verbesserung durch politisches Lernen und Politiktransfer mithilfe europäischer Ad-hoc-Instrumente wie gemeinsamer Fortschrittsberichte unterstützt werden.

Derzeit steht diese Art der Unterstützung noch nicht zur Verfügung: auf regionaler Ebene werden eingeschränkte, quantitative Daten erhoben. Regionale Regierungen sind in den Prozess der Zielsetzung und Ergebnisevaluation auf europäischer Ebene nicht institutionell involviert. Daher möchten wir durch diese unvollständige und bescheidene Aktion, die nur sieben regionale Regierungen involviert, die Notwendigkeit unterstreichen, interregionale Kooperation anzuregen und sie mit Werkzeugen fundamentaler Relevanz zu unterstützen. Durch diesen Prozess wird die Umsetzung der europäischen Strategien größere Legitimität erhalten.

Die **regionalen Regierungen, die sich an diesem gemeinsamen Bericht beteiligen**, sind: Severozapaden (Bulgarien), Syddanmark (Dänemark), País Vasco (Spanien), Toscana (Italien), Steiermark (Österreich), Västsverige (Schweden), Wales (Vereinigtes Königreich).

Der Bericht gliedert sich in vier Kapitel, in welchen die folgenden Inhalte behandelt werden:

- Die Einführung zum Bericht, die den Hintergrund und die Begründung erläutert.
- Die Analyse der quantitativen Ergebnisse, die im Laufe dieses Jahrzehnts in den teilnehmenden Regionen gesammelt wurden. In diesem Kapitel wurden nur Politikbereiche analysiert, die durch historische, statistische, von der Eurostat-Datenbank gelieferte Daten belegt sind. Das Ziel dieses Kapitels ist die Beschreibung und Evaluation der mittelfristigen Trends und Einflussfaktoren. Die Evaluation wurde von der jeweiligen regionalen Regierung durchgeführt. Des Weiteren enthält das Kapitel eine Analyse der Situation der jeweiligen Region in Bezug auf einzelne europäische Indikatoren:
 - > Bildungsbeteiligung.
 - > Bildungsbeteiligung der Vierjährigen auf regionaler Ebene.
 - > SchülerInnen und Studierende im Bildungssystem.
 - > Jugendbeschäftigung.
 - > Beteiligung am lebenslangen Lernen.
- Wege zur Verbesserung der Qualität interregionaler Kooperation durch die sanfte offene Koordinierungsmethode (SMOC).
- Die Schlussfolgerungen in Form von Definitionen einiger gemeinsamer Standpunkte betreffend die zukünftigen Bemühungen und die Beschreibung der Prozesse des politischen Lernens und Politiktransfers, die von den regionalen Regierungen zu den bewährten Verfahrensweisen und Politikmaßnahmen umgesetzt wurden.

Die Analyse stützt sich auf die verfügbaren Daten der Datenbank Eurostat und bezieht sich auf die NUTS-II-Ebene, da diese die Basisregionen für die Umsetzung regionaler Politiken umfasst.

Folglich beziehen wir uns für die Region Västra Götaland auf Västsverige (NUTS 23, inklusive Hallands län) und für Vidin auf die Region Severozapaden (NUTS 31, inklusive Montana, Vratsa, Plevna, Lovech). Um die Analyse und Interpretation der Daten zu erleichtern, werden in der folgenden Tabelle Daten zu den Bevölkerungszahlen der sieben Regionen im letzten Jahrzehnt angeführt. Hier lässt sich, mit Ausnahme der Region Severozapaden, ein stetiges Bevölkerungswachstum in allen teilnehmenden Regionen über den untersuchten Zeitraum hinweg feststellen. Die Region Süddänemark wurde am 01. Januar 2007 geschaffen, weshalb es für die Jahre davor keine Daten gibt.

Tab. 1. Bevölkerung am 01. Januar 2000-2009

GEO	ZEIT	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Severozapaden		916,054	929,872	943,664	957,947	974,704	991,165	1,007,734	1,024,611	1,067,180	1,081,257
Syddanmark		1,199,667	1,194,659	1,189,817	:	:	:	:	:	:	:
Pais Vasco		2,136,061	2,138,739	2,124,235	2,113,052	2,103,441	2,094,909	2,087,972	2,082,258	2,076,441	2,070,279
Toscana		3,707,818	3,677,048	3,638,211	3,619,872	3,598,269	3,566,071	3,516,296	3,497,042	3,495,077	3,491,580
Steiermark		1,207,479	1,204,947	1,202,483	1,200,854	1,196,780	1,192,168	1,189,315	1,188,117	1,182,441	1,182,930
Västsverige		1,851,702	1,838,691	1,827,143	1,814,323	1,805,683	1,796,314	1,786,781	1,777,510	1,769,645	1,762,246
Wales		-	2,986,700	2,972,900	2,959,700	2,950,000	2,938,800	2,925,500	2,915,000	2,908,600	2,903,700

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat - Letztes Update: 11.10.2010 [dem_r_d2jan]

2. ERGEBNISSE IN EINZELNEN POLITIKBEREICHEN

2.1. Bildungsbeteiligung

2.1.1. Basisindikatoren

Tab.2. Anzahl von Lernenden aller Bildungsebenen (ISCED 0-6) auf regionaler Ebene

GEO	ZEIT	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Severozapaden		133,901	139,866	145,698	:	:	:	:	:	:
Syddanmark		303,411	124,082	122,238	:	:	:	:	:	:
Pais Vasco		423,232	418,750	416,096	414,120	405,630	397,203	400,315	409,192	417,935
Toscana		632,139	624,581	627,298	621,289	615,189	607,320	595,236	580,925	579,286
Steiermark		237,327	239,385	:	:	:	242,129	:	:	:
Västsverige		476,521	497,446	500,275	na	485,098	485,391	484,785	484,274	477,684
Wales		687,191	668,107	664,922	843,459	873,121	821,642	793,152	831,076	815,039

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat [educ_renfrg1] Letztes Update: 09.09.2010

Tab.3. Lernende aller Bildungsebenen (ISCED 0-6) – in % der Gesamtbevölkerung auf regionaler Ebene

GEO	ZEIT	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Severozapaden		14.4	14.8	15.2	:	:	:	:	:	:
Syddanmark		25.4	:	:	:	:	:	:	:	:
Pais Vasco		19.8	19.7	19.7	19.7	19.4	19.0	19.2	19.7	20.2
Toscana		17.2	17.2	17.3	17.3	17.3	17.3	17.0	16.6	16.6
Steiermark		19.7	19.9	:	:	:	20.3	:	:	:
Västsverige		25.9	27.2	27.6	Na	27.0	27.2	27.3	27.4	27.1
Wales		23.0	22.5	22.5	28.6	29.7	28.1	27.2	28.6	28.1

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat Letztes Update: 01.06.2010

Tabelle 2 zeigt die Bildungsbeteiligung der regionalen Bevölkerungen und ihre Beteiligung am lebenslangen Lernen. Dies spiegelt wider, wie Bildung die Menschen in den angeführten Regionen im Laufe ihres Lebens betrifft.

Tabelle 3 bezieht sich auf die Anzahl der Lernenden aller Bildungsebenen, angegeben in Prozent der regionalen Gesamtbevölkerung. Sie zeigt die Anzahl der das Bildungsangebot nutzenden Einzelpersonen, unabhängig von der jeweiligen Bildungsebene.

Im untersuchten Jahrzehnt waren alle Regierungen bemüht, Systeme an die demografische Dynamik anzupassen, die sich durch eine allgemeine Alterung der Bevölkerung und Migrationsphänomene sowohl in die als auch aus den jeweiligen Regionen auszeichnet. Dieses Phänomen hat dafür gesorgt, dass Politiken die Wirksamkeit und Qualität des Aus- und Weiterbildungssystems erhöhen müssen, um ein angemessenes Angebot an Kompetenzen zu gewährleisten, das die zukünftige Versorgung mit Arbeitskräften sicherstellt. Deshalb haben es sich einige Regionen zur Aufgabe gemacht, Maßnahmen zur Verbreiterung des Zugangs zu Aus- und Weiterbildung von der Vorschule bis zur Erwachsenenbildung zu intensivieren (siehe Baskenland und Steiermark), Ausbildungskanäle zu diversifizieren, die Berufsbildung (VET) auf eine höhere Ebene zu bringen (in Västra Götaland und in der Toskana), lokale Koordinierungsmaßnahmen zwischen verschiedenen AkteurenInnen sowie Informations- und Beratungsleistungen zu fördern (Süddänemark, Västra Götaland und Wales). All dies hat einige Regionen dazu veranlasst, strategische Pläne zu erstellen, die Kohärenz und Perspektive für die verschiedenen, sektorenspezifischen Maßnahmen garantieren können (so zum Beispiel den Plan *Skills That Work for Wales* [Qualifikationen, die für Wales arbeiten/funktionieren]). Dies verhinderte in manchen Regionen jedoch nicht den langsamen aber fortschreitenden Anstieg der Zahl junger Menschen, die weder eine Beschäftigung haben, noch eine Aus- oder Weiterbildung absolvieren (NEET) (In manchen Regionen sind es 20%, je nach definierter Altersgruppe), der eine Auswirkung der Wirtschaftskrise darstellt. Dieser Trend ist nicht einheitlich, in Süddänemark beispielsweise geht der wachsende Zugang zu Aus- und Weiterbildung mit dem der Beschäftigungslosigkeit einher. Daher zeigen die Daten – in absoluten Werten: *Tabelle 2* –, dass es innerhalb des Jahrzehnts je nach Region kontrastierende Entwicklungen gegeben hat, Rückgang, leichten Anstieg oder stabil bleibende Werte. Das Bild, das bei der Analyse der Prozentwerte entsteht, unterstreicht den Trend in Richtung Rückgang oder Stagnation. In diesem Kontext scheint man, was die Entwicklung des Qualifikationsangebots betrifft, hauptsächlich auf die Entwicklung des lebenslangen Lernens und die Reduzierung der verschiedenen Arten von Ausschlussfaktoren von der Aus- und Weiterbildung zu setzen.

Wie aus *Tabelle 3* ersichtlich, weisen die Regionen unterschiedliche Raten der Bildungsbeteiligung auf:

zwischen 14 und 18%:	2
zwischen 19 und 22%:	2
zwischen 23 und 26%:	3

Dies zeigt die Notwendigkeit, sogar auf europäischer Ebene eine Diversifizierung der Bildungsstrategien nach diesen Clustern vorzunehmen. Gleichzeitig erläutert es auch, inwieweit die derzeitigen Beteiligungsraten den Aussichten regionalen Wachstums entsprechen.

2.1.2. Trendanalyse und Politikevaluation

SEVEROZAPADEN³

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Der bulgarische Bildungssektor durchläuft einen umfassenden Reformprozess, der darauf abzielt, Kohärenz mit den Bildungssystemen der europäischen Länder zu erreichen. Das Hauptanliegen der bulgarischen Bildungsbehörden ist es, sicherzustellen, dass sich das Bildungssystem sowohl neuen Herausforderungen anpassen lässt, als auch eine nachhaltige Systementwicklung unter Einhaltung der europäischen Standards sowie die Vermittlung wertvollen und wettbewerbsfähigen Wissens und ebensolcher Qualifikationen zu sichern. Innerhalb dieses Rahmens ist Qualität der Aus- und Weiterbildung, die allen Kindern, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit gleichermaßen offen steht, eines der Hauptziele. Die Kosteneffizienz der Bildungsprozesse ist ein weiterer Aspekt in der Entwicklung des Bildungssystems. Lebenslanges Lernen befindet sich, gemäß den europäischen Prioritäten, in der Entwicklungsphase. Die Strategie für Lebenslanges Lernen 2008-2013 wurde angenommen. So wurden sowohl die Bedingungen für die Diversifizierung von Spezialisierungen in der Aus- und Weiterbildung geschaffen, als auch Kompatibilität des Bildungsangebots mit den Bedürfnissen der NutzerInnen

³ Dies ist die nordwestliche Planungsregion in Bulgarien. Zum Zweck der regionalen Planung unterscheidet das Gesetz für Regionalplanung zwischen sechs Planungsregionen im Territorium der Republik Bulgarien. Nach dem Gesetz werden die Planungsregionen auf Basis der Bezirke gebildet, abhängig von geografischer Lage, wirtschaftlicher Entwicklung, Bevölkerung und Entwicklungsperspektiven. Die Planungsregionen sind keine Verwaltungs- oder Gebietseinheiten gemäß dem Gesetz über die Verwaltungs- und Raumordnung Bulgariens. In Bulgarien sind Verwaltungs- und Gebietseinheiten Bezirke und Gebietskörperschaften, die über ein bestimmtes Gebiet, Grenzen, Bevölkerung und ein Verwaltungszentrum verfügen. Planungsregionen verfügen jedoch nur über eine Bezeichnung und ein Gebiet. Die Planungsregionen sind als Einheiten der NUTS-II-Klassifikation eine wichtige Ebene für Planung, Programmierung und Überwachung in Übereinstimmung mit dem ersten Ziel der EU-Strukturfonds. Quellen für die Analyse von Severozapaden (nordwestliche Planungsregion):

- *National system overviews on education systems in Europe and ongoing reforms, Bulgaria 2010 Edition* (Information zur Verfügung gestellt durch die Bulgarian Eurydice Unit, www.eurydice.org, im November 2010).
- *Structures of Education, Vocational training and Adult Education Systems in Europe, Bulgaria 2009/2010* (Eurydice-Experten des Ministeriums für Bildung, Jugend und Wissenschaft).
- *The Education system in Bulgaria* (Eurybase – Bulgarien (2006/2007)).

hergestellt. Jenen, die eine Weiterführung ihrer Ausbildung anstreben, stehen eine Vielzahl an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Die Mechanismen für Berufsorientierung wurden auf den neuesten Stand gebracht. Im untersuchten Zeitraum lässt sich ein konstanter Rückgang der Bevölkerungszahl in der Region beobachten. Der anhaltende Trend sinkender Geburtenraten, negativen natürlichen Wachstums und erhöhter Abwanderung der Bevölkerung der Region hat negative Auswirkungen auf den Bildungssektor, die Qualität des Humankapitals und das Qualifikationsniveau der erwerbstätigen Bevölkerung. In vielen Fällen hat dies eine Verringerung der Anzahl der Kinder im Bildungssystem zur Folge, was zu weniger Kindergartengruppen und Klassen in Grundschulen und weiterführenden Schulen und zum Rückgang der Beschäftigungsrate der Lehrenden führt. Ende 2009 betrug die Anzahl der Bildungseinrichtungen in der nordwestlichen Region 387.

Der Anstieg von 261 Schulen im Jahr 2004 auf 387 ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Bezirke Pleven und Lovech zur Region Nordwest hinzukamen. Im Vergleich nimmt die Region den vierten Platz hinter der südwestlichen Region, der südlichen Zentralregion und der südöstlichen Region ein; dies zeigt beträchtliches Potential für die Ausbildung von gut ausgebildeten und qualifizierten ArbeitnehmerInnen, ohne jedoch positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu haben, da sich die regionale Wirtschaft und der nicht ausreichend flexible Arbeitsmarkt nur langsam entwickeln. Es gibt 298 allgemein bildende Schulen, 15 Special Schools, 68 Berufsschulen und eine Universität. Im Zeitraum 2007-2008 sank die Anzahl der allgemein bildenden Schulen in der nordwestlichen Region aufgrund der Optimierung des Schulnetzwerks um 67. Ungünstig ist die Lage, was die Verfügbarkeit einer ausreichenden Anzahl an Universitäten und gleichwertigen Institutionen betrifft, da es nur eine solche Institution gibt. Die ausreichende Verfügbarkeit dieser würde dafür sorgen, dass junge und gebildete Menschen von der Region angezogen und in ihr bleiben würden, und die Qualifikationen der Arbeitskräfte verbessern. Die Anzahl der Studierenden in Colleges und Universitäten (und ihren Zweigstellen) lag im Studienjahr 2008/2009 bei 2.137. Diese Bildungseinrichtungen befinden sich nur in drei Bezirken der Region – Pleven, Vratsa und Lovech. Die Anzahl dieser Einrichtungen ist zu gering, wodurch der negative Trend im Bildungssystem der Region verstärkt wird. Junge Menschen wandern ab, um eine bessere Ausbildung in einer der größeren Städte des Landes zu machen, und lassen sich später dort nieder.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Das letzte Jahrzehnt war durch eine wahre Welle von Innovationen gekennzeichnet, die auf nationalen Errungenschaften und den Erfahrungen entwickelter Länder in den Bereichen Bildungsmanagement und Inhalt, Technologien und Organisation der schulischen Ausbildung basierten. So wurde die Qualität des Bildungsangebots erhöht. Die Gesetzesänderungen im nationalen Bildungsrecht, die Annahme und Umsetzung des nationalen Programms für Schulbildung, Vorschulbildung und Vorbereitung für den Zeitraum 2006-2015 haben sich ebenfalls positiv ausgewirkt. Zusätzlich zur Optimierung des Schulnetzwerks wurden folgende weitere Maßnahmen getroffen: Die Einschulung und der Verbleib aller Kinder in der Schule wird regelmäßig und streng kontrolliert, und es werden Bemühungen auf allen Verwaltungsebenen des Bildungssystems unternommen; Steigerung der Qualität des Lehrpersonals im Bildungssystem und erhöhte Teilnahme der Schulen an europäischen Projekten; aktive Bemühungen der lokalen Arbeitsämter, die verschiedene Möglichkeiten der Qualifizierung und Vorqualifizierung für Menschen durch lebenslanges Lernen anbieten; Gemeindezentren sind eine andere Art Institutionen, die Maßnahmen setzen, um das Bildungsniveau und die Fachkompetenzen der Bevölkerung durch verschiedene Formen des lebenslangen Lernens erhöhen.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Oben genannte Maßnahmen werden weiterhin für positive Entwicklung sorgen, sowie auch folgende Maßnahmen:

- Der Prozess der Ritualisierung des Schullebens war und bleibt eine sehr wirksame Maßnahme. Er involviert die Einführung eines Systems bestehend aus Symbolen und Ritualen, die in den SchülerInnen ein Zugehörigkeitsgefühl zu ihrer Schule wecken, und steigert so ihre Motivation, aktiv an verschiedenen Aspekten des schulischen und außerschulischen Lebens teilzunehmen;
- Verhinderung von Schulabbruch;
- Erhöhung der Alphabetisierungsrate;
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Zugang zu und Teilnahme an internationalen Bildungsprogrammen und Verbesserung der Mobilität;
- Effektive Beteiligung Bulgariens am Prozess der EU-Entscheidungen in den Bereichen Ausbildung, Weiterbildung und Anrechnung beruflicher Qualifikationen.

Diese Ansätze können durch folgende Maßnahmen auf regionaler Ebene verbessert werden.

- Entwicklung von integrativer Bildung für Kinder und SchülerInnen mit sonderpädagogischen Bedürfnissen durch die Einrichtung von räumlich und bildungstechnisch barrierefreien Schulumgebungen, die auf ihre besonderen Bedürfnisse eingehen.
- Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung für Kinder und SchülerInnen, deren Muttersprache nicht Bulgarisch ist (Angehörige ethnischer Minderheiten, MigrantInnen und AusreißerInnen).
- Unterstützung der Entfaltung und Entwicklung talentierter Kinder und SchülerInnen.
- Einbindung des Wirtschaftssektors, um Lehrstellen und Berufserfahrung für SchülerInnen zu gewährleisten.

SYDDANMARK⁴

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Die Tatsache, dass sich die SchülerInnenzahl im Zeitraum 2007 bis 2008 mehr als verdoppelt hat, ist darauf zurückzuführen, dass die Daten aus dem Jahr 2008 die ersten, regional erfassten Daten darstellen. Die Region Süddänemark entstand durch die Strukturreform in Dänemark im Jahr 2007, im Rahmen welcher 273 Gebietskörperschaften auf 98 zusammengelegt, und 14 Bezirke zu fünf Regionen zusammengefasst wurden.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Die Umsetzung der Jugend-Beratungs-Netzwerke (UU – *Ungdommens Uddannelsvejledning*) stellt eine positive Ergänzung zum Beratungssystem dar, die sicherstellt, dass sich alle SchülerInnen bei Verlassen der Grundschule entweder für eine berufliche Ausbildung (VET) oder eine andere Form der höheren Sekundarbildung angemeldet haben.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Die Tatsache, dass die Arbeitslosenrate höher ist als vor zwei Jahren, wird sich positiv auf die Zahl der BewohnerInnen auswirken, die Angebote des allgemeinen und/oder lebenslangen Lernens nutzen.

Die weitere Verbesserung des UU-Systems und die Zusammenarbeit zwischen UU und den Schulen werden auch in der Zukunft positive Auswirkungen haben. Die süddänische Bildungsvereinbarung (*Agreement of Education*) ist darauf ausgerichtet, die Zusammenarbeit zwischen den PartnerInnen im Bildungssystem zu verbessern, was sich wiederum positiv auf die SchulabbrecherInnenquote auswirken und somit die SchülerInnen im Bildungssystem halten wird.

Das dänische Bildungssystem ist sehr flexibel und bietet viele Möglichkeiten für Bildung und lebenslanges Lernen.

In Dänemark ist der Zugang zum regulären Bildungssystem kostenlos – eine weitere in Betracht zu ziehende Tatsache, wenn man versucht, die hohe Beteiligung unter den BewohnerInnen Süddänemarks zu erklären.

PAÍS VASCO

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

In den letzten Jahrzehnten hat die Entwicklung der Sterbe- und Geburtenrate sowie der Migration die Altersstruktur der Bevölkerung verändert und zu einem beschleunigten demografischen Alterungsprozess geführt. Der Schlüsselfaktor ist der drastische Rückgang der Geburtenrate seit dem Ende der 1970er, unterstützt durch die höhere Lebenserwartung sowie die Rolle der Migration in der Veränderung der altersbedingten Strukturen.

Eine der größten Veränderungen stellt die starke Abnahme des Anteils der Unter-15-Jährigen in der Bevölkerung dar, mit 310.000, also 54%, weniger jungen Menschen im Jahr 2006 im Vergleich zu 1975. Die Veränderung in der Bevölkerungsgruppe zwischen 15 und 29 war zwar weniger ausgeprägt, jedoch quantitativ sehr signifikant. Die rückläufige Entwicklung beider Bevölkerungsgruppen zusammen genommen war spektakulär, resultierte sie 2006 doch in einer im Vergleich zu 1975 um 441.000 Menschen gesunkenen Bevölkerungszahl.

Der Bevölkerungsanteil im Alter von 30 bis 64 stieg um etwas mehr als eine Viertelmillion Menschen, also 33,2%, an. Die größten Veränderungen geschahen jedoch an der Spitze der Pyramide mit einem Zuwachs von 225.000 Menschen in der Gruppe der Über-65-Jährigen im Zeitraum von 1975 bis 2006 – diese stellen 18,6% der Bevölkerung dar – und einem starken Zuwachs in der ältesten Gruppe der Über-85-Jährigen um 427%. Zusätzlich wird die Entwicklung der älteren Menschen durch zwei interne Prozesse charakterisiert. Einerseits durch das Phänomen der „Überalterung“ der älteren Bevölkerung, in der die ältesten Menschen einen immer größeren Anteil darstellen.

⁴ Dänische Inhalte wurden der Webseite www.uvm.dk entnommen. [November 2010].

Der Anteil der Über-85-Jährigen innerhalb der Gesamtgruppe der älteren Menschen verdoppelte sich und betrug 2006 11,5%. Andererseits durch die „Feminisierung“ des Anteils der älteren Menschen, da 2006 das Verhältnis Mann zu Frau bei den Über-65-Jährigen 71 zu 100 betrug. Diese Tendenz verstärkt sich bei ansteigendem Alter, und das Verhältnis beträgt bei den Über-85-Jährigen nur noch 37 zu 100. Das Sinken des Anteils der Kinder und Jugendlichen, das Ansteigen des Anteils der Erwachsenen Gruppen und das spektakuläre Wachstum in der Gruppe der älteren Menschen, insbesondere derer über 85, zeigen den Wachstums- und Alterungsprozess der baskischen Bevölkerung.

Folglich war das Bildungssystem in den letzten Jahrzehnten zweifellos einer der Bereiche, der die größten Veränderungen in der demografischen Dynamik erlebte.

In den nächsten paar Jahren wird man abgesehen von einer leichten Erholung der Zahlen der Bevölkerungsgruppe im schulpflichtigen Alter, die bereits 2002 ihren Anfang nahm, damit umgehen müssen, dass Trends und Zahlen durch die Fluktuationen in der Geburtenrate in den verschiedenen Bildungszyklen unterschiedlich ausfallen werden. Der Anteil der Kinder im Vorschulalter wird bis zu seinem Höchststand im Jahr 2010 ansteigen und dann zuerst langsam und später immer schneller sinken. Die Bevölkerungsgruppe der Kinder im schulpflichtigen Alter wird eine ähnliche Entwicklung durchmachen, jedoch zeitverzögert, mit ihrem Höchststand im Jahr 2013.

In der Primarstufe werden die SchülerInnenzahlen zwischen 2006 und 2020 signifikant, um ca. 28%, ansteigen und dann leicht zurückgehen.

Die Bevölkerungsgruppe, deren Alter dem der Schulpflicht der Sekundarstufe entspricht, wird von etwas weniger als 65.000 Menschen 2006 auf 88.000 Menschen 2020 ansteigen, doch dieser Trend wird sich später verlangsamen, was impliziert, dass es nach dem untersuchten Zeitraum höchstwahrscheinlich zu einer rückläufigen Tendenz kommen wird.

Obwohl die Veränderung der Bevölkerungszahl im Baskenland von 2003 bis 2009 nur 2,3% betrug, gab es in der Altersgruppe der Zehn- bis 14-Jährigen praktisch keine Veränderung. Bei den 15- bis 19-Jährigen gab es einen Rückgang von 0,09%, bei den 20- bis 24-Jährigen war der Rückgang ausgeprägter (-20%).

Zieht man in Betracht, dass es genau diese Altersgruppen sind, aus deren Reihen die meisten Menschen irgendeine Art von Aus- oder Weiterbildung machen, so sollte man daraus schließen, dass dieser demografische Faktor die Schwankungen in den Tabellen maßgeblich beeinflusst. Die Tabellen belegen, dass die Gesamtanzahl derer, die sich in einem Aus- oder Weiterbildungsprozess befinden, von 2003 bis 2009 um 6,5% stieg, obwohl die Gesamtbevölkerung im selben Zeitraum um 0,8% zunahm.

Der Rückgang des Bevölkerungsanteils der Zehn- bis 24-Jährigen wird durch den beträchtlichen Anstieg der Anzahl der älteren Bevölkerung, die an Ausbildungs- oder Weiterbildungsprogrammen teilnimmt, kompensiert. So wuchs im Zeitraum 2003 bis 2007 der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung, die sich weiter bildeten, um ihre Qualifikationen zu verbessern, um 6,5%. Gleichzeitig stiegen die Zahlen der Lernenden in Erwachsenenbildungszentren um 31%, wodurch das beständige Wachstum um ca. 5% pro Schuljahr noch unterstrichen wird⁵.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Für die Altersgruppe der Null- bis Dreijährigen wurde 2003 von der Baskischen Regierungsabteilung für Bildung, Universitäten und Forschung und den autonomen Gebietskörperschaften das *Haurreskolak Consortium* ins Leben gerufen, das den Vorschulunterricht verwalten soll. Dies stellte einen neuen Impuls für verstärkte Einschulung von Kindern in dieser Altersgruppe dar.

Gleichzeitig wurden Maßnahmen gesetzt, welche die Erwachsenenbeteiligung and Aus- und Weiterbildungsprozessen ermöglichten und förderten:

- Teilzeitangebote für Berufsausbildung, die es der erwachsenen Bevölkerung ermöglichen, Module in Berufsbildungsprogrammen flexibler zu absolvieren, angepasst an ihre Verfügbarkeit, sodass sie Ausbildung, Beruf und Familie miteinander vereinbaren können.
- Vorbereitungskurse für die Aufnahme in Ausbildungsprogramme. Diese Kurse bieten der Bevölkerung die notwendige Vorbereitung, damit sie diese Prüfungen bestehen und so ihre Ausbildung fortsetzen und sich weiter qualifizieren können.
- Instrumente zur Anerkennung von durch Berufserfahrung und nicht formales Lernen erworbenen Fähigkeiten. Diese Anerkennung zielt darauf ab, die erwerbstätige Bevölkerung dazu anzuregen, sich weiter zu bilden und sich beruflich höher zu qualifizieren.
- Netzwerk von Ausbildungs-Informationsdiensten. Diese Ausbildungs-Informationsdienste bieten Informationen betreffend das Aus- und Weiterbildungsangebot für eine bestimmte geografische Region, unabhängig davon, ob es sich um formale oder nicht-formale Bildungsangebote handelt, und beraten Menschen auf Basis ihrer früheren Ausbildung, ihrer Interessen und Erwartungen.

⁵ Eurostat – Baskisches Statistikbüro: (Demografische Indikatoren/Statistiken zur Schulaktivität), www.eustat.es/idioma_c/indice.html [November 2010].

- Karriereberatungsdienste. Diese Dienste, die sich hauptsächlich an die beschäftigungslose Bevölkerung oder an Menschen richten, die ein hohes Risiko haben, ihre Beschäftigung zu verlieren, beraten Menschen betreffend die Aus- und Weiterbildung, die sie absolvieren sollten, um Arbeit zu finden.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Alle im vorangehenden Abschnitt erwähnten Maßnahmen, die auf die erwachsene Bevölkerung ausgerichtet sind, werden in den nächsten paar Jahren weiterhin positive Auswirkungen haben. Die Lifelong-Guidance-Dienste werden die Aus- und Weiterbildungsangebote flexibler gestalten, damit die erwachsene Bevölkerung Arbeit und Familienleben mit der Weiterbildung vereinbaren kann. Des Weiteren ist die Anerkennung von Fähigkeiten, die im Rahmen von nicht-formalem Lernen oder durch Berufserfahrung erworben wurden, ein Schlüsselaspekte dafür, der erwachsenen Bevölkerung Weiterbildung zu ermöglichen.

Notwendige Bedingungen

Die Bildungsbeteiligung für das Baskenland lag 2007/2008 bei 19%; dieser Wert war seit 2001 gleich geblieben. Dies impliziert, dass der Prozentsatz der Gesamtbevölkerung, der zur Schule geht, in den letzten elf Jahren von 21% im Jahr 1998 um zwei Prozentpunkte gesunken ist. Dies lässt sich durch den Rückgang der Bevölkerung im Alter zwischen 0 und 29 Jahren in diesem Zeitraum erklären.

Nach Altersgruppen getrennt lässt sich ein Anstieg der Bildungsbeteiligung in diesem Zeitraum feststellen, insbesondere im ersten Abschnitt der frühkindlichen Bildung. Wir sollten den starken Anstieg der Beteiligung bei den Null- bis Einjährigen unterstreichen, die sich verneunzehn- bzw. vervierzehnfacht und so Werte von 17,2% bzw. 36,6% erreicht hat. Bei den Zweijährigen zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab, jedoch weniger ausgeprägt, die mit einer Verdoppelung der Anzahl eingeschulter Kinder (91,3%) fast 100% erreichte. Bei den Drei- bis 18-Jährigen bleiben die Quoten denen vor elf Jahren sehr ähnlich, obwohl in Betracht gezogen werden muss, dass hier über eine Altersgruppe sprechen, für welche die Quoten bereits vor einem Jahrzehnt bei 100% lagen und die nun mit kleinen Abweichungen immer noch dieselben Prozentsätze aufweisen.

Es sollte betont werden, dass ab dem Alter von 19 Jahren ein Anstieg des Prozentsatzes junger, in Aus- und Weiterbildung befindlicher Menschen zu verzeichnen ist, insbesondere im Alter von 20, 21 und 23 Jahren, obwohl die Unterschiede hier gering ausfallen.

In der Gruppe der 15- bis 19-Jährigen, machen 83,8% der jungen Menschen eine Ausbildung, in der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen sind es 22,2%.

Aus einem Vergleich der Verteilung von Lernenden nach Altersgruppen im Schuljahr 1996/97 und 2007/08 geht klar hervor, dass die Zahl der Menschen, die sich im Bildungssystem befinden, sich um insgesamt 63.638 verringerte, da es einen Rückgang der SchülerInnenzahlen in bestimmten Jahrgängen gab, in diesem Fall ab dem Alter von 9 Jahren. Bis 1995 war die Geburtenrate niedriger, dann kehrte sich der Trend um, und die Zahlen stiegen. Diese Auswirkung kann man an der Schulpyramide betrachten, wo der Anstieg oder der Rückgang der Einschreibungen den natürlichen Schwankungen der Bevölkerungsentwicklung unterliegen. So ist zum Beispiel der Anteil der 16- und 17-Jährigen im Vergleich zum Jahr 1995/96 leicht gesunken, um drei Prozentpunkte.

Im Schuljahr 2007/08 gab es in den ersten Schulstufen (frühkindliche Bildung und Grundschule) eine Erhöhung der Einschreibungen, während die Entwicklung der verbleibenden Altersgruppen rückläufig war. Wir sollten außerdem erwähnen, dass in den Schulstufen, für die Schulpflicht herrscht, nämlich Grundschule und verpflichtende weiterführende Schulbildung (zwölf- bis 16-Jährige), 100% der Kinder und Jugendlichen des Baskenlandes die Schule besuchen.

Abgesehen von den Anmerkungen zu den ersten Schulstufen gibt es allgemein gesehen keinen großen Unterschied zwischen der Pyramide von vor elf Jahren und der Pyramide heute. Aus einer umfassenden Analyse können wir schließen, dass der Anteil Lernender im Alter von 18 bis 27 Jahren höher ist als vor elf Jahren, besonders für die Altersgruppen der 20-, 21- und 23-Jährigen, mit einer positiven Differenz von fünf Prozentpunkten.

Oben Genanntes scheint zu zeigen, dass das demografische Wachstum in den von schulischer Ausbildung betroffenen Altersgruppen einerseits und der in den letzten paar Jahren stetig wachsende Trend in Richtung Beteiligung der Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren an Aus- und Weiterbildungsprogrammen andererseits, der auf beständigen Impulsen durch politische Maßnahmen zur Förderung des lebenslangen Lernens basiert, zum Anstieg des Prozentsatzes der Bevölkerung, der sich für Aus- und Weiterbildung auf der einen oder anderen Bildungsebene eingeschrieben hat, beigetragen haben.

TOSCANA⁶

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Die Eurostat-Tabellen können in Bezug auf die Situation der Toskana nur nach Betrachtung einiger Daten analysiert werden, welche diese Region von anderen unterscheiden.

Im letzten Jahrzehnt kam es zu einem Migrationsstrom aus den großen, städtischen Ballungsräumen in Richtung der kleineren Gebiete in der Umgebung.

Die Überalterung der Bevölkerung ist ein einzigartiger Aspekt der italienischen Bevölkerung und besonders der Bevölkerung der Toskana.

Der Altersindex (Verhältnis zwischen der Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren und jener im Alter von null bis 14 Jahren) liegt bei 190%, während der nationale Durchschnitt bei 130% liegt.

Der toskanische Abhängigkeitsindex (Bevölkerung jünger als 15 und älter als 64 Jahre verglichen mit der Bevölkerung zwischen 15 und 64), beträgt 50,2%, was im europäischen Durchschnitt von 48,8% liegt (Italien 48%), aber der Anteil der Über-65-Jährigen, die von der Bevölkerung im Erwerbsalter abhängen, beläuft sich auf 34%, im Vergleich zu 28% für ganz Italien. Die Austauschkapazität der Bevölkerung ist sehr niedrig; der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen null und 14 Jahren in der Toskana ist einer der niedrigsten in ganz Europa und beträgt 11,7% (Italien 14,4%), wobei der Durchschnittswert der 25 Länder bei 17,1% liegt.

Man bräuchte in der Toskana also ca. 200.000 Kinder, um den europäischen Durchschnittswert zu erreichen. Ein weiteres Charakteristikum und Problem der Region ist die niedrige Geburtenrate, eine der niedrigsten in einem Land mit einigen der niedrigsten Geburtenraten in Europa: durchschnittlich 1,17 Kinder pro Frau. In den zehn Jahren zwischen den Volkszählungen von 1991 und 2001 hat die Region 32.000 EinwohnerInnen, also 1% der Bevölkerung, verloren.

Obwohl der Rückgang nicht groß war, kann man in der Alterszusammensetzung erkennen, wie sehr sich der Alterungsprozess der Bevölkerung beschleunigt hat.

Es gab 180.000 Kinder und junge Menschen unter 25 weniger, dafür kamen 96.000 Menschen im Alter von 65 und darüber hinzu. Der Altersindex stieg von 158% auf 192%, und heute kommen ungefähr zwei ältere Menschen auf ein Kind.

Die Bevölkerung im Erwerbsalter ging um 101.000 Einheiten zurück (-4%) und alterte, da die Anzahl der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren sich um 153.000 Einheiten verringert hat (-6%).

Die Migrationsströme haben offensichtlich große Bedeutung für die demografische Dynamik der Region. In den letzten 15 Jahren betrug der Netto-Migrations-Effekt ungefähr 12.000 Menschen pro Jahr, was ohne negatives natürliches Bevölkerungswachstum zu einem Bevölkerungszuwachs von 4% geführt hätte.

Die ansässige, ausländische Bevölkerung wuchs beträchtlich, vervierfachte ihre Zahl in den letzten 15 Jahren und machte 3,5% der Gesamtbevölkerung aus. Betrachtet man die Zahl der Aufenthaltstitel, die auf 172.000 geschätzt wird, so beträgt die Anzahl der nicht-italienischen StaatsbürgerInnen, die regulär in der Region leben, 4,9% der dort lebenden Bevölkerung, etwas höher als der italienische Durchschnitt und fast gleich wie der europäische Wert.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Die Zeitreihe der Lernenden, die im staatlichen Schulsystem in der Toskana eingeschrieben waren, zeigt ein Wachstum von über 50.000 Einheiten im Laufe der letzten zehn Jahre auf, wovon ca. ein Viertel auf die frühkindliche Bildung (25,4%), 30,5% auf die Grundschule, 13,9% auf die Sekundarstufe I und die verbleibenden 30,1% auf die Sekundarstufe II entfielen.

Der Anstieg von Einschreibungen in die Einrichtungen für frühkindliche Bildung ist hauptsächlich auf den Schuleinstieg der Jahrgänge der Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft zurückzuführen (Bevölkerungsfaktor). Die GrundschülerInnenzahlen folgen in ihrer Entwicklung den Gesamtzahlen und steigen konstant.

Veränderungen in der Bevölkerung hatten insbesondere Auswirkungen auf die Anzahl der SchülerInnen in der Sekundarstufe I. Diese Veränderungen bedingten bis zum Schuljahr 2003/2004 einen Anstieg der Einschreibungen, der über dem Bevölkerungswachstum lag, gefolgt von einem leichten Rückgang und schließlich einer Erholung der Einschreibungszahlen in den letzten untersuchten Jahren.

Insgesamt wuchs die Anzahl der SchülerInnen in der Sekundarstufe I im untersuchten Jahrzehnt um 8,9%. Der Anteil ausländischer SchülerInnen in der frühkindlichen Bildung und den von der Schulpflicht betroffenen Schulstufen liegt in der Toskana bei 12%. In der Sekundarstufe II wird ein steter Zuwachs an ausländischen SchülerInnen verzeichnet, aber der Anteil dieser SchülerInnenkategorie fällt mit 7% klar niedriger aus als in den Schulstufen darunter.

⁶ Daten und Informationen zur Toskana wurden den folgenden Publikationen entnommen: IRPET (2010), *L'istruzione in Toscana rapporto 2010*, Firenze-Luglio 2010. IRPET (2009), *Le Università per Adulti in Toscana*, Firenze-Ottobre 2009. IRPET (2010), *Il sistema universitario in Toscana*, Firenze-Marzo 2010.

Es ist bekannt, dass eine hohe Differenz zwischen der Anzahl der ausländischen SchülerInnen und der Anzahl ihrer italienischen MitschülerInnen, welche die Sekundarstufe II erfolgreich abschließen, existiert. Obwohl Bildung eines der effektivsten Instrumente für vollständige soziale und wirtschaftliche Integration ist, bezahlen ausländische SchülerInnen für den Rückstand, der in den ersten Schuljahren zusammenkommt (nur 71,7% der SchülerInnen schließen die Grundschule mit dem dafür vorgesehenen Alter ab), und dafür, dass die Familien oft nicht über die wirtschaftlichen und kulturellen Mittel verfügen, um den Bildungsprozess ihrer Kinder zu fördern. Im Jahr 2008 stellten in Italien geborene Kinder mit Migrationshintergrund durchschnittlich 35% der Gesamtzahl der eingetragenen SchülerInnen dar. 71,2% dieser Kinder mit Migrationshintergrund waren in der Vorschule eingeschrieben. Was im Ausland geborene Kinder betrifft, so ist für diese das Problem der Integration geringer, wenn nicht inexistent, da es keine Probleme mit dem Erlernen der Sprache gibt und so der Schulbeginn mit dem dafür vorgesehenen Alter wahrscheinlicher ist.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Die regionalen Politiken, die für Investitionen in den Bereichen Integration und Interkulturalität sorgten, hatten, wie oben beschrieben, eine positive Wirkung.

Die Verbreiterung des Zugangs zu Bildung für Kinder mit Migrationshintergrund, und das Insistieren auf Maßnahmen, die auf die Reduzierung der Schulabbruchsquote in der Sekundarstufe II abzielen, werden in naher Zukunft positive Auswirkungen hervorbringen.

Notwendige Bedingungen

Durch die Umsetzung von integrierten Politiken zu Aus- und Weiterbildung und Beschäftigung hat die toskanische Regierung eine signifikante Beteiligung der ansässigen Bevölkerung erreicht, und zwar durch Unterstützung von Prozessen des lebenslangen Lernens beginnend in der frühen Kindheit und die Verbindung von sozialem Zusammenhalt, Weiterbildung für Arbeitskräfte, stärkerer Wettbewerbsfähigkeit des regionalen Systems und einem strukturierten Bildungssystem, das sowohl Ausbildung als auch Beschäftigung involviert.

Die Anzahl der Klassen aller Ausbildungsstufen in der Toskana stieg im letzten Jahrzehnt um ein paar Hundert Einheiten an, doch dieser Anstieg ist ganz klar geringer als jener der SchülerInnenzahlen: in zehn Jahren hat sich die Anzahl der Klassen um 7,5% erhöht, die Anzahl der eingeschriebenen SchülerInnen jedoch um 13,5%. Dies veranschaulicht die Effizienz der von Schulen eingesetzten restriktiven Maßnahmen, selbst bei signifikantem Anstieg der SchülerInnenzahlen. Bei separater Betrachtung der Dynamiken der Ausbildungsstufen lassen sich unterschiedliche Trends feststellen; im Bereich der frühkindlichen Bildung wurde in zehn Jahren ein Gesamtwachstum von 20% verzeichnet, was dem starken Anstieg der Nachfrage entspricht (+26%). Bei den Grundschulen erhöhte sich die Anzahl der Klassen im Vergleich zum Bezugsjahr um 2,4%, die Anzahl der Kinder wuchs im selben Zeitraum um 12,7%. In den Sekundarstufen I und II entwickelte sich die Anzahl der Klassen parallel zur Anzahl der Einschreibungen.

Die regionale Verwaltung verringerte die Auswirkungen der Beschränkungen betreffend die Schaffung von neuen Klassen, besonders in Bezug auf die Vorschule (deren Besuch in Italien nicht verpflichtend ist), indem sie die Rolle der Regierung bei der Abdeckung aller Einschreibungsanträge übernahm.

Obwohl die regionale Regierung diese Position tendenziell beibehalten möchte, wird es aufgrund der von der Regierung beschlossenen Ausgabenkürzungen schwierig sein, die Nachfrage zu befriedigen.

STEIERMARK

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt und zu anderen österreichischen Bundesländern verfügt die Steiermark über Sondermerkmale, die für die hier behandelten Bildungsfragen relevant sind.

Im letzten Jahrzehnt erlebte die Steiermark den größten Rückgang der SchülerInnenzahlen in ganz Österreich. Der Anteil der Bevölkerung im Alter von unter 20 Jahren sank von 30,4% im Jahr 1981 auf 20% im Jahr 2009. Dies ist für alle damit zusammenhängenden statistischen Daten relevant, und stellt eine riesige Herausforderung für die zukünftige Entwicklung und Politik in den Bereichen Bildung, Soziales, Beschäftigung und Wirtschaft dar⁷.

Für Österreich existieren gut ausgearbeitete Statistiken über das Schulsystem, welche auch nach Bundesland, Schultypen, sowie für Universitäten, genauer betreffend die Typen der Universitäten, Fachrichtungen usw. differenziert sind. Auf regionaler Ebene gibt es keine so detaillierte statistische Datensammlung für andere Aus- und Weiterbildungsbereiche wie Vorschulbildung, Erwachsenenbildung, etc. Die letzte bundesweite

⁷ Statistik Austria, *Bildung in Zahlen*, Wien, www.statistik.at, [November 2010].

Studie über Erwachsenenbildung, basierend auf einem Mikrozensus, stammt aus dem Jahr 2003. Weitere Entwicklungen können also nicht wirklich detailliert, basierend auf Statistik- oder Forschungsquellen, spezifiziert, jedoch vor einem qualitativen und Erfahrungs-Hintergrund erläutert werden.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Die Politiken und Maßnahmen in der Steiermark müssen an die verschiedenen Bereiche der Bildungsaktivitäten angepasst werden:

- Bei der frühkindlichen Bildung (0 bis 2) liegt die Steiermark hinter allen anderen Bundesländern (6,5% in der Steiermark gegenüber dem österreichischen Durchschnitt von 14%, Wien 25,5%).
- Was die Kindergärten, drei- bis fünf-Jährige Kinder, betrifft, so ist die Steiermark (nach Kärnten) das Bundesland mit der zweitniedrigsten Einschreibungsquote. Um in diesen Aspekten Fortschritte zu machen, wurde in der Steiermark 2007/2008 eine Politikinitiative zur Verbesserung der Einschreibungszahlen für die Kindergärten initiiert, die den Zugang zu den Kindergärten kostenlos machte. Hinzu kam eine Gesetzes-Initiative für das letzte Kindergartenjahr (kostenlos und verpflichtend), deren Auswirkungen (in absoluten Zahlen und im Vergleich mit anderen Bundesländern und anderen europäischen Regionen) im nächsten Zeitraum gemessen werden sollten.
- Im Schulbereich nahm die Steiermark an der Entwicklung der so genannten *Neuen Mittelschule* teil, um das Treffen von zu frühen Laufbahnentscheidungen für SchülerInnen im zehnten Lebensjahr zu vermeiden. Eine erste Evaluierung der Folgen und bildungstechnischen Auswirkungen wird in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung stehen.
- Im Bereich der Lehre war die Initiative *Industrietechniker* der steirischen Industrie eine Pionieraktion im Bereich der dualen Ausbildung/Lehre, kombiniert mit hochwertigen und attraktiven zusätzlichen Bildungsangeboten wie der „Berufsmatura“ und späterem Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen.
- Im Bereich der Erwachsenenbildung wurde 2002 das Bildungsnetzwerk Steiermark, ein Netzwerk für Erwachsenenbildung, gegründet, in das eine große Anzahl von Steirischen Verbänden und Institutionen im Bereich Erwachsenenbildung (Netzwerk, Arbeitsgruppe Erwachsenenbildung) involviert sind, und zwar mit großen Auswirkungen in mehreren Bereichen der Erwachsenenbildung wie Basiskompetenzen, Guidance und Beratung, Einfluss auf nationale Strategien und Politiken in der Erwachsenenbildung.
- Auf der postsekundären und tertiären Bildungsebene war die Entwicklung der Fachhochschulen zusätzlich zu den Angeboten der traditionell etablierten Universitäten ein wichtiger Teil der regionalen Bildungsstrategie. Eine Besonderheit war die Einrichtung der Pädagogischen Hochschulen – auf Basis eines Bundesgesetzes –, woran die Steiermark sehr aktiv beteiligt war.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Nach den Landesregierungswahlen im September 2010 wurde ein neues Programm für die nächste Regierungsperiode 2010 bis 2015 entwickelt.

Das Kapitel 4 des Landesregierungsprogramms – Bildung, Forschung, Wissenschaft und Kultur – weist starke Unterstützung für eine offensive Strategie in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Bildung im Land Steiermark auf.

Ein regionaler Bildungsplan für die Steiermark sollte als strategisches Rahmenwerk für die nächsten Jahre entwickelt werden.

Seit mehr als 20 Jahren ist die Steiermark traditionell ein innovatives und proaktives Bundesland, was Politik in den Bereichen Bildung und Lebenslanges Lernen betrifft.

Das Land Steiermark versucht nun mit Anreizen in den folgenden Bereichen, diesen Ehrgeiz aufs Neue zu aktivieren, zum Beispiel durch:

- kostenlose Vorschulbildung für alle im Alter von vier bis sechs Jahren,
- die so genannte *Neue Mittelschule* in mehreren Regionen,
- Innovationen der dualen Ausbildung und Lehre wie der *Industrietechniker*,
- Initiativen im postsekundären und tertiären Bildungsbereich, z. B. gemeinsame Studiengänge zwischen Universitäten und pädagogischen Akademien,
- Erwachsenenbildungsprogramme, besonders in den Bereichen Orientierung, Beratung und Basiskompetenzen.

All diese ehrgeizigen Programme werden durch mehrere transnationale Kooperationen und Vergleiche unterstützt. Eine Kernbedingung für effektive und nachhaltige Entwicklung in all diesen Bereichen ist permanenter Input von außen – transnationale Kooperation, europäische Projekte und Programme, lebenslanges Lernen, Forschung, Europäischer Sozialfonds, etc.; die Zusammenarbeit innerhalb der SMOC ist eine dieser konsequent angewandten Herangehensweisen für internationale Anreize für regionale Entwicklung und Innovation.

VÄSTSVERIGE⁸

Die schwedische Geburtenrate sank nach der Wirtschaftskrise in den frühen 1990ern und erreichte ihren Tiefpunkt mit 1,5 Kindern pro Frau Ende der 1990er. In den letzten Jahren stieg die Geburtenrate jedoch signifikant und ging 2008 über 1,9 Kindern pro Frau hinaus, lag also weit über dem EU-Durchschnitt. Die Lebenserwartung stieg auf 78,7 Jahre für Männer und 82,9 Jahre für Frauen. Ein großer Teil des schwedischen, und europäischen, Bevölkerungswachstums in den kommenden Jahrzehnten wird aus Menschen über 65 bestehen. In Schweden schätzt man, dass die Anzahl der 65- und Über-65-Jährigen von 1,5 Millionen im Jahr 2005 im Jahr 2025 auf 2,2 Millionen angestiegen sein wird.

Die demografische Herausforderung, der Schweden gegenübersteht, ist dabei, eine der besorgniserregendsten und teuersten Herausforderungen aller Zeiten zu werden. Demografische Voraussagen zeigen, dass die Anzahl der älteren Menschen schneller wachsen wird als jene der jüngeren. Dies wird die Regierungen enorm unter Druck setzen und Auswirkungen auf die berufliche Aus- und Weiterbildung haben, da relativ gesehen weniger Menschen das Erwerbsalter erreichen werden, während immer mehr aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Dies könnte zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften führen, was der Entwicklung von Berufsbildungs-(VET)-Optionen, welche den Bedarf des Arbeitsmarkts decken können, eine besondere Wichtigkeit verleihen wird. Laut Voraussagen soll Schweden in den kommenden Jahrzehnten eine der niedrigeren altersbedingten Abhängigkeitsraten in Europa haben (ungefähr fünf Prozentpunkte niedriger als der EU-27-Durchschnitt 2040). Dies resultiert größtenteils aus zwei Faktoren: einer relativ hohen Geburtenrate, im europäischen Kontext; und einer relativ hohen Rate der Brutto- und Nettoeinwanderung, durch die Menschen, die jünger sind als der Durchschnitt, der Bevölkerungsbasis Schwedens hinzugefügt werden. Doch sogar Schweden wird in den kommenden Jahrzehnten ernststen Herausforderungen gegenüberstehen, was die Finanzierung des Sozialstaats und die Sicherstellung von ausreichend qualifizierten Arbeitskräften betrifft. Berufsbildung (VET) wird eine kritische Rolle dabei spielen, sicherzustellen, dass Schweden, und Europa, im Kontext einer alternden Gesellschaft wettbewerbsfähig bleiben. Konkret ausgedrückt bedeutet dies, zu garantieren, dass die relativ kleinere Bevölkerung im erwerbstätigen Alter effektiv ausgebildet ist, um zu erhöhter Produktivität und wachsender, wirtschaftlicher Entwicklung beizutragen⁹.

In Västsverige (West-Schweden) leben ungefähr 20% der schwedischen Bevölkerung, und die Situation dort ist der oben beschriebenen ähnlich. Für Västsverige müssen die gesamt-schwedischen Daten verwendet werden, da es keine formale, regionale Ebene gibt, die für Bildung, sowie Aus- und Weiterbildung von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung der Sekundarstufe II verantwortlich ist. Die Macht ist zwischen der staatlichen und lokalen Ebene aufgeteilt. Es existiert jedoch, wie im Folgenden beschrieben, freiwillige, regionale Zusammenarbeit in vielen Bereichen.

Västsverige besteht aus zwei Regionen: *Halland* mit sechs lokalen Körperschaften und *Västra Götaland* mit 49 lokalen Körperschaften. In Västra Götaland leben 1,5 Millionen Menschen und 130 Nationalitäten. Mit 17% der schwedischen Gesamtbevölkerung ist sie eine der größten Regionen des Landes.

Västra Götaland verfügt über einen gewählten Regionalrat, der zum Erheben von Steuern berechtigt ist, und dessen Mitglieder öffentlich gewählt werden. Die Region ist hauptsächlich für die Gesundheitsversorgung verantwortlich, die 90% des Budgets einnimmt. Als die Region Västra Götaland 1999 geschaffen wurde,

⁸ Quelle der Daten und Informationen über Västra Götaland: www.gtkom.se/grutbildning/gymnasieskolan/smocsoftopenmethodofcoordination.4.1b1c276c128b01717008000159.html, [November 2010]. Schweden ist mit einer Fläche von ca. 450.000 km² das viertgrößte Land Westeuropas und erstreckt sich von Norden nach Süden über 1500 km. Die Bevölkerung betrug im Jahr 2008 ein wenig über 9,25 Millionen. Im Norden ist das Land mit nur drei EinwohnerInnen pro km² dünn besiedelt. Über 90 Prozent der Bevölkerung leben in der südlichen Hälfte des Landes, und viele von ihnen leben in oder um die drei großen urbanen Zentren: *Stockholm* (1,8 Millionen EinwohnerInnen), *Göteborg* (800.000) und *Malmö* (500.000). Am 1. Juli 2009 wurde im Sprachengesetz (*Språklag*) Schwedisch als die „Haupt“-Sprache des Landes bezeichnet, doch es gibt auch fünf Minderheitensprachen: Finnisch, alle Sami-Dialekte, Meänkieli, Romani und Jiddisch.

⁹ Cedefop (2009), *Vocational education and training in Sweden, Luxemburg*, www.cedefop.europa.eu/EN/Files/5198_en.pdf, [10. Oktober 2010].

bekam sie auch die Verantwortung für Fragen zu regionalem Wachstum und regionaler Entwicklung übertragen, die zuvor über die Regionalverwaltungsräte (*County Administrative Boards*) zu den Kompetenzen der Regierung gehörten. Dies bedeutet unter anderem größeren Einfluss auf regionale, soziale Fragen, wie zum Beispiel Infrastruktur und Umwelt. Gemeinsam mit Universitäten, Colleges und anderen Bildungseinrichtungen analysiert die Region Västra Götaland tertiäre Bildung und passt diese an den Bedarf im Arbeitsleben an. Ein weiterer Fokusbereich ist die Verringerung der Unterschiede auf der Ebene des Bildungsstands. Västra Götaland trägt auch eine gewisse Verantwortung auf postsekundärer Berufsbildungsebene und betreibt auf der tertiären Ebene sieben Colleges für landwirtschaftliche Studien und sieben Volkshochschulen. Entwicklung, Wachstumsziele und Maßnahmen der Region werden durch ein regionales Wachstumsprogramm (RTP) strukturiert und finanziert.

Västra Götaland verfügt über 49 lokale Körperschaften. Sie erbringen den Großteil aller öffentlichen Dienstleistungen in ihren Gebieten und arbeiten in vier Gebietskörperschaftsverbänden zusammen. Der Gebietskörperschaftsverband der Region Göteborg (GR) ist mit 13 Gebietskörperschaften der größte Verband, und die meisten der in diesem Bericht herausgestellten Maßnahmen wurden den Aktivitäten dieses Verbands entnommen.

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Über 98% der SchülerInnen gehen nach Abschluss der Schulpflicht auf eine dreijährige weiterführende Schule der Sekundarstufe II, die sowohl berufsbildende (IVET) als auch akademische Programme anbietet. Die Gebietskörperschaften sind laut Bildungsgesetz verpflichtet, jungen Menschen (üblicherweise im Alter zwischen 15 und 20 Jahren), die ihre Schulpflicht abgeschlossen haben, weiterführende Schulbildung zu bieten. Um in ein staatliches oder speziell gestaltetes Programm aufgenommen zu werden, müssen die SchülerInnen Schwedisch, Englisch und Mathematik in der Pflichtschule erfolgreich absolviert haben oder über entsprechende Kenntnisse verfügen. Die Gebietskörperschaft ist dazu verpflichtet, ein breites Angebot an Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen und zu versuchen, dafür zu sorgen, dass die Anzahl der zu vergebenden Plätze in verschiedenen Programmen der Wahl der SchülerInnen entspricht.

Wenn das gewünschte Programm in der Gebietskörperschaft der jeweiligen SchülerInnen nicht zur Verfügung steht, so haben diese das Recht, sich in einer anderen Gebietskörperschaft zu bewerben. Wenn die Anzahl der SchülerInnen, die sich für ein Programm anmelden, die Anzahl der verfügbaren Plätze übersteigt, so werden die Teilnehmenden auf Basis der Abschlussnoten der Pflichtschule ausgewählt.

Sowohl theoretische/akademische als auch berufsbildende Programme beinhalten gemeinsame Kernlehrpläne, die ausreichende Lehrveranstaltungspunkte (Credits) bieten, um den Einstieg in die Universität zu erleichtern. Des Weiteren teilen akademische und IVET-Programme mehrere gemeinsame Kernkurse und gehören beide der Kategorie ISCED 3A an. In dieser Hinsicht ist das System flexibel, und jene, die ein IVET-Programm abschließen, verfügen über vielerlei Optionen, vom direkten Einstieg in den Arbeitsmarkt, über postsekundäre Berufsausbildung zur tertiären Bildung. Sekundärprogramme der Oberstufe, die hauptsächlich berufsorientiert sind, müssen innerhalb des Berufsfeldes eine breite Grundbildung bieten sowie als Basis für weiterführende Studien dienen (an alle Sekundärprogramme der Oberstufe kann tertiäre Bildung angeschlossen werden).

Berufsbildende Programme müssen zumindest 15 Wochen Ausbildung am Arbeitsplatz während der drei Jahre der Sekundarstufe II anbieten.

Das Bildungsgesetz verleiht auch Erwachsenen das Recht auf Bildung. Bildungsprogramme werden über die Erwachsenenbildung der Gebietskörperschaft (*Komvux*) oder über Erwachsenenbildung für Erwachsene mit Lernbehinderungen (*Särvox*) angeboten.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Zwischen 1997 und 2002 wurde ein großes Programm, die Initiative für Erwachsenenbildung (*Kunskapslyftet*), ins Leben gerufen, um lebenslanges Lernen zu fördern. Den Gebietskörperschaften wurden zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt, um Hunderttausende zusätzlicher Ausbildungsplätze in der Erwachsenenbildung anzubieten, hauptsächlich für jene, die über keinen Abschluss der Sekundarbildung II verfügen. In Folge dieser großen Investition in die Erwachsenenbildung verschob sich der Politikschwerpunkt in Richtung des Reformbedarfs der Sekundarbildung II, inklusive des IVET der Sekundarstufe II, auf dem der Erwachsenen-IVET der Gebietskörperschaften basiert. In der Zwischenzeit stellte die Regierung 2009 zusätzliche Gelder für den Erwachsenen-IVET durch berufsorientierte Erwachsenenbildung (*YrkesVux*) zur Verfügung. Diese Initiative wurde hauptsächlich als Reaktion auf die Wirtschaftskrise entwickelt und stellt zusätzliche 115

Millionen Euro zur Verfügung, um IVET-Plätze für 21.000 zusätzliche Erwachsene im Gebietskörperschafts-Rahmen für Erwachsenenbildung zwischen 2009 und 2011 zu schaffen¹⁰.

Höhere Berufsbildung ist mit ca. 35.000 Lernenden im Jahr 2008 die am meisten genutzte Form der rein berufsorientierten, postsekundären Ausbildung in Schweden. Der Pilotversuch für diese Ausbildungsform wurde 1996 gestartet, und 2002 wurde sie als permanente Ausbildungsform etabliert. Sie ist so gestaltet, dass sie Ausbildung anbietet, welche den Bedarf des Arbeitsmarkts an fachlichem Know-How in verschiedenen Sektoren deckt. Die Programme werden in Zusammenarbeit mit ArbeitgeberInnen gestaltet und von verschiedenen Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen angeboten. Die Programme können zwischen einem und drei Jahren dauern. Zumindest ein Drittel dieser Ausbildung sollte am Arbeitsplatz stattfinden, doch die neue Agentur für Höhere Berufsbildung (Agency for Higher Vocational Education) führt derzeit neue Richtlinien ein, um sicherzustellen, dass die höhere Berufsbildung Qualitätsstandards und besser dem wirklichen Qualifikationsbedarf des Arbeitsmarkts entspricht.

Während der 1990er und der frühen 2000er kam es zu einem großen Wachstum im höheren Bildungsbereich in Schweden. Die Anzahl der Studierenden an den Universitäten stieg von 51.000 auf 83.000 Studierende. Der Anteil der StudienanfängerInnen im Alter von 25 Jahren oder darunter an den Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs stieg von 20% auf über 40%. Im Jahr 2008 besuchten in Västra Götaland über 90.000 Studierende die Universitäten und anderen tertiären Bildungseinrichtungen.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Im Dezember 2009 wurde der Region Västra Götaland zusammen mit den anderen Selbstverwaltungsorganen in Schweden von der Regierung die Aufgabe übertragen, eine Plattform für Kooperation in den Bereichen Versorgung mit und Planung von Qualifikationen und Wissen für die Zukunft einzurichten. Die Regierung hat auch mehreren, verschiedenen Ämtern aufgetragen, im Bereich der Bereitstellung von Qualifikationen und Kompetenzen enger zusammenzuarbeiten, um den Bedarf an Kompetenzen besser zu erfüllen. Diese Plattform soll Gebietskörperschaften und anderen Anbietern von Aus- und Weiterbildung als Unterstützung und als Werkzeug dafür dienen, die bestmögliche Aus- und Weiterbildung für Erwachsene anzubieten. Sie soll außerdem die Planung verschiedener Maßnahmen ermöglichen, indem sie bessere Gelegenheiten schafft, den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt zu decken. Die Plattform wird des Weiteren Prognosen für zukünftigen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt sowie Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit zwischen Aus- und Weiterbildungsanbietern und VertreterInnen verschiedener Sektoren des Arbeitsmarkts bieten können.

Das Land verfügt über eine Tradition öffentlich finanzierten lebenslangen Lernens, und Schweden betont nun die Wichtigkeit, Erwachsenen das Tor zur Berufsbildung zu öffnen. Das Land stellt zusätzliche öffentliche Gelder für Erwachsenenbildung in Richtung berufsorientierter Ausbildung zur Verfügung, um den Auswirkungen der Krise entgegenzuwirken. Eine der Hauptmaßnahmen ist Yrkesvux. Durch neue Maßnahmen wurden außerdem höhere Wege der Berufsbildung und zusätzliche Studienplätze an Universitäten geschaffen, die für Västra Götaland außerordentlich wichtig sind.

WALES¹¹

Die Bevölkerung von Wales¹² ist durch ständige Veränderungen betreffend ihre Altersstruktur, ethnische Zusammensetzung und Mobilität gekennzeichnet.

Die Auswirkungen dieser Veränderungen in Wales variieren und beeinflussen die Planung und das Angebot

¹⁰ Förordning om statsbidrag för yrkesinriktad gymnasial vuxenutbildning, (SFS 2009:43), www.notisum.se/mp/sls/lag/20090043.htm, [November 2010].

¹¹ Zusätzlich zu den angegebenen Quellen beziehen sich Texte aus Wales auf die folgenden Quellen, auf die im November 2010 zugegriffen wurde: WAG – Welsh Assembly Government (Walisische Versammlung) (2007), *One Wales: A progressive agenda for the government of Wales*, <http://wales.gov.uk/about/programmeforgovernment/strategy/publications/onewales/?lang=en>.

Statistiken für Wales, <http://statswales.wales.gov.uk/index.htm>.

Daugherty Review (2004), *Learning Pathways Through Statutory Assessment: Key Stages 2 and 3: Final Report of the Daugherty Assessment Review Group*, Cardiff: WAG-Welsh Assembly Government, <http://wales.gov.uk/newsroom/educationandskills/2004/4024591/?lang=en> und http://en.wikipedia.org/wiki/Daugherty_Report.

WAG – Welsh Assembly Government (2007), *Promise and Performance (Webb review) including WAG response*, <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/publications/wagreviews/webbreview/?lang=en>.

WAG – Welsh Assembly Government (2009), *14-19 Learning Pathways*, http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/policy_strategy_and_planning/learningpathways1419/?lang=en
WAG – Welsh Assembly Government (2009), *Learning and Skills (Wales) Measure 2009*, <http://cymru.gov.uk/legislation/programme/assemblymeasures/learningskills/?sessionid=p1Q9JdcQl8cBBQ5q1V1KBJLPT1ZRTmyZv2nbGD7L215h9d7c311590164483?lang=en> and www.assembly.wales.org/bus-home/bus-legislation/bus-leg-measures/business-legislation-measures-ls.htm.

National Assembly For Wales (2005), *Circular 51/04: Skills and Employment Action Plan for Wales 2005*, <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/publications/circulars/401051?lang=en>.

¹² WAG – Welsh Assembly Government (27/10/2010), *Statistics for Wales. First Release-Wales's population 2010*, SDR 172/2010, <http://wales.gov.uk/topics/statistics/headlines/population2010/101027/?lang=en>, [November 2010].

öffentlicher Leistungen in Wales, insbesondere der Bildung. Im Jahr 2009 lag die Bevölkerung in Wales bei nur etwas weniger als drei Millionen. Das natürliche Wachstum war im vierten Jahr hintereinander positiv, mit 3.300 mehr Geburten als Todesfällen. Die Frauen, die 2009 für 10% der Geburten verantwortlich waren, waren außerhalb des Vereinigten Königreichs geboren. Dies stellt im Vergleich mit dem Anteil von 5% 1998 einen Anstieg dar. Dieser Umstand ist teilweise darauf zurückzuführen, dass 2008 16.400 Menschen aus dem Ausland nach Wales migrierten (während 15.900 aus Wales ins Ausland migrierten). Nach Voraussagen soll die walisische Bevölkerung von 2008 bis 2023 um 8% auf 3,2 Millionen Menschen anwachsen.

Von Mitte 2001 bis Mitte 2009 betrug das Bevölkerungswachstum 3,1%. In Europa bewegte sich das Bevölkerungswachstum zwischen 2001 und 2009 zwischen 14,2% in Zypern und -6,7% in Bulgarien, womit Wales ungefähr in der Mitte liegt. Das Vereinigte Königreich insgesamt verzeichnete in diesem Zeitraum ein Bevölkerungswachstum von 4,5%¹³.

Die Migration der Bevölkerung, ihre Auswirkungen auf die Geburtenraten und die Anzahl junger Menschen im Schulalter stellen eine besondere Herausforderung für die Bildungsplanung dar, genauso wie die Anzahl der Erwachsenen im Erwerbsalter, die Zugang zu einer Form des lebenslangen Lernens suchen, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern. Die wichtigsten Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und -verteilung seit Mitte 2001 zeigen einen allgemeinen Rückgang des Anteils der Kinder im Alter zwischen null und 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung von 20,2% auf 18,3%. Die Schätzungen der Bevölkerungszahlen Mitte 2009 ergaben jedoch ungefähr dieselbe Anzahl Kinder in Wales wie im Vorjahr (18,3% im Vergleich zu 18,5%), was zweifellos ein Resultat des positiven Wachstums aufgrund von natürlicher Veränderung in den letzten vier Jahren und Einwandererfamilien ist. In Wales kam es jedoch zu einer Veränderung in der Bevölkerung im Schulalter in sieben lokalen Körperschaften und zu Wachstum in Gebieten mit höherer Wirtschaftsaktivität.

Die Bevölkerung von Wales soll bis 2018 auf 3,14 Millionen (+5%) und bis 2033 auf 3,35 Millionen Menschen (+12%) ansteigen. Obwohl mehr Geburten als Todesfälle für den Großteil des Vorhersagezeitraums vorhergesagt werden, ist die Netto-Immigration der Hauptgrund für das geschätzte Bevölkerungswachstum. Die Zahl der Kinder soll innerhalb der ersten fünf Jahre des Vorhersagezeitraums leicht zurückgehen, mit ungefähr einem Prozent Kinder weniger im Jahr 2013 als 2008. Das ist darauf zurückzuführen, dass der vorhergesagte Rückgang der Anzahl älterer Kinder innerhalb der nächsten paar Jahre größer ist als der Anstieg der Anzahl kleiner Kinder.

Die Anzahl der RentnerInnen soll trotz der Änderung des staatlichen Rentenalters während des Großteils des Vorhersagezeitraums ansteigen. Im Jahr 2033 soll es 185.000 (29%) mehr RentnerInnen geben als 2008. Die walisische Bevölkerung wird schrittweise altern, wobei sich das Medianalter der Bevölkerung von 41,1 Jahren 2008 auf 44,2 Jahre 2033 erhöhen wird¹⁴.

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Qualifikationsniveaus und ihre Erreichung sowie Lernen am Arbeitsplatz sind wichtige Prioritäten der walisischen Politik; die kontinuierliche Herausforderung der Leistungsverbesserung in diesen Bereichen ist jedoch zu großen Teilen der Struktur der walisischen Wirtschaft und Unternehmen zuzuschreiben.

Im Jahr 2007 betrug die nominale Bruttowertschöpfung laut vorläufigen Daten des nationalen Statistikamts (Office for National Statistics – ONS) in Wales 44.333 Millionen britischer Pfund (ca. 53.000 Millionen Euro), was die walisische Wirtschaft zur zehntgrößten der zwölf Regionen des Vereinigten Königreichs machte (Wales, Schottland und Nordirland zusätzlich zu den neun englischen Verwaltungsregionen – *English Government Office Regions*)¹⁵. In der modernen walisischen Wirtschaft dominiert der Dienstleistungssektor. Im Jahr 2000 machten Dienstleistungen 66% der Bruttowertschöpfung aus, der Industriesektor 32%, und Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei 1,5%¹⁶. Was an Wales jedoch recht ungewöhnlich ist, ist der niedrige Anteil der besseren Arbeitsplätze in den Bereichen Unternehmens- und Finanzdienstleistung. Dies ist eine unmittelbare Ursache der allgemein recht schlechten Wirtschaftsleistung in Wales und könnte eine Folge des Nichtvorhandenseins einer wirklich großen Stadt sein. Im Industriesektor wurden die größten Rückgänge in den Bereichen Metallerzeugung und -bearbeitung und Textilien/Kleidung verzeichnet. Das größte Wachstum wurde in der Herstellung von Lebensmitteln und Getränken beobachtet (obwohl die Elektronikindustrie vor dem weltweiten Abschwung im Bereich Elektronik und IKT nach 2000 signifikant expandierte). Was die Größenstruktur anbelangt, so scheint es, dass der das ganze Vereinigte Königreich umfassende Trend in Richtung kleinerer Unternehmen, der in den 1980ern zu beobachten war,

¹³ Hier werden NUTS I- und NUTS II-Zahlen verglichen. Werkzeuge wie SMOC werden Vergleiche auf regionaler Ebene ermöglichen.

¹⁴ WAG – Welsh Assembly Government (2009), *Statistics for Wales. 2008-Based National Population Projections for Wales, SB 60/2009*, <http://wales.gov.uk/docs/statistics/2009/091021sb602009en.pdf?lang=en>, (November 2010).

¹⁵ Regionale Bruttowertschöpfung, von UK (beinhaltet UK Regionen).

¹⁶ Eurostat: Wales – Economy, http://circa.europa.eu/irc/dsis/regportraits/info/data/en/uk_eco.htm [Oktober 2010].

aufgehalten und in den 1990ern vielleicht sogar umgekehrt wurde. Dies scheint durch eine Konsolidierung im Dienstleistungssektor ausgelöst worden zu sein, und nicht durch große Veränderungen in der verarbeitenden Industrie (WAG, 2010:9-10)¹⁷.

Die Wirtschaftskrise, die 2008 begann, war eine für die walisische Wirtschaft einschneidende Entwicklung. Strukturelle Veränderungen beeinflussen jedoch ebenfalls Beschäftigungs- und Qualifikationsraten. Eine dieser Veränderungen ist jene in Richtung einer dienstleistungsorientierten Wirtschaft nach den großen Verlusten an Arbeitsplätzen in der Primärindustrie wie im Bergbau und der Stahlherstellung als Folge der Rezession in den frühen 1980ern: Zwischen 1979 und 1982, gingen in Wales 130.000 Arbeitsplätze verloren¹⁸, und die Beschäftigungsrate sank auf 62%. Die Erholung begann in Wales spät und hinterließ ein Erbe hoher Beschäftigungslosigkeit unter älteren Männern, insbesondere in den Industrietälern¹⁹ und das Aufkommen dienstleistungsbasierter Beschäftigung hauptsächlich unter Arbeitnehmerinnen. Der Trend des Rückgangs der Primärindustrie und des Wachstums der dienstleistungsorientierten Wirtschaft dauert bis heute an.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Die Teilnahme am europäischen Programm des Lebenslangen Lernens und die Inanspruchnahme von Strukturfonds wie dem ESF ermöglichten es, dem Bildungssektor in Wales einen Mehrwert zu verleihen, und unterstützten die Umsetzung von Strategien und Politiken des *Welsh Assembly Government* (walisische Regierung) im Bereich Bildung und Qualifikation.

In Wales ist die Beschäftigungsrate immer noch niedriger und der Anteil der Erwachsenen ohne Qualifikationen immer noch höher als die entsprechenden Durchschnittswerte für das Vereinigte Königreich. 10% der jungen Leute gehen weder zur Schule, noch befinden sie sich in einem Beschäftigungsverhältnis oder in der Aus- und Weiterbildung (not in education, employment or training – NEET)²⁰. Mangelnde Basisqualifikationen sind immer noch ein großer Anlass zur Sorge²¹. Zu viele Schulen, Colleges und Universitäten planen und arbeiten isoliert, und so kommt es zu Redundanz und Lücken im Angebot. Folglich ist der Zugang zu qualitativ hochwertiger Aus- und Weiterbildung nicht einheitlich gegeben, und zu wenige Bildungsanbieter berücksichtigen die Nachfrage seitens der Unternehmen und der Industrie sowie unterschiedliche Bedürfnisse der Lernenden.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Schlüsselstrategien und -Politiken für die Entwicklung von Bildung und Qualifikationen in Wales umfassen unter anderem das *Economic Renewal Programme*²² (wirtschaftliches Erneuerungsprogramm) und *Skills That Work for Wales* (Qualifikationen, die für Wales arbeiten/funktionieren)²³. Beide stellen Unterstützungsmaßnahmen zur Verbreiterung und Vertiefung der Qualifikationsbasis/grundlegenden Qualifikationen in Wales dar. Im *Economic Renewal Programme* wird betont, dass Bildung und Qualifikationen auf allen Ebenen essentiell für Wirtschaftswachstum und Wohlstand sind, sowie ihren Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmensproduktivität und individuellen, sozialen Mobilität. Die Entwicklung der Qualifikationsbasis wird als geteilte Verantwortung der regionalen Regierungen, Bildungsanbieter, ArbeitgeberInnen und der Einzelnen betrachtet; mit Betonung auf dem Bedarf an starker Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern auf regionaler Ebene. Für wirtschaftliche Erneuerung wird gesetzt auf:

- eine aktionsfähige Partnerschaft mit der Wirtschaft für Qualifikationsangebote,
- die Investitionen explizit auf Anforderungen der Wirtschaft nach der Rezession ausrichten,
- Unterstützung junger Menschen dabei, erfolgreich und bereit für die Arbeitswelt zu sein,
- Verstärkte Bemühungen, jenen zu helfen, die nicht beschäftigt sind, und so wirtschaftliche Inaktivität und Beschäftigungslosigkeit zu reduzieren.

Dies wird durch eine umfassende Reihe von Politiken unterstützt, die auf verschiedene Bereiche des Sektors Bildung und Qualifikationen ausgerichtet sind, beispielsweise essentielle Qualifikationen (früher

¹⁷ WAG – Welsh Assembly Government (2010), *Economic Research Advisory Panel-Economic Futures For Wales*, <http://wales.gov.uk/about/aboutresearch/econoresearch/completed/futures/?sessionId=KQ6QLlyHCf2VFQ23KT24rmhZfg7Hyv2vS8wRsv4TDyyh61P1ZFhI81960802?lang=en> [Oktober 2010].

¹⁸ Jenkins, P. (1992) *A History of Modern Wales, 1536-1990*. Harlow: Longman.

¹⁹ WAG – Welsh Assembly Government-Department for Work and Pensions (2007), *Wales-Towards Full Employment*, www.dwp.gov.uk/docs/wales-towards-full-employment.pdf [Oktober 2010].

²⁰ WAG – Welsh Assembly Government (2010), *Statistics for Wales. Young People Not in Education, Employment or Training (NEET), Year to 31 December 2009*, SB59/2010, <http://wales.gov.uk/topics/statistics/headlines/post16education2010/1007281/?lang=en>, [November 2010].

²¹ The National Assembly for Wales (2001), *The Basic Skills Strategy for Wales*, <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/publications/guidance/Nationalbasicskillsstrategywales?lang=en>, [November 2010].

²² WAG – Welsh Assembly Government (2010), *Economic Renewal: A New Direction*, <http://wales.gov.uk/topics/businessandconomy/help/economicrenewal/?lang=en>, [November 2010].

²³ WAG – Welsh Assembly Government-Department for Children, Education, Lifelong Learning and Skills (2008), *Skills That Work for Wales*, <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/publications/guidance/skillsthatforwales/?sessionId=1B1pvMgMDQB2GYHw4ynK9YvJdsQdnZ20vSgvJvnhLq7KsvGGtMIBI765542023?lang=en>, [November 2010].

„Basisqualifikationen“), Lernen am Arbeitsplatz, weiterführende und höhere Bildung, Schulen und Vorschulerziehung. *Skills That Work for Wales* ist die regionale Qualifikations- und Beschäftigungsstrategie. Sie umfasst Maßnahmen über das gesamte Spektrum des Lernens hinweg: Vorschuljahre, Schulen, weiterführende und höhere Bildung, Aus- und Weiterbildung am Arbeitsplatz und lebenslanges Lernen. Es existiert eine große Zahl an Politiken für Kinder und junge Menschen, unter anderen *Flying Start* (fliegender Start), die *Foundation Phase* (Gründungsphase), Änderungen der schulischen Lehrpläne, flexible Ausbildungspfade für 14- bis 19-Jährige und das *Welsh Baccalaureate* (Walisisches Bakkalaureat).

Notwendige Bedingungen

Wie bereits in diesem Bericht erwähnt ist die Anzahl der Kinder, die in Wales zur Schule gehen, im untersuchten Zeitraum stetig gesunken²⁴. Die Schulpflicht umfasst die größte, einzelne Bevölkerungsgruppe im Bildungssystem. Daher hat dieser Rückgang einen Einfluss auf die Bildungsbeteiligungsraten der Bevölkerung.

Die aktuelleren Auswirkungen des Wirtschaftsabschwungs führten zu steigender Nachfrage nach Aus- und Weiterbildung einer größeren Gruppe von Beschäftigungslosen sowie von jungen Menschen, die im Bildungssystem verbleiben möchten, und als eine weitere Konsequenz zu spezifischen Maßnahmen, die auf die Reduzierung der Anzahl jener Jugendlichen abzielen, die sich weder in Aus- oder Weiterbildung noch in Beschäftigung befinden. Der Druck, der als direkte Folge von staatlichen Budgetentscheidungen auf regionale Gelder entsteht, schafft besondere Herausforderungen betreffend die Finanzierung von Studienplätzen an Universitäten, und das Wachsen der Nachfrage wird nun wahrscheinlich das staatlich finanzierte Angebot an Plätzen überwiegen.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags waren die neuesten von der walisischen Regierung erfassten Daten betreffend junge Menschen, die sich nicht im Bildungssystem, einem Beschäftigungsverhältnis oder der Aus- und Weiterbildung befinden (NEET), am 13. Oktober 2010 in Übereinstimmung mit den von der UK Statistics Authority (Statistikbehörde des Vereinigten Königreichs) akzeptierten Maßnahmen²⁵.

Statistiken betreffend junge Menschen, die sich nicht im Bildungssystem, einem Beschäftigungsverhältnis oder der Aus- und Weiterbildung befinden (NEET), umfassen auch Daten für Wales für den Zeitraum bis zum 31. März 2010. Die bestandskräftige Quelle für Schätzungen über den Anteil junger Menschen in Wales, die sich nicht im Bildungssystem, einem Beschäftigungsverhältnis oder der Aus- und Weiterbildung befinden, ist der jährliche *Statistical First Release* (SFR – eine statistische Veröffentlichung). Diese Veröffentlichung versorgt NutzerInnen mit zeitgerechteren aber weniger statistisch geprüften Statistiken. Die in diesem Mitteilungsblatt enthaltenen Statistiken wurden den folgenden Quellen entnommen:

- *Statistical First Release, Participation of young people in education and the labour market* (Bildungs- und Arbeitsmarktteilnahme junger Menschen) unter Verwendung von Quellen zu Bildungsdaten und des *Annual Population Survey* (APS – Statistiken über britische Haushalte);
- *Annual Population Survey* (ONS – Statistikbehörde des Vereinigten Königreichs); und
- *Careers Wales Pupil Destinations* (Bericht über SchülerInnenlaufbahnen) aus dem *Schools in Wales Survey* (Umfrage Schulen in Wales).

Die aktuellsten Ergebnisse aus diesen Quellen²⁶:

- *auf Basis von SFR* - Ende 2009(p), 12,0% der 16- bis 18-Jährigen waren NEET (14.000) im Vergleich zu 12,5% (15.000) 2008 und 11,8% (14.000) 2007;
- *auf Basis von APS* – Für den zwölfmonatigen Zeitraum mit Ende Quartal 1 2010, waren 12,6% der 16- bis 18-Jährigen NEET, verglichen mit 12,3% für den zwölfmonatigen Zeitraum mit Ende Quartal 1 2009;
- *auf Basis von Pupil Destinations* – Im Oktober 2009 waren 5,7% jener, die das elfte Schuljahr abschlossen, NEET, verglichen mit 7,1% 2008.

²⁴ WAG – Welsh Assembly Government (2009), *Long term population trends: Wales and its Spatial Plan areas*, <http://wales.gov.uk/topics/statistics/publications/populationspatial09/?lang=en>, [November 2010].

²⁵ WAG – Welsh Assembly Government (2010), *Statistics for Wales. Young People Not in Education, Employment or Training (NEET), (Year to 31 March 2010)*, <http://wales.gov.uk/topics/statistics/headlines/post16education2010/101013/?lang=en>, [November 2010].

²⁶ WAG – Welsh Assembly Government (2010), *Statistics for Wales. Young people not in education, employment or training (NEET) Year to 30 September 2009, SB 27/2010*, <http://wales.gov.uk/docs/statistics/2010/100421sb272010en.pdf>, [November 2010].

2.2. Bildungsbeteiligungsraten der Vierjährigen auf regionaler Ebene

2.2.1. Basisindikatoren

Tab.4. Bildungsbeteiligungsraten der Vierjährigen nach NUTS-II-Regionen

GEO	ZEIT	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Severozapaden		71.9	70.7	68.1	:	:	:	:	:	:
Syddanmark		94.8	:	:	:	:	:	:	:	:
Pais Vasco		100.0	100.0	99.7	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Toscana		97.9	98.0	99.9	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	:
Steiermark		80.6	77.7	:	:	:	80.6	:	:	:
Västsverige		91.8	90.4	89.5	:	87.1	81.6	75.6	82.5	69.1
Wales		100.0	96.5	96.1	95.5	100.0	100.0	100.0	97.2	100.0

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat Letztes Update: 01.06.2010

Die Beteiligung in der frühkindlichen Erziehung auf regionaler Ebene durch Messen des Prozentsatzes der Vierjährigen, die sich entweder in frühkindlicher oder Vorschulbildung befinden. Die europäische Benchmark für 2020 beträgt 95%.

Maßnahmen in diesem Bereich zeigen steigende Auswirkungen in allen Regionen. Der wachsende Trend der Inanspruchnahme von Leistungen für Kleinkinder ist allgemein zu beobachten, obwohl es immer noch offensichtliche und große Unterschiede bei den Leistungen gibt. In Ländern wie Schweden wurde durch diese Maßnahmen der Zugang in 25 Jahren verzehnfacht.

Der Fortschritt der letzten zehn Jahre zeigt sich in der Existenz verschiedener Arten von Politiken, die sich durch Folgendes auszeichnen:

- Erhaltung hoher Beteiligungsraten;
- rasche Entwicklung des Zugangs (mit einem Wachstum von zwei bis drei Prozent pro Jahr).

Derzeitige Trends zeigen die Möglichkeit auf, europäische Ziele zu erreichen, und lenken die Aufmerksamkeit auf die Effizienz und Bildungsqualität der Leistungen für Kleinkinder – sowie auf Politiken der Erhaltung.

Diese Art der Politik hängt überall mit den Maßnahmen zusammen, die Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern, mit den Voraussagen betreffend die Entwicklung von Basiskompetenzen bei Kindern und mit der Prävention von schulischem Misserfolg und Kriminalität (siehe zum Beispiel das Programm *Flying Start* in Wales, das auf besonders benachteiligte Gemeinden ausgerichtet ist).

In den Regionen, welche die europäische Benchmark erreicht haben, verlagert sich die Aufmerksamkeit immer weiter in Richtung des Ziels für die Null- bis Dreijährigen (Baskenland, Toskana) oder in Richtung der Erhaltung der bereits erzielten positiven Ergebnisse (wie in Västra Götaland, Süddänemark).

Politiken, welche die Nachhaltigkeit und Qualität der Intervention fördern, zeichnen sich durch die folgenden Maßnahmen aus:

- Schaffen von Konsortien und öffentlich/privaten Partnerschaften (das Netzwerk der Zentren des Haurreskolak Consortium im Baskenland oder das Programm *Flying Start* in Wales, das den freiwilligen, privaten und öffentlichen Sektor kombiniert, um präventive Interventionen zu bieten);
- Differenzierung aktivierter lokaler Leistungen (Kinderbetreuung in Schweden ist mit Pre-Schools, also Tagesbetreuungsstätten, Familien-Tagesbetreuungseinrichtungen, die durch KinderbetreuerInnen der Gebietskörperschaft geleitet werden, offene Tagesbetreuungsstätten und Freizeitzentren organisiert, die so etwas wie außerschulische Klubs sind);
- Definition von Qualitätsstandards, denen alle Leistungen entsprechen müssen (Toskana und andere Regionen);
- Verbindung der jeweiligen Leistungen (das Programm *Flying Start* in Wales funktioniert durch das Zusammenbringen der Leistungsbereiche Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit und Soziales, und kombiniert den freiwilligen, privaten und öffentlichen Sektor).

2.2.2. Trendanalyse und Politikevaluation

SEVEROZAPADEN

Es gibt frühkindliche Erziehung für Kinder im Alter von zwei bis sechs/sieben Jahren. Der Besuch des Kindergartens ist optional und hängt von der Entscheidung der Eltern ab. Die Bildungsbeteiligung der Vierjährigen in der Region lag in den letzten Jahren bei ungefähr 70%. Nach Änderungen des Gesetzes für

öffentliche Bildung (2002 und 2003) ist für Kinder im Alter von sechs bis sieben Jahren der Besuch einer Vorbereitungsgruppe im Kindergarten oder einer Vorbereitungsklasse in der Schule verpflichtend. Es gibt einen Trend in Richtung der schrittweisen Senkung des Alters, ab dem Vorschulbildung verpflichtend ist, und in Richtung der Vorbereitung der Fünfjährigen. Ein Vorschlag für eine Gesetzesänderung liegt vor – Vorschulerziehung soll für Fünfjährige verpflichtend werden. Dies ist eine Investition in die frühkindliche Entwicklung und wird zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze führen. Die meisten Verwaltungsbezirke können dieser Herausforderung jedoch nicht entgegen treten, da ihnen die finanziellen Mittel fehlen. Daher wurde diese Gesetzesänderung verschoben. Der Plan, die Vierjährigen in das Bildungssystem zu integrieren, wird dieses und nächstes Jahr nicht zu verwirklichen sein. Zunächst sind Vorbereitung sowie parlamentarische und öffentliche Debatten vonnöten. Die realistische Zeitspanne für diese Vorbereitung beträgt ein bis zwei Jahre. Das nationale Programm für die Entwicklung der Schulbildung, Vorschulerziehung und -bildung (2006-2015) schenkt dem System der Vorschulbildung besondere Aufmerksamkeit. Einer der Haupttrends, die in diesem Dokument erläutert werden, ist jener hin zu einer engeren Verbindung der Erziehung und des Unterrichts für Kinder im Kindergarten und in den Vorbereitungsgruppen und den Anforderungen des Unterrichts in der Schule. Es wird des Weiteren erwähnt, dass die Ausbildung eines Kindes im Kindergarten beginnt. In dieser Institution kommt ein Kind in ein neues, strukturiertes, soziales und manchmal multikulturelles Umfeld. In diesem Umfeld entwickelt ein Kind seine Kommunikationsfähigkeiten, zeigt seine Neigung, die Verhaltensmodelle anderer zu erlernen, und bildet seine zukünftigen Vorstellungen von Gut und Böse. Es besteht ein Verbesserungsbedarf beim Angebot der Vorschulerziehung und der Verbreiterung des Zugangs zu dieser; die Einführung des Erlernens von Fremdsprachen in den Pflichtlehrplan wirkt sich positiv aus.

SYDDANMARK

In Dänemark kommen die Kinder im Alter von sechs Jahren in die Vorschule und im Alter von ca. vier Jahren in den Kindergarten. Manche Kinder gehen aus verschiedenen Gründen nicht in den Kindergarten, weshalb es unrealistisch ist, dass der Anteil derer, die in den Kindergarten gehen, über den derzeitigen Wert von 94,8% steigt.

PAÍS VASCO

Im Vergleich mit den OECD-Ländern weist das Baskenland sehr hohe Einschulungsraten für die Altersgruppen auf, die der Ebene der frühkindlichen Erziehung entsprechen.

Im Vergleich zu vor zwölf Jahren werden die Kinder heute früher eingeschult. Die Gründe lassen sich zu zwei Phänomenen zusammenfassen: einem Anstieg der Geburtenrate und einer erhöhten Nachfrage auf diesem Bildungsniveau. Zum Vergleich besuchten im Schuljahr 1996/97 fast gar keine Kinder im Alter zwischen null und drei Jahren die Schule; tatsächlich machten Kinder der Altersgruppe null bis eins nur 1,5% der Gesamtbevölkerung aus, und bei den Zweijährigen besuchten nur vier von zehn Kindern die Vorschule. Heutzutage lässt sich jedoch ein beträchtlicher Anstieg der Einschulungsraten von Kindern in diesem Altersbereich verzeichnen, nämlich um jeweils 17,2%, 36,6% und 91,8%.

Die durch das Netzwerk des Haurreskolak Consortium umgesetzten Maßnahmen legen die Annahme nahe, dass diese Prozentsätze für Kinder von null bis zwei Jahren jedes Jahr weiter steigen werden²⁷.

TOSCANA

Die Investitionen der toskanischen Regionalregierung in Kinderbetreuungsdienste bzw. frühkindliche Bildung erlaubten es der Regionalregierung nicht nur, einen im Vergleich zum Prozentsatz, der von Europa 2020 angestrebt wurde, exzellenten Beteiligungsprozentsatz der Kleinkinder zu erreichen, sondern machte es auch möglich für Familien, und insbesondere Mütter, wieder in die Berufswelt einzusteigen.

STEIERMARK

Unter den österreichischen Bundesländern war die Steiermark der Pionier bei kostenloser Vorschulbildung (steirisches Landesgesetz 2008). Bis jetzt liegt keine gültige Dokumentation der konkreten Auswirkungen betreffend Einschreibung und Beteiligung vor, positive Auswirkungen auf die Beteiligung sind jedoch zu erwarten, besonders für Kinder mit Migrationshintergrund oder besonderen sozialen Bedingungen.

Aufgrund der derzeitigen Budgetsituation wird dieses Programm diskutiert. Es ist unklar, wie das Bundesland es weiter finanzieren kann.

²⁷ Eustat-Basque Statistics Office (School activity statistics), www.eustat.es/idioma_c/index.html [November 2010].

VÄSTSVRIGE

Schweden ist eines der EU-Länder, welche die Barcelona-Ziele erreicht haben, und zwar sowohl in der unteren Altersgruppe der bis zu Dreijährigen, als auch in der zweiten Gruppe der Altersstufen drei bis sieben, wobei letzteres das Pflichtschulalter in Schweden darstellt.

Ein überwiegender Großteil der Familien mit Kindern hat Zugang zu und nutzt Pre-Schooling (Kinderbetreuung in Tagesstätten) – ungefähr 90% aller Ein- bis Fünfjährigen verbringen einen Teil ihres Tages dort. Die Entwicklung und Erneuerung der Tagesbetreuungsstätten ist sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene ein wichtiger Politikbereich. Seit 1970, als eine große Erweiterung begann, hat sich die Anzahl der Plätze für Kinder im Vorschul- und Schulalter mehr als verzehnfacht, von 70.000 auf über 750.000. Einer der Grundsteine der schwedischen Politik für vorschulische Betreuung ist die Notwendigkeit der Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben. Des Weiteren ist es wichtig, flexible Kinderbetreuung anzubieten, die es den Eltern erlaubt, die Form zu wählen, die für sie und ihre Kinder am geeignetsten ist. Das nationale Ziel ist die Weiterentwicklung der Qualität der vorschulischen Betreuung, damit die Kinder, die sie besuchen, zu selbstsicheren Individuen werden, mit einer guten Basis für ihren weiteren Bildungsweg. Kinderbetreuung in Schweden ist folgendermaßen organisiert: Betreuungseinrichtungen umfassen Kinderkrippen, Tagesbetreuungsstätten, die von KinderbetreuerInnen der Gebietskörperschaft geleitet werden, offene Betreuungsstätten und Freizeitzentren, die so etwas wie „außerschulische Clubs“ sind. Alle Vorschuleinrichtungen müssen vom Staat überprüft werden und gewisse Standards erfüllen.

Während jedoch die meiste Kinderbetreuung für Kinder im Vorschulalter, beispielsweise im Vereinigten Königreich, vom privaten Sektor angeboten wird, werden schwedische Betreuungsstätten durch eine Kombination aus Regierungsgeldern, Steuergeldern und von den Eltern bezahlten Gebühren finanziert.

Für Vier- und Fünfjährige werden mindestens drei kostenlose Betreuungsstunden pro Tag während des Schuljahres angeboten. (Ministerium für Bildung und Forschung, 2007).

WALES

Die Beteiligungsraten in Wales sind hoch. Ein besonders erfolgreiches Projekt ist *Flying Start*²⁸. Dieses Programm richtet sich an Kinder im Alter von null bis drei Jahren in den benachteiligsten Gemeinden in Wales und ist darauf ausgerichtet, mittel- und langfristig positive Resultate zu erzielen. Es handelt sich hierbei um ein präskriptives Programm, das auf internationalen Daten basiert. In der Praxis bietet es kostenlose, qualitativ hochwertige Teilzeitbetreuung für Kinder im Alter von zwei bis drei Jahren, verbesserte gesundheitliche Beratungs- und Versorgungsleistungen, Zugang zu Elternprogrammen und zu Sprach- und Spieleinheiten.

Diese stehen allen Kindern zwischen null und drei Jahren und ihren Familien in den betreuten Regionen zur Verfügung und ermöglichen signifikante Einsparungen mit ihrem Lernangebot durch:

- frühe Bedarfserkennung
- Verhinderung der Aufnahme ins Sozialsystem und
- Vermeidung des Bedarfs an anderen Krisenhilfesystemen wie beispielsweise Teams, die sich um straffällige Jugendliche kümmern, oder Suchthilfe-Dienste.

Langfristig sind Ziele des Programms auch eine Verbesserung der Qualifikationsniveaus, die Reduzierung der Raten kriminellen Verhaltens, des Schulschwänzens und des Drogenkonsums, das Fördern erhöhter Beschäftigung, erhöhten Einkommens und besserer Qualifikationen nach dem Schulabschluss. Das Programm funktioniert durch das Zusammenbringen von Bildungs-, Kinderbetreuungs-, Gesundheits- und sozialen Diensten, und kombiniert den freiwilligen, privaten und Regierungssektor, um präventive Interventionen anzubieten, welche die Zukunft der Kinder beeinflussen. Dieses Programm baut auf das Sure Start-Programm des *Cymorth Grant Scheme* auf und ergänzt die wertvolle Arbeit, die in dessen Rahmen bereits geleistet wurde. Die Finanzierung durch die regionale Regierung sichert kontinuierliches Kapital für *Flying Start*, um sicherzustellen, dass die Einrichtungen den hohen Qualitätsanforderungen gerecht werden, und die Kinderbetreuungsinfrastruktur sich in den benachteiligten Zielgebieten befindet.

Zusätzlich wurde für ganz Wales die sogenannte *Foundation Phase*²⁹ eingeführt, eine neue Herangehensweise an das Lernen für Kinder zwischen drei und sieben Jahren.

²⁸ <http://wales.gov.uk/topics/childrenyoungpeople/parenting/help/flyingstart/?jsessionid=dX2XMZyFT86LcHMrgpJcxc5v0sy7Ls4Jf1G7lw3JNWLny62XtkKl-42672990?lang=en>, [November 2010].

²⁹ http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/earlyyearshome/foundation_phase/?lang=en, [November 2010].

Sie kombiniert die *Early Years Education* (Bildung der frühen Jahre: für Drei- bis Fünfjährige) und die *Key Stage 1* oder Schlüsselphase 1 (Fünf- bis Siebenjährige) des nationalen Curriculum in Wales³⁰.

Die *Foundation Phase* basiert auf dem Prinzip, dass die frühkindliche Bildung durch einen entwicklungsstechnisch angemessenen Lehrplan eine gute Basis für zukünftiges Lernen schaffen sollte. Dieser wird für mehr Konsistenz und Kontinuität in der Bildung der Kinder in solch einer entscheidenden Phase in ihrer Entwicklung sorgen.

Die *Foundation Phase* betont insbesondere den Ansatz des „*Learning by Doing*“ für Kinder. Kleine Kinder bekommen mehr Gelegenheiten, Erfahrungen erster Hand durch Spielen und aktive Beteiligung zu machen, anstatt Aufgaben in Büchern zu lösen. Man gibt ihnen Zeit, ihre Fähigkeiten zu sprechen und zuzuhören zu entwickeln und sich beim Lesen und Schreiben sicher zu fühlen. Mathematik ist praktischer. So erfahren Kinder, wie Rechenaufgaben gelöst werden, und wie wichtig Mathematik in ihrem täglichen Leben ist. Es wird mehr Wert drauf gelegt, dass Kinder verstehen, wie Dinge funktionieren, und darauf, mehrere Lösungswege für Probleme zu finden. Der Lehrplan konzentriert sich auf experimentelles Lernen, aktive Beteiligung und die Entwicklung folgender Eigenschaften in jedem Kind:

- Fähigkeiten und Verstehen.
- Persönliches, soziales, emotionales, körperliches und intellektuelles Wohlbefinden, damit das ganze Kind sich entwickelt.
- Positive Einstellung zum Lernen, sodass es ihnen Spaß macht und sie weitermachen wollen.
- Selbstwert und Selbstvertrauen zum Experimentieren, Erforschen, Erlernen von Neuem und Eingehen von neuen Beziehungen.
- Kreative, Ausdrucks- und Beobachtungsfähigkeiten zur Förderung ihrer Entwicklung als Individuen mit verschiedenen Arten, auf Erfahrungen zu reagieren.
- Aktivitäten im Freien, bei denen sie aus erster Hand erfahren, wie Probleme des realen Lebens gelöst werden, und etwas über Umweltschutz und Nachhaltigkeit lernen.

2.3. SchülerInnen und Studierende im Bildungssystem

2.3.1. SchülerInnen und Studierende in der Sekundarstufe II und postsekundärer, nicht-tertiärer Bildung

a. Basisindikatoren

Tab.5. SchülerInnen und Studierende in der Sekundarstufe II und postsekundärer, nicht-tertiärer Bildung (ISCED 3-4) – in% der Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren auf regionaler Ebene

GEO	ZEIT	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Severozapaden		36.8	38.6	40.3
Syddanmark		44.8	45.0
Pais Vasco		26.3	26.9	26.6	26.2	24.1	23.3	23.0	23.9	24.9
Toscana		48.1	47.9	.	48.2	45.0	45.4	43.4	40.4	39.7
Steiermark		44.5	44.7	47.2	45.2	44.3	43.2	43.4	.	.
Västverige		46.0	48.9	50.2	49.9	49.2	49.1	54.9	57.2	57.5
Wales		42.1	44.9	43.6	87.6	94.5	98.2	92.5	92.6	87.0

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat Letztes Update 01.06.2010

Der Prozentsatz der Lernenden in der Sekundarstufe II (ISCED 3) und postsekundärer, nicht-tertiärer Bildung (ISCED 4) als Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren in der jeweiligen Region.

Die Eurostat-Daten zeigen im Laufe des Jahrzehnts Abweichungen, die auf die Änderungen der Methoden der Sammlung von Statistiken und – in manchen Regionen – auf die Einführung neuer Regelungen betreffend die Dauer der Ausbildung zurückzuführen sind.

Nach 2005 sind überall ein Stagnationstrend und ein leichter Rückgang der Einschreibungen festzustellen. Dieses Element muss zusammen mit den Daten betreffend die demografischen Trends, Einschreibungen im tertiären Bildungsbereich und den Beschäftigungsraten junger Menschen in denselben Altersgruppen untersucht werden (siehe folgende Absätze).

Je nach Region konnten die folgenden Trends festgestellt werden:

- Schneller Einstieg in den Arbeitsmarkt für jene, die ihre Universitätsstudien nicht fortsetzen (der Fall in Süddänemark);

³⁰ <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/schoolshome/curriculuminwales/?lang=en>, [November 2010].

- Ein hoher Anteil der SchülerInnen entscheidet sich für ein Universitätsstudium (im Baskenland ca. 65% der Lernenden);
- Junge Menschen orientieren sich in Richtung neuer postsekundärer, nicht-tertiärer Berufsbildungskanäle (VET).

Die Tendenz, die TeilnehmerInnenzahlen durch Politiken zu erhöhen, welche die Beziehungen zwischen Schulen und Unternehmen intensivieren, lässt sich am Beispiel Schwedens veranschaulichen. Dort werden neue Kanäle wie *Yrkesvux* (Berufsbildungsinitiative für Erwachsene) und die neue *Yrkeshögskola* (Höhere Berufsbildung) geschaffen, und die Reform der Sekundarstufe II eröffnet spezialisierte Bildungswege, die darauf ausgerichtet sind, auf den Einstieg in den Arbeitsmarkt vorzubereiten.

b. Trendanalyse und Politikevaluation

SEVEROZAPADEN

In den letzten Jahren wurden einige Änderungen im Bereich der Sekundarstufe II vorgenommen. Eine der signifikantesten Änderungen betraf die Unterrichtsinhalte – staatliche Bildungsanforderungen, neue Lehrpläne für die Sekundarstufe und neue Lehrpläne für alle Fächer wurden entwickelt und umgesetzt. Auch bei der Bewertung der Leistungen der SchülerInnen gab es Änderungen im Zusammenhang mit breiterer Anwendung von Testbewertungen, höherer Kohärenz, dem Messen der Eintritts- und Austrittsniveaus der Beherrschung des Unterrichtsstoffs und der Regelung des verpflichtenden Charakters der staatlichen Abschlussprüfungen. Entsprechend den globalen und europäischen Anforderungen werden vermehrt auch Fremdsprachen und EDV unterrichtet. Bemühungen, die Qualität der Ausbildung in der Sekundarstufe zu erhöhen, werden unternommen, betreffend den allgemeinen Zugang, die Nachhaltigkeit und Anwendbarkeit des erworbenen Wissens und der erworbenen Fähigkeiten, die Transparenz der Benotung und die Sicherstellung einer unabhängigen Bewertung der Ergebnisse der SchülerInnen.

Im Bereich der berufsbildenden Sekundarstufe II werden ebenfalls Änderungen unternommen – im Jahr 2003 wurden eine neue Liste der in der Berufsausbildung angebotenen Berufe und ein Rahmenprogramm für das Erwerben beruflicher Qualifikationen bestätigt; eine der Hauptprioritäten ist es, die angebotene Berufsausbildung an die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt zu koppeln.

Die Veränderungen in der Bildungsstruktur sind eng mit gewissen Veränderungen betreffend die Ziele des Unterrichts in der Sekundarstufe II verbunden, deren Erreichung in den nächsten Schuljahren ihren Anfang nehmen wird. Der Haupttrend geht in Richtung größerer persönlicher Wahlmöglichkeiten betreffend die Ausbildungsart und -ebene, sodass die Ausbildung den persönlichen Zielen der SchülerInnen besser gerecht wird; Verbesserung der Entfaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft durch umfassendere Ausbildung in den Bereichen EDV und Fremdsprachen und durch mehr Gelegenheit zum Erwerben beruflicher Bildung; Unterstützung der SchülerInnen auf dem Arbeitsmarkt, die ihre Ausbildung in der Sekundarstufe II nicht fortsetzen, etc.

SYDDANMARK

In Süddänemark und Dänemark allgemein ist die durchschnittliche Beteiligung in der Sekundarstufe II normalerweise sehr hoch. Ca. 98% der SchülerInnen beginnen nach dem Abschluss der Grundschule eine Ausbildung der Sekundarstufe II oder ein Berufsbildungs-Programm. Jene, die sich für die Berufsbildung entscheiden, schließen ihre Ausbildung oft nach vier Jahren ab und werden somit im Alter von 21 Jahren ein Teil der erwerbstätigen Bevölkerung.

In der Altersgruppe zwischen 16 und 19 Jahren beträgt der Prozentsatz der SchülerInnen, die eine Ausbildung der Sekundarstufe II oder eine postsekundäre, aber nicht tertiäre Ausbildung absolvieren, fast 90%.

In der Altersgruppe zwischen 20 und 24 sinkt dieser Prozentsatz stark, was sich durch zwei Faktoren erklären lässt:

1. Wie bereits erwähnt sind jene, die eine Berufsausbildung absolviert haben, oft bereits Teil der arbeitenden Bevölkerung.
2. Jene, die ihre Ausbildung der Sekundarstufe II abschließen, besuchen daraufhin oft Universitäten oder andere Institutionen, die tertiäre Ausbildungen anbieten.

PAÍS VASCO

SchülerInnen im Alter von 16 Jahren, die sich nach Abschluss der verpflichtenden Sekundarstufe für das Bachillerato entscheiden (Sekundarstufe II, auf jene ausgerichtet, die später ein Universitätsstudium anschließen), machen einen Anteil von ca. 75% der SchülerInnen aus, die sich für eine Ausbildung auf der Ebene ISCED 3-4 entscheiden.

Der Bruttoanteil jener, die im Schuljahr 2006-07 das Bachillerato erfolgreich abschlossen, betrug 65,4%. Beide Zahlen zeigen, dass sich der Großteil der SchülerInnen für eine tertiäre Ausbildung entscheidet. Dieser Trend hat sich im letzten Jahrzehnt konstant verstärkt, und alles deutet darauf hin, dass sich diese Entwicklung kurzfristig gesehen fortsetzen wird.

Dies impliziert, dass der Anteil junger Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, die eine postsekundäre, jedoch nicht tertiäre Ausbildung wählen, der niedrigste unter denen der an diesem SMOG-Projekt teilnehmenden Regionen und auch der umliegenden Länder ist³¹.

TOSCANA

In den letzten paar Jahren ist das Bildungsniveau der toskanischen Bevölkerung sowie auch in ganz Italien signifikant angestiegen. Die Verbesserung der Qualität des Familienlebens, das weit verbreitete Bewusstsein der wirtschaftlichen Vorteile von Qualifikationen (bessere Verdienst-, Beschäftigungs- und soziale Entwicklungsmöglichkeiten) und der Wissenserwerb, der in einer immer komplexeren und sich ständig ändernden Gesellschaft erforderlich ist, haben Anreize zur Investition in den Bildungsprozess geschaffen und damit zu einem Anstieg der durchschnittlichen Bildungsbeteiligung geführt. Die Politik zur Verringerung der Drop-out-Rate, die Auswahl an Ausbildungsmöglichkeiten, die eng mit der Arbeitswelt verbunden sind, das Anerkennungssystem für berufliche Qualifikationen und nicht zuletzt die Mobilität der Lernenden ermöglichten es der toskanischen Regionalregierung, statistisch signifikante Beteiligungsraten der 15- bis 24-Jährigen zu erzielen.

STEIERMARK

In Österreich existiert betreffend die Bildungs-Benchmarks ein großer Unterschied zwischen der Sekundarstufe II und der postsekundären oder tertiären Ebene. Dies ist auch für die Beschreibung der Situation im Bundesland Steiermark relevant.

Die Sekundarstufe II zeichnet sich durch eine hohe Bildungsbeteiligung der Bevölkerung von ungefähr 95% und darüber aus (OECD, 2010³²), mit dem speziellen Aspekt, dass beinahe 80% der SchülerInnen ein berufsbildendes Ausbildungsprogramm absolvieren, wobei sie die Hälfte der Zeit vollzeit zur Schule gehen, und die andere Hälfte der Lehre widmen.

Bei postsekundären oder tertiären Programmen liegt die Beteiligung in Österreich und der Steiermark unter dem EU-Durchschnitt, was eine Herausforderung für zukünftige Entwicklungen darstellt, obwohl die Steiermark, abgesehen von der Bundeshauptstadt Wien, über die größte Anzahl von Universitäten aller österreichischen Bundesländer verfügt.

In diesem Kontext muss auch eine Besonderheit des österreichischen Bildungssystems erwähnt werden, und zwar der Status der AbsolventInnen der *Höheren Technischen Lehranstalten* (HTL)³³, einem Zwischenstatus zwischen der Sekundarstufe und der postsekundären und tertiären Ebene, der bei der Industrie und auf dem Arbeitsmarkt hoch geschätzt wird, jedoch in der Praxis nicht mit formalen europäischen oder OECD-Klassifikationen verglichen werden kann (ISCED 4A, etc.)³⁴.

VÄSTSVRIGE

Die oben genannten Daten beschreiben nur die Situation bis 2008, wobei hier die Zahl der jungen Beschäftigungslosen in Västsverige während der letzten in der Tabelle angegebenen Jahre relativ niedrig war. Die Zahlen für 2009 und 2010 würden ganz anders aussehen, da die schwedische Wirtschaft wie die meisten offenen, exportabhängigen Wirtschaften unter ernststen Auswirkungen des Beginns der globalen Wirtschaftskrise im letzten Teil des Jahres 2008 litt. Im Februar 2010 beispielsweise hatte sich die Arbeitslosenrate seit Herbst 2008 verdoppelt. Als Teil der nationalen Reaktion auf die Wirtschaftskrise ernannte die Regierung in jedem Bezirk (*län*) Regionalkoordinatoren, um die öffentlichen Ressourcen zu koordinieren und einer nationalen Koordinierungsgruppe bestehend aus allen zuständigen Staatssekretären über die Entwicklungen und vorgeschlagenen oder unternommenen Maßnahmen in jeder Region zu berichten. Allgemein lässt sich feststellen, dass Schweden schnell auf die Wirtschaftskrise reagierte. Die Reaktion erfolgte in Form von Maßnahmen, die sicherstellten, dass alle Menschen, inklusive derer, die ihren Arbeitsplatz kürzlich verloren haben, über die Möglichkeit verfügten, an Aus- und Weiterbildungsprogrammen teilzunehmen.

³¹ Jährlicher Bericht des Ministeriums für Bildung, Universitäten und Forschung - Schulinspektionsdienst – Schulergebnisse unter: www.hezkuntza.ejgv.euskadi.net/r43-inspcont/es/contenidos/informacion/resultado_inspeccion_educacion/es_escolar/resultado_escolar.html.

³² OECD (2010), *Education at a Glance-OECD Indicators*, Paris Cedex, www.oecd.org/dataoecd/45/39/45926093.pdf [November 2010].

³³ Höhere Technische Lehranstalten (HTL) sind ein Teil des Schulsystems der Sekundarstufe II in Österreich.

³⁴ Schneeberger, A. (2010), *Bildung 2020: EU-Benchmarks und reale Trends als Herausforderungen*, www.piflikus.at/eb/Textversion_Referat_Schneeberger_Bregenz_%2023.09.2010.pdf [November 2010].

Zu diesem Zweck wurden Maßnahmen von Ämtern, die den Ministerien für Bildung und Forschung (z. B.: Schwedisches Bildungsamt) und dem Ministerium für Beschäftigung unterstehen (z. B.: Staatliches Beschäftigungsservice) getroffen. Die Hauptinitiativen unter der Leitung des Ministeriums für Bildung und Forschung sind:

- **Yrkesvux (Berufsbildungsinitiative für Erwachsene)**
Eine spezielle, auf Erwachsene ausgerichtete Berufsbildungsinitiative wurde für den Zeitraum 2009-2011 ins Leben gerufen. Diese schuf über 20.000 zusätzliche berufliche Aus- und Weiterbildungsplätze für Erwachsene in der Erwachsenenbildung der Gebietskörperschaften. Über SEK 2,4 Milliarden (EUR 250 Millionen) zusätzlicher Staatsgelder wurden den Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellt, um für den Zeitraum 2009-2011 mehr Berufsbildung für Erwachsene im öffentlichen Aus- und Weiterbildungssystem anzubieten.
- **Yrkeshögskola (Höhere berufsbildende Schulen)**
Zusätzliche Staatsgelder wurden zur Verfügung gestellt, um kurz- und langfristig mehr Ausbildungsplätze in höheren berufsbildenden Schulen zu schaffen.
- **Neue Sekundarstufe II ab 2011**
Die Regierung möchte 2010 die Schulen der Sekundarstufe II reformieren, da es in diesem Bereich mehrere große Herausforderungen gibt. Eine dieser Herausforderungen ist die hohe Anzahl der SchulabbrecherInnen und derer, die ihre Ausbildung nicht positiv abschließen. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Möglichkeit, lokale Programme zu gestalten, manchmal von Schulverantwortlichen dazu genutzt wurde, die Anforderungen zu senken. Hinzu kommt, dass das derzeitige System der Sekundarstufe II die SchülerInnen weder auf die weiterführende Ausbildung noch auf das Arbeitsleben gut genug vorbereitet. Das neue System der Sekundarstufe II wird für SchülerInnen ab Herbst 2011 gelten.

Der Anteil unabhängiger Schulen der Sekundarstufe II machte 2008 ca. 44% aller Schulen im Bereich der Sekundarstufe II in Schweden aus, und dieser Anteil stieg in den letzten fünf Jahren um 71%. Diese Schulen stehen allen SchülerInnen im ganzen Land offen, während die Schulen der Gebietskörperschaften üblicherweise die Kinder aus der jeweiligen Region ausbildeten. Dies stellte in den letzten zehn Jahren eine Herausforderung für die Schulen der Gebietskörperschaften dar.

Hintergrund der SMOC-Maßnahme

Im Jahr 1998 wurden die ersten Schritte in Richtung engerer Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften der Region Göteborg unternommen. ('Göteborgsregionen – GR' ist ein Verband bestehend aus 13 Gebietskörperschaften in Westschweden. GR ist einer der vier Gebietskörperschaftsverbände innerhalb der Region Västas Götaland).

Dies geschah durch eine Kooperationsvereinbarung, die einige sehr spezifische Ausbildungswege in der Region betraf. Im Normalfall wurden SchülerInnen im Alter von 16 Jahren an die am nächsten liegende Schule der Sekundarstufe II geschickt. Eine Ausnahme wurde nur gemacht, wenn der gewünschte, staatliche Ausbildungsweig an dieser Schule nicht angeboten wurde. In diesem Fall konnten sich die betroffenen SchülerInnen dazu entscheiden, sich an einer anderen Schule in der Nähe zu bewerben.

Zu dieser Zeit gab es in Schweden kaum Privatschulen. In der Region Göteborg gab es nur drei Schulen, die schon seit sehr langer Zeit existiert hatten. Dann wurden neue Verordnungen eingeführt, und alle Privatschulen standen den SchülerInnen im ganzen Land offen. RegionalpolitikerInnen erkannten, dass der Wettbewerb unfair war, und wollten allen Schulen dieselben Möglichkeiten bieten.

Nach einem dreijährigen Pilotprojekt standen alle Ausbildungswege allen SchülerInnen in der Region offen, und die Bereitschaft, eine andere Schule zu wählen, stieg.

Ein weiteres Resultat bestand darin, dass manche Schulen ziemlich viele SchülerInnen an andere Schulen verloren. So begann ein Wettbewerb. Die Kooperationsvereinbarung enthielt gewisse Regeln, welche die Zusammenarbeit näher erläuterten. Alle neuen Ausbildungswege mussten die Kriterien einer regionalen Checkliste erfüllen und eine Instanz der regionalen Diskussionen zwischen der lokalen Verwaltung und VertreterInnen der lokalen Politik durchlaufen, bevor sie zugelassen wurden. Die Verwaltungsaufgaben betreffend den Bewerbungsprozess wurden der regionalen Verwaltung überlassen, die auch für diese Aufgabe die Verantwortung übertragen bekam.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Das Bildungsgesetz regelt die Ausbildung der Sekundarstufe II in Schweden, doch die Verantwortung für Qualitätssicherung und Bereitstellung der Ausbildung in diesem Bereich liegt bei den lokalen Verwaltungen und privaten AkteurlInnen.

Die entsprechende Regelung ist in den Verordnungen zu finden, und besagt, dass jede Gebietskörperschaft entweder allein oder in Kooperation mit anderen Gebietskörperschaften eine breite Auswahl an Ausbildungsrichtungen anbieten sollte.

Die auf gesamtstaatlicher Ebene für die Überprüfung der lokalen Anbieter zuständige Behörde ist die *Statens Skolinspektion*.

Es gibt keine direkten, schriftlichen Richtlinien für die regionale Ebene betreffend die Sekundarstufe II in Schweden.

Die Arbeit, die beispielsweise in der Region Göteborg geleistet wird, basiert auf freiwilliger Zusammenarbeit unter den Gebietskörperschaften und folgt in diesem Fall politischen Entscheidungen, die den Mitgliedsgebietskörperschaften Handlungsempfehlungen geben.

Der regionale Lenkungsausschuss *Förbundsstyrelsen* stellt die höchste Instanz dar, es existieren jedoch auch spezielle, politische Lenkungsgruppen für verschiedene Aufgabenbereiche, so zum Beispiel Aus- und Weiterbildung, *Utbildningsgruppen*, oder den Arbeitsmarkt, GRs *arbetsmarknadspolitiker*. Die Arbeit auf regionaler Ebene funktioniert durch viele Netzwerke, in denen die Mitglieder vertreten sind und auch die Mehrheit der Teilnehmenden darstellen.

Jede Mitgliedsgebietskörperschaft ist dafür verantwortlich, eine breite Auswahl an Ausbildungsrichtungen guter Qualität anzubieten.

Das Ziel ist die Verbesserung der Qualität in Schulen der Sekundarstufe II durch regionalen Wettbewerb und regionale Kooperation. Direkt profitieren hiervon die SchülerInnen der Schulen der Sekundarstufe II in der Region Göteborg.

Indirekte Nutznießer:

- Die GR Region, die durch ein attraktives und qualitativ hochwertiges Aus- und Weiterbildungssystem relevante/nachgefragte Kompetenz anziehen kann.
- Firmen, die benötigte Kompetenz in der Region finden können.
- Hochschulen, die auf weiterführende Studien gut vorbereitete Studierende rekrutieren können.

Hauptkomponenten dieser Maßnahme:

- Ein offenes Schulsystem der Sekundarstufe II ohne Grenzen (finanzielle, geografische oder soziale).
- Freie Wahl für SchülerInnen der Sekundarstufe I bei der Auswahl des Programms und des Ortes für ihre weiterführende Ausbildung in der Sekundarstufe II.
- Ein breites Spektrum an Ausbildungsrichtungen.
- Eine gute Übereinstimmung der Wahl der Studierenden mit den Ausbildungsplätzen in der Region.
- Hohe Qualität in Schulen der Sekundarstufe II, so dass diese dem Wettbewerb mit Privatschulen standhalten.
- Eine geringe Drop-out-Rate in Schulen der Sekundarstufe II.
- Eine hohe Rate jener, die sich für akademische Studien qualifizieren.
- Eine gute Abstimmung der Berufsbildung mit dem Bedarf am Arbeitsmarkt.
- Ein besseres Ergebnis als das der zwei anderen, größeren urbanen Regionen in Schweden (die Gebiete in und um Stockholm und Malmö).
- Ein kostenwirksames System, das die vorhandenen Ressourcen gut nutzt.
- Ein positives Arbeitsklima, in dem viele Netzwerke in enger Kooperation innerhalb der Region an Programmen zur konstanten Weiterentwicklung der Schulen arbeiten.

30 lokale Schulen der Sekundarstufe II, die von den Gebietskörperschaften verwaltet werden, bieten viele verschiedene Ausbildungsprogramme.

Dies tun sie im engen Wettkampf mit 48 Privatschulen derselben Bildungsstufe. Die von den Gebietskörperschaften geleiteten Schulen bieten Aus- und Weiterbildung für ca. 60% der Gesamtbevölkerung im Alter von 16 bis 19 Jahren (21.000 SchülerInnen). Die Privatschulen bilden ca. 40% der SchülerInnen aus (14.000 SchülerInnen). Insgesamt werden ungefähr 700 Ausbildungsrichtungen angeboten, wobei, wenn dasselbe Programm an zehn verschiedenen Schulen angeboten wird, dies als zehn angebotene Ausbildungsrichtungen gezählt wird.

Alle Schulen der Sekundarstufe II werden durch Staatsgelder finanziert, die über die Gebietskörperschaften vergeben werden.

Die Region Göteborg ist in ganz Schweden für die enge Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften untereinander und für die positiven Ergebnisse betreffend, zum Beispiel, die Schulen der Sekundarstufe II bekannt.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Aufgrund demografischer Gründe, genauer gesagt eines Rückgangs der SchülerInnenzahl zwischen 16 und 19 Jahren, schärferen und aggressiveren Wettbewerbs zwischen den Anbietern und eines neuen nationalen Curriculum für die Sekundarstufe II ab Herbst 2011, werden oben genannte Maßnahmen auf regionaler Ebene intensiviert werden.

Einige Beispiele für neue Maßnahmen sind: engere Zusammenarbeit zwischen allen Anbietern betreffend verschiedene Ausbildungswege/-programme, engere Zusammenarbeit zwischen privaten und gebietskörperschaftlichen Anbietern, engere Zusammenarbeit mit der Industrie, intensivere Beratung und Betreuung sowie engere Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen der höheren Berufsbildung und Berufsbildungsanbietern (VET) für Erwachsene.

WALES

In Wales entsprechen die *National Vocational Qualifications Level 3* (Nationale, berufliche Qualifikationen Level 3), *Advanced ('A') Levels* (Sekundarstufe II), *Modern Apprenticeships* (Moderne Lehre), *Workbased Qualifications* (WBQ – berufliches Qualifikationsniveau), und *Access to Higher Education qualifications and courses* (Zugang zu Qualifikationen und Kursen der höheren Bildung) der Ebene ISCED 3, während *Certificates of Higher Education* (CHE – Zertifikat der höheren Bildung, entspricht einem Jahr an der Universität oder einer gleichwertigen Institution), *Higher National Certificates* (HNC – Höheres Nationales Zertifikat, höhere Berufsbildung), und *Modern Skills Diplomas* (MSD – Diplom für Moderne Qualifikationen) ISCED 4³⁵ entsprechen.

Der signifikante Rückgang in der Statistik von 2005 auf 2006 lässt sich in allen Regionen des Vereinigten Königreichs feststellen und legt so den Schluss nahe, dass es sich hierbei um das Resultat einer Veränderung der Berichtsparemetri handelt (möglicherweise die Berichterstattung zu *Higher National Diplomas* HND [Höhere Nationale Diplome], *Higher National Certificates* HNCs [Höhere Nationale Zertifikate] sowie *Intermediate and Foundation Degrees* [Zwischen- und Basisabschlüsse] unter ISCED 5 anstatt unter ISCED 4); zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags gab es jedoch keine schriftliche Bestätigung durch Statistiker des Vereinigten Königreichs^{36 37}.

In Wales stieg der Anteil der Lernenden in der weiterführenden Bildung (ISCED 3 und 4) als ein Teil der Studierenden der höheren Bildung zwischen 1996 und 2005 signifikant an (um 33%³⁸). Einschreibungen in die Agrar- und Biowissenschaften waren stark vertreten, technische Fächer weniger stark. Betrachtet man die wirtschaftliche Struktur und die regionalen Unterschiede innerhalb von Wales, so ist dies nicht überraschend – große Gebiete im Norden und Zentrum von Wales werden von der Landwirtschaft und verwandten Wirtschaftsaktivitäten dominiert. Universitäten wie Bangor, Aberystwyth und Swansea widmen einen großen Teil ihrer Forschungs- und Lehraktivitäten den Biowissenschaften. Technik- und technikverwandte Fächer werden hauptsächlich von Institutionen im Süden angeboten, wo ein großer Anteil der verarbeitenden und Technikfirmen ansässig ist. Die Tatsache, dass Einrichtungen in Liverpool und Manchester mit starker Lehre und Forschung im Bereich Naturwissenschaften, Technik und Mathematik relativ in der Nähe liegen, könnte zur relativ niedrigen Einschreibrate in diese Fächer in manchen Gebieten in Wales beitragen; die vorhandenen Daten erlauben jedoch keine sichere Schlussfolgerung.

In den späten 1990ern kam es zu zwei Zusammenschlüssen von Universitäten, der Universität *Wales College of Medicine* (Hochschule für Medizin) mit der Universität Cardiff 2004/2005, und des *Welsh College of Horticulture* (Hochschule für Gartenbau) mit der Universität Glyndwr. Die *Transformation Agenda* (Transformationsagenda) der regionalen Regierung regte ab 2009 weitere Zusammenschlüsse in verschiedenen Konstellationen an, mit dem Ziel, stärkere und strategischere Institutionen zu schaffen, die Effizienz zu steigern, Kosten zu senken und den Studierenden und ArbeitgeberInnen eine Lern- und Forschungsumgebung zu bieten, welche die Anforderungen des Arbeitsmarkts mit erstklassiger Forschung und dem Transfer von Kompetenzen in die Unternehmen verbindet.

Von 2000 bis 2006 stieg das Einkommen des Sektors der weiterführenden/höheren Bildung um insgesamt ungefähr 45%, mit einer signifikanten Erhöhung der eingenommenen Studiengebühren, hauptsächlich durch die Anwerbung von mehr internationalen Studierenden, die nicht aus EU-Ländern stammen.

³⁵ Higher Education Funding Council for Wales-HEFCW (2003), *Credit and Qualifications Framework for Wales – Learning and Progression Routes*, www.cafw.net [November 2010].

³⁶ „Lernende in der höheren Bildung sind Studierende, die an Kursen teilnehmen, die eine Ebene über dem *Advanced Level of the General Certificate of Education* (mit dem deutschen Fachabitur zu vergleichen), dem *Higher Grade of the Scottish Certificate of Education* (Sekundarstufe II) oder den Berufsbildungszertifikaten GNVQ/NVQ Ebene 3 oder dem *BTEC* oder *SCOTVEC National Certificate/Diploma* liegen.“ HESA (2009), *Higher Education Student Enrolments and Qualifications obtained at Higher Education Institutions in the United Kingdom for the Academic Year 2007/2008*, SFR 130, www.hesa.ac.uk/index.php/content/view/full/1356/161/, [November 2010].

³⁷ Department for Education-DfES (2009), *Participation Rates in Higher Education: Academic Years 1999/2000-2007/08 (Provisional)*, www.education.gov.uk/rsgateway/DB/SFR/s000839/index.shtml, [November 2010].

³⁸ Ramsden, B. (2007), *Patterns of higher education institutions in the UK – Seventh report*, Universities UK, und Ramsden, B. (2008), *Patterns of higher education institutions in the UK – Eighth report*, Universities UK.

Der Regierungswechsel im Vereinigten Königreich im Jahr 2010 führte zu einem Budget, das Ausgabenkürzungen für mehrere Bereiche, den Bildungsbereich eingeschlossen, vorsah. Diese Ausgabenkürzungen auf staatlicher Ebene beeinflussten wiederum das insgesamt Ausmaß der Finanzierung für die walisische Regierung. Die Budgetkürzungen der Regierung des Vereinigten Königreichs schlossen auch eine Erhöhung der maximalen Obergrenze für Studiengebühren in der höheren Bildung mit ein, von um £ 3.000 (ca. € 3.500) auf £ 9.000 (ca. € 10.700) pro Jahr³⁹ ab dem Studienjahr 2012/13.

Walisische MinisterInnen, entschieden unter Ausübung ihrer Entscheidungsgewalt bei der Verteilung der reduzierten Finanzierungsgelder in Wales für Angelegenheiten, die dezentral geregelt werden, dass Studierende mit ordentlichem Wohnsitz in Wales unabhängig von ihrem Studienort im Vereinigten Königreich keine zusätzlichen Gebühren bezahlen müssen. Die zusätzlichen Gebühren für Studierende mit Wohnsitz in Wales werden, egal wo im Vereinigten Königreich diese studieren, von der regionalen Regierung bezahlt. Einkommensabhängige Stipendien, so genannte *Assembly Learning Grants* von bis zu £ 5.000 (ca. € 5.900) werden anspruchsberechtigten Studierenden zur Verfügung stehen und ihnen dabei helfen, ihr Studium zu finanzieren⁴⁰. Dies soll den derzeit positiven Trend der Einschreibungen an Universitäten in Wales sowie die Einschreibung von Studierenden aus Wales, die an anderen Universitäten im Vereinigten Königreich studieren möchten, unterstützen.

2.3.2. Höchstes erreichtes Bildungsniveau: Vorschule, Grundschule und Sekundarstufe I

a. Basisindikatoren

Tab.6. Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber (1000) und das höchste erreichte Bildungsniveau: Vorschule, Grundschule und Sekundarstufe I – Ebenen 0-2 (ISCED 1997)

	ZEIT	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
GEO										
Severozapaden		293,6	310,6	327,0	347,0	362,0	371,6	:	:	:
Syddanmark		307,8	329,6	:	:	:	:	:	:	:
Pais Vasco		852,4	866,4	872,4	888,5	950,0	981,8	990,8	990,6	1,007,7
Toscana		1,849,0	1,877,5	1,838,0	1,878,8	1,891,2	1,902,0	1,991,4	2,028,9	1,349,4
Steiermark		302,2	314,8	300,5	294,5	296,8	312,8	321,1	321,2	344,0
Västsverige		307,7	301,8	323,4	319,2	302,8	314,3	320,1	328,1	387,1
Wales		617,9	531,3	546,5	565,8	546,3	544,7	593,1	638,0	355,4

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat [lfst_r_lfsd2pedu] Letztes Update: 27.09.2010, <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/print.do?print=true>

Tab.7. Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber (1000)

	ZEIT	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
GEO										
Severozapaden		807,5	816,9	827,3	839,0	850,0	860,4	:	:	:
Syddanmark		972,6	964,9	:	:	:	:	:	:	:
Pais Vasco		1,850,6	1,849,7	1,842,8	1,833,7	1,828,5	1,821,1	1,818,5	1,815,9	1,808,2
Toscana		3,205,9	3,178,9	3,163,6	3,143,7	3,109,9	3,101,7	3,101,2	3,096,8	3,086,4
Steiermark		1,019,8	1,014,0	1,008,1	1,002,8	993,0	989,3	974,2	989,3	987,9
Västsverige		1,373,5	1,360,5	1,345,0	1,319,0	1,273,6	1,267,0	1,262,7	1,268,9	1,258,8
Wales		2,424,0	2,410,7	2,367,4	2,359,4	2,349,5	2,341,1	2,328,8	2,315,5	2,304,4

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat [lfst_r_lfsd2pedu] Letztes Update: 09.09.2010.

„Gering Qualifizierte“ (Bevölkerung, deren höchstes Bildungsniveau Vorschule, Grundschule und Sekundarstufe I umfasst) gibt es immer noch in allen Regionen. Ihr Anteil fällt niemals unter 20% der Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren. In manchen Fällen liegt der Prozentsatz zwischen 30% und 50%, und in einem Fall über 60%.

In absoluten Werten und Prozentsätzen gesehen ist der Anteil der gering Qualifizierten beträchtlich, und dieses Problem kann aus folgenden Gründen nicht als eines betrachtet werden, das bereits dabei ist, gelöst zu werden:

³⁹ Department for Business, Innovation and Skills (BIS) (2010), *Reform for higher education and student finance*, www.bis.gov.uk/news/topstories/2010/Nov/student-finance, [November 2010].

⁴⁰ WAG-Welsh Assembly Government press release (2010), *Wales unveils future of fees*, <http://wales.gov.uk/newsroom/educationandskills/2010/101130fees/?lang=en>, [November 2010].

- In den Regionen, in welchen der Anteil der gering Qualifizierten bei über 50% liegt, sinkt er um weniger als zwei bis drei Prozent pro Jahr, und weist deshalb ein „natürliches“ Fortschreiten auf, das mit demografischen Phänomenen in Verbindung steht;
- Andererseits gibt es auch Regionen, in denen der Anteil um ungefähr fünf Prozent sinkt. Dies sind die Regionen, in denen die gering Qualifizierten zwischen 30% und 50% ausmachen;
- In den Regionen mit einem Anteil der gering Qualifizierten unter 30% lässt sich ein Stagnationstrend feststellen, mit leichten Veränderungen, die jedoch nicht immer positiv ausfallen.

Dies zeigt, dass es Politiken gibt, mit deren Hilfe die Anzahl gering Qualifizierter auf bis zu 25% der Bevölkerung reduziert werden kann, die innerhalb des Jahrzehnts festgestellten Trends zeigen jedoch in keiner der Regionen Kapazitäten für darüber hinaus gehende Auswirkungen, welche diese Zahl noch weiter reduzieren könnten.

Politiken sind hauptsächlich darauf ausgerichtet, die Zahl der SchulabbrecherInnen zu reduzieren. Sie basieren beispielsweise auf folgenden Maßnahmen:

- Diversifikation der Bildungswege (die in Wales zur Annahme des *Professional Learning Community-PLC*, einem Zugang der professionellen Lerngemeinschaft des *School Effectiveness Framework* (Schuleffektivitätsrahmen), in Vidin zur Aktivierung der *Second Chance Schools – Zweite-Chance-Schulen*, im Baskenland zu *Curricular Diversification Programmes – Programmen zur Diversifikation der Lehrpläne*, sowie zur Aktivierung von *Complementary school programmes – Ergänzende Schulprogramme* und spezifischen Bildungsförderungsprojekten geführt hat);
- Umsetzung spezieller Unterstützungsmaßnahmen während des Übergangs von der Schule zu anderen Bildungs- und Berufswegen (Beispiele in der Steiermark sind der *Berufsfindungsbegleiter*, die Orientierung für berufliche Aus- und Weiterbildung und die Beratung zu Bildungs- und Berufswegen);
- Die Anforderung an Schulen, das Recht auf zusätzliche Unterstützung für SchülerInnen anzuerkennen, welche die geforderten Standards nicht erreichen (umgesetzt in Schweden ab 2011).

b. Trendanalyse und Politikevaluation

SEVEROZAPADEN

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Die Übergangphase hat sehr negative Auswirkungen auf das Erfassen der Kinder für die Schule und das Halten in der Schule. Die Gründe hierfür sind komplex und schwer zu überwinden. Die heutige Grundschule versucht, dem Leben der Kinder so nahe wie möglich zu sein, ihnen beim Lernen zu helfen, in ihnen den Wunsch nach und Interesse am aktiven Leben zu wecken, und ihre Probleme zu verstehen und unabhängig zu lösen. Die gesamte Bildungs- und Lehraktivität wurde geprüft und umstrukturiert, um diesen Zweck zu erfüllen. Eine Priorität der kürzlich erfolgten Reformen betreffend die Grundausbildung war die Entwicklung von staatlichen Bildungsanforderungen an den Lerninhalt und die entsprechenden Lehrpläne. Im Schuljahr 2002/2003 begann ihre schrittweise Umsetzung von Stufe 1 bis 9.

Einige Fragen, die mit der Grundbildung zu tun haben (diese umfasst die Grundschule von Stufe 1 bis 4 und die Sekundarstufe I von Stufe 5 bis 8) werden im Nationalen Programm für die Entwicklung der Schulbildung und der frühkindlichen Bildung und Erziehung besprochen. Eine der wichtigsten Fragen ist die Veränderung der Bildungsstruktur, welcher zufolge die Dauer der Grundbildung um ein Jahr gekürzt werden soll und die SchülerInnen ihre Grundbildungszertifikate nach der 7. Klasse bekommen sollen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Optimierung des Schulnetzwerks, die hauptsächlich die *nachalni* (Grund-) und *osnovni* (Basis-) Schulen in kleinen Siedlungen betrifft. In diesem Zusammenhang wurden einige Maßnahmen geplant, um den Optimierungsprozess sanfter zu gestalten und zu verhindern, dass er zu einer Einschränkung des Bildungszugangs aufgrund der zu weit entfernten Lage von Schulen in manchen Regionen des Landes führt.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Einige der wichtigsten Fragen betreffend die Grundbildung wurden identifiziert und die möglichen Lösungswege diskutiert. Eines dieser Probleme ist die steigende Anzahl von SchülerInnen im schulpflichtigen Alter, die nicht ins Bildungssystem integriert sind oder ihre Ausbildung abbrechen. Die Politik zur Reduzierung der Zahl jener, die nicht in das System integriert sind oder die Schule abbrechen, beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen, deren Ziel es ist, den Einfluss verschiedener negativer Faktoren, die zum Schulabbruch führen, zu neutralisieren. Um eine effiziente Umsetzung dieser Maßnahmen zu gewährleisten, begann man mit der Entwicklung eines Systems der Datenerfassung, -Evaluierung,

-Kontrolle und -Analyse nach Schulstufen, Ebenen und Stadien für Kinder, die sich im schulpflichtigen Alter befinden. Gemeinsam mit den Maßnahmen, welche die schulpflichtigen Kinder in der Schule halten sollen, wurde auch ein Maßnahmensystem für die Reintegration von SchulabbrecherInnen entwickelt. Dieses System umfasst die Anpassung der Lehrpläne, alternative Formen der Bildung und die Schaffung von Pilotschulen der so genannten Zweiten Chance. Ein Mechanismus, der es erlaubt, Eltern täglich über Fehlzeiten und das Zuspätkommen der Kinder zu informieren, und zwar auch durch IKT und das nationale Bildungsportal, wurde ebenfalls angedacht.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

- Ritualisierung des Schullebens. Diese umfasst die Entwicklung eines Systems von Symbolen und Ritualen, und langfristig Traditionen, welches das Zugehörigkeitsgefühl der SchülerInnen zur Schule fördert, was wiederum ihre Motivation steigern wird, sich aktiv an verschiedenen Formen des schulischen und außerschulischen Lebens zu beteiligen.
- Entwicklung von Aktivitäten außerhalb der Klasse und Schule – die guten Traditionen in diesen Bereichen wurden in den 1990ern aufgegeben und werden jetzt langsam wiederbelebt, hauptsächlich aufgrund mangelnder Unterstützung von Staat und Gebietskörperschaften.
- Der Erhaltung des traditionellen bulgarischen Bildungssystems mit intensivem Fremdsprachenunterricht, der für sehr gute Ergebnisse sorgt.
- Maßnahmen zur Schaffung von Zugang für SchülerInnen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Bedürfnissen und Interessen, damit sie ihren Platz im Bildungssystem finden.
- Maßnahmen, die SchülerInnen zu motivieren, länger im schulischen Bildungssystem zu verbleiben.
- Erhöhung des Prestige und der sozialen Stellung der Lehrenden.

SYDDANMARK

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Ein neues Gesetz der Regierung motiviert SchülerInnen sich an Universitäten und anderen Institutionen der höheren Bildung zu bewerben. Laut diesem Gesetz werden die Gymnasialnoten in den ersten Jahren nach der Sekundarstufe I multipliziert, was den Zugang zu höherer Bildung erleichtert. Außerdem hat die Wirtschaftskrise viele junge Menschen vom Arbeitsmarkt ins Bildungssystem gedrängt. In den Jahren 2009 und 2010 verzeichneten die Institutionen der höheren Bildung in Süddänemark Rekord-Studierendenzahlen, was mit der Zeit schließlich im Vergleich zu heute zu höher qualifizierten Arbeitskräften führen wird.

PAÍS VASCO

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Die möglichen Faktoren, welche die gezeigten Abweichungen beeinflussen, sind einerseits demografischer Natur (starker Rückgang der Bevölkerung im Alter zwischen zehn und 24 Jahren), und andererseits im höheren Qualifikationsniveau der baskischen Bevölkerung, wie oben erwähnt, zu finden.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Einige der Maßnahmen des Ministeriums für Bildung, Universitäten und Forschung, die SchülerInnen davon abhalten sollen, vorzeitig und ohne die Ziele der sekundären Bildung erreicht zu haben aus dem Bildungssystem auszusteigen, sind:

- *Curricular Diversification Programmes (Programme zur Diversifikation der Lehrpläne)*, die sich an schulpflichtige, über 15- bis 18-jährige SchülerInnen der Sekundarstufe richten, die nach einer psychologisch-pädagogischen Evaluierung und nach Angaben der Lehrenden die allgemeinen Qualifikationen dieser Stufe nur durch spezielle Programme erreichen können. Diese Programme sind auf die Erreichung des Abschlusszertifikats der verpflichtenden Sekundarstufe ausgerichtet. Die SchülerInnen beschäftigen sich mindestens 18 Stunden mit einer Kombination aus linguistisch-sozialen und wissenschaftlich-technischen Fächern sowie Fächern, die vom Zentrum bestimmt werden. Die restlichen Fächer werden in normalen oder speziellen Gruppen unterrichtet (auf jeden Fall mindestens drei Fächer). Jedes Fach wird von einem bestimmten Lehrenden unterrichtet. Eine(r) der Lehrenden des Fachs kümmert sich um die individuelle Betreuung dieses/r Lernenden, wofür er/sie mindestens zwei Stunden pro Woche aufwendet.

- *Complementary school programmes (ergänzende Schulprogramme)*. Diese richten sich an SchülerInnen im Alter von unter 16 und über 14 Jahren, die ernste Probleme haben, sich an die Schule anzupassen, und für die andere übliche und außergewöhnliche Maßnahmen der Schule nicht ausreichen. Der Zweck dieser Programme ist das Fördern persönlicher und sozialer Anpassung sowie von Fortschritten, die

den Grundzielen der verpflichtenden Sekundarstufe entsprechen. Manuelle und arbeitsvorbereitende Aktivitäten, welche solche Programme umfassen könnten, zielen nicht auf eine Berufseinführung (für die es andere Programme gibt) ab, sondern stellen einen Versuch dar, zu motivieren und eine Lernumgebung für Bildungsinhalte zu schaffen. Diese Programme werden außerhalb des gewöhnlichen Schulkontexts individuell entwickelt, und kommen nur zur Anwendung, wenn andere innerschulische Maßnahmen erschöpft sind. Es handelt sich bei ihnen um temporäre Programme innerhalb des Schuljahres. Wenn ihre Weiterführung im nächsten Jahr erforderlich ist, sollte erneut angesucht werden.

- *Specific educational reinforcement programmes (spezielle Lernförderungsprogramme)* Diese sind darauf ausgerichtet, sozial benachteiligten SchülerInnen oder allen SchülerInnen, die sich in der Sekundarstufe befinden, ohne die Lerninhalte der vorhergehenden Stufe zu beherrschen, angemessene und qualitativ hochwertige Hilfestellung zu geben, um ihnen die Erreichung der verpflichtenden Lernziele in ihrem regulären schulischen Umfeld zu erleichtern, und gleiche Bildungschancen für alle zu gewährleisten. Des Weiteren zielen diese Programme darauf ab, SchülerInnen mit Anpassungsschwierigkeiten an das schulische Umfeld Aufnahme- und Unterstützungsprozesse zu bieten, die es ihnen ermöglichen, im Schulsystem das richtige Angebot für ihre Bedürfnisse zu finden.

- *Interkulturelle Programme und Programme zur Integration neu angekommener SchülerInnen.*

TOSCANA

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Die Dynamiken, die sich mit der Zeit entwickelten, zeigen einen allgemeinen Anstieg der Anzahl der SchülerInnen, die das Abschlusszertifikat der Sekundarstufe erreichen, ein Wachstum, das jedoch in den letzten paar Jahren aufgrund der Einwanderungslast nachgelassen hat. Die Zahlen in der Toskana (77%) liegen leicht über dem nationalen Durchschnitt (75,8%). Was die Sekundarstufe II betrifft, so ist der Schultyp, für den sich SchülerInnen entscheiden, weitere Überlegungen wert, da diese Entscheidung signifikante Auswirkungen auch die Wahrscheinlichkeit der Weiterführung der Ausbildung bzw. des Findens einer passenden Beschäftigung nach dem Abschluss hat. In den letzten zehn Jahren gab es in der Toskana einen Anstieg der Einschreibungszahlen in Schulen der Sekundarstufe, auf Kosten eines schwachen, jedoch konstanten Rückgangs der SchülerInnenzahlen in technischen Colleges.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Die toskanischen Politiken wurden auf die Planung einer ausgeglicheneren Verteilung der verschiedenen Einrichtungen und Ausbildungskurse auf lokaler Ebene ausgerichtet, um den Bedarf der NutzerInnen und der Arbeitswelt zu erfüllen und auszuschließen, dass Ausbildungskurse sinnlos doppelt angeboten werden.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Differenzierung (d. h. Dezentralisierung) könnte sich als sehr nützlich erweisen, da sie es ermöglichen würde, die Fähigkeiten der verschiedenen Instanzen zur Ausübung ihrer Verantwortung im Management der vergebenen Ressourcen auf die Probe zu stellen, und dem Staat die Möglichkeit geben würde, die Effizienz im Management effektiv zu evaluieren, auch da die traditionelle bürokratische Struktur der Schulverwaltung nicht angemessen ist, um die Herausforderungen der komplizierten Bereiche autonomer Reform, die beschrieben wurden, zu meistern. Die zwei wichtigen Säulen regionaler Dezentralisierung, Personalmanagement und die Definition essentieller Leistungsanforderungen, finden sich also auch im Bereich der Planung des Aus- und Weiterbildungsangebots wieder.

STEIERMARK

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Unter Einhaltung der europäischen Benchmarks – Abschluss der Sekundarstufe II, Reduzierung des vorzeitigen Abbrechens der Schulbildung, etc. – konnte die Anzahl an Menschen im Alter von 15 Jahren und darüber, die nur über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügen, in der Steiermark in den letzten zehn Jahren um ungefähr 13% gesenkt werden. Diese Entwicklung basiert auf Bemühungen in sowohl der Vollzeit-Schulbildung – besonders der Sekundarstufe II der berufsbildenden Schulen – und der Lehre/ Ausbildung im dualen System. In der Region Steiermark wurden nationale, politische Herangehensweisen genutzt – besonders die so genannte „Bildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr“ – um neue Initiativen wie Produktionsschulen etc. umzusetzen.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

In der Steiermark wurde mit einigen Initiativen der Versuch unternommen, die Situation in Bezug auf die Anzahl der SchülerInnen, welche die Sekundarstufe II abschließen, die Schule vorzeitig abbrechen, etc. zu verbessern.

- Entwicklung und Umsetzung innovativer Projekte und Maßnahmen, um junge Menschen an den Übergangsstellen von Grundbildung zu weiterführender Aus- und Weiterbildung zu unterstützen, auch mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), unterstützt durch Mittel für Bildung, Wirtschaft und Soziales der Landesregierung. Der *Berufsfindungsbegleiter* ist eine Europa- und OECD-weit anerkannte Herangehensweise für ein prozessorientiertes und individualisiertes Service mit signifikanten Auswirkungen bei der Verbesserung der Übergangsquote an den Schnittstellen zwischen Grundbildung, Ende der verpflichtenden Schulbildung und der weiterführenden Aus- und Weiterbildung, besonders im Bereich Lehre/duale Berufsausbildung in der Sekundarstufe II.
- Eine Task Force auf Landesebene, die „Berufsorientierung Steiermark NEU“, entwickelte ein strategisches Konzept, um die Unterstützung für junge Menschen an allen relevanten Übergangsstellen zwischen Schule, weiterführende Bildung und Arbeitswelt zu verbessern. Ein erster Schritt der Umsetzung der Ergebnisse der Arbeit der Task Force war die Schaffung eines Koordinators für Berufsberatung auf der Verwaltungsebene der Landesregierung, nächste Schritte werden folgen.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Basierend auf dem neuen Programm der Landesregierung wird das Bundesland Steiermark über bisherige Good-practice Ansätze der Vergangenheit reflektieren, diese verbessern, erfolgreiche Initiativen verlängern und neue Initiativen in spezifischen Bereichen an den Schnittstellen zwischen beruflicher Erstausbildung und dem Arbeitsleben von 15 und 16 Jährigen aufsetzen.

VÄSTVERIGE

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Schweden hat im Vergleich zu den EU27 noch immer einen niedrigeren Prozentsatz an jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren mit einer Ausbildung, die über Sekundarstufe I hinausgeht. Dies lässt sich auf starkes politisches Interesse am lebenslangen Lernen und dem Engagement für lebenslanges Lernen in Schweden zurückführen. Fast 100% aller jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 16 Jahren schließen die Pflichtschule/ Sekundarstufe I ab. Um die 10% dieser SchülerInnen erfüllen die Anforderungen für die Sekundarstufe II nicht (positive Noten in den Fächern Schwedisch, Englisch und Mathematik), es existieren jedoch Maßnahmen, diese SchülerInnen in individuelle Bildungswege zu integrieren.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Im neuen Schulgesetz, das ab dem 01. Juli 2011 angewandt wird, ist das Recht der SchülerInnen auf zusätzliche Unterstützung klarer definiert, was die Anzahl der SchülerInnen, welche die neuen Aufnahmebedingungen der reformierten Sekundarstufe II nicht erfüllen, senken könnte.

WALES

Eines der Hauptinstrumente, um strategisch wichtige Qualifikationen und Bildung in Wales zu gewährleisten ist der Europäische Sozialfonds. Wales hat schon von vergangenen Förderrunden des ESF-Programms profitiert und nutzt den ESF weiterhin, um die Umsetzung regionaler Politiken zu unterstützen.

Die operationellen Programme des ESF in der Förderperiode 2007-2013 für Wales unterscheiden sich von jenen für das Vereinigte Königreich als Mitgliedsstaat und für andere Regierungen innerhalb des Vereinigten Königreichs, und wurden in Übereinstimmung mit den strategischen Prioritäten der walisischen Regierung speziell entwickelt⁴¹. Sie funktionieren auf Basis eines strategischen Zugangs der Zusammenarbeit, der anders als in vergangenen Förderrunden, auf weniger, aber dafür größere, strategische Projekte mit größerer Wirkung ausgerichtet ist. Den Abteilungen der regionalen Regierung kommt eine starke Rolle zu bei:

- der Festlegung der politische Ausrichtung der Programme;
- der Leitung einiger strategischer Projekte; und
- der Ermöglichung der Zusammenarbeit an Projektentwicklung und -abschluss unter externen AkteurlInnen/Organisationen.

⁴¹ European Commission Employment, Social Affairs & Equal Opportunities European Social Fund-United Kingdom (2010), *Regional Profiles – Wales*, http://ec.europa.eu/employment_social/esf/members/gb_en.htm, [November 2010].

Die Abteilung für Kinder, Bildung, Lebenslanges Lernen und Qualifikation (DCELLS – *Department for Children, Education, Lifelong Learning and Skills*) ist die leitende Politikabteilung für sechs der sieben Strategischen Rahmenwerke des ESF, die insgesamt fünf ESF-Prioritäten (sowie sieben Themen) von sowohl Konvergenz-, als auch Wettbewerbsfähigkeitsprogrammen abdecken. Zur Verfügung stehende EU-Gelder werden durch regionale Budgets ergänzt⁴².

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Basierend auf dem Erfolg der ersten Förderrunde wurden die aktuellen ESF-Programme für Wales – Convergence and Regional Competitiveness and Employment (RCE – Konvergenz und Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung) – in Übereinstimmung mit Zielen der regionalen Regierung entwickelt⁴³. Strategische Rahmenwerke gewährleisten die notwendige politische Ausrichtung und beinhalten:

- ESF Konvergenz Priorität 1: Versorgung junger Menschen mit den notwendigen Fähigkeiten/Qualifikationen für das Lernen und für zukünftige Beschäftigung
Thema 1: Lösungen für unzureichende Leistungen
Thema 2: Steigern der Qualifikationen und Hoffnungen/Zielen
- ESF Konvergenz Priorität 2: Erhöhung der Beschäftigung und Antwort auf wirtschaftliche Inaktivität
Thema 1: Hilfe beim Finden nachhaltiger Beschäftigung
Thema 2: Hilfe zum Verbleib am Arbeitsmarkt
- ESF Konvergenz Priorität 3: Verbesserung der Qualifikationsniveaus und der Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte
Thema 1: Verbesserung der Qualifikationsbasis der Arbeitskräfte und Unterstützung von Weiterentwicklung im Beschäftigungsverhältnis durch Basis- und mittlere Qualifikationen (*basic and intermediate level skills*)
Thema 2: Qualifikationen für die wissensbasierte Wirtschaft; höhere Qualifikationen und Systeme zur Entwicklung der Arbeitskräfte
Thema 3: Förderung der geschlechterbezogenen Chancengleichheit in der Beschäftigung
- ESF Wettbewerbsfähigkeit Priorität 1: Erhöhung der Beschäftigung und Antwort auf wirtschaftliche Inaktivität
- ESF Wettbewerbsfähigkeit Priorität 2: Verbesserung der Qualifikationsniveaus und der Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Ein starker Schwerpunkt ist die Verbindung von praktischen Ergebnissen mit Politik, die auf strategischer Ausrichtung und Evidenz basiert. Die Reihe von vereinbarten Herangehensweisen und Strategien, die sich über die ganze Bandbreite des Bildungsangebots erstrecken, ist nun vorhanden, wobei immer mehr Wert auf effektive Umsetzung gelegt wird. Für Schulen bedeutete dies eine von unten nach oben gerichtete Herangehensweise zur Verbesserung der Lerneffektivität mit einem klaren Fokus auf den Leistungen der einzelnen Lernenden durch das *School Effectiveness Framework* (SEF – Rahmen der Schuleffektivität)⁴⁴. Die Aktivität ist breit gefächert, involviert jedoch die Nutzung der Herangehensweise der *Professional Learning Community* (PLC – Professionelle Lerngemeinschaft)⁴⁵, um gegen nicht ausreichende Leistungen in Schulen anzugehen. Durch PLCs kommen Gruppen von PraktikerInnen, die daran interessiert sind, spezielle Bereiche der Lernstoffvermittlung zu verbessern, innerhalb eines kontrollierten Rahmens zusammen, um die Vermittlung zu analysieren, Benchmarking durchzuführen, angewandte Methodologie/Pädagogik zu recherchieren und die sich daraus ergebende, verbesserte Vermittlung zu testen. PLCs wurden auf verschiedenen Ebenen geschaffen: innerhalb einzelner Schulen, lokaler Gebiete, und ganz Wales umfassend. Zu dieser PLC-Herangehensweise werden jetzt auch international Pilotversuche mit Gruppen von Lehrenden in British Columbia, Kanada, durchgeführt. Der Hauptfokus der PLC-Arbeit im Rahmen des SEF liegt auf der Verbesserung der Lese- und Schreibfähigkeit, Rechenfähigkeit und der Reduzierung der Auswirkungen von Armut auf den jeweiligen Bildungsabschluss.

⁴² siehe Fußnote 41.

⁴³ WEFO-Welsh European Funding Office, <http://wefo.wales.gov.uk/programmes/?sessionid=FvTpMSC.Iny5dJqHjTLKG1vNmnaQLZHnD699shYGwRwGv1C12bz1437466650?lang=en>, [November 2010].

⁴⁴ WAG – Welsh Assembly Government- Department for Children, Education, Lifelong Learning and Skills (2008), *School Effectiveness Framework Building effective learning communities together*, <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/publications/guidance/schooleffectivenessframework/?lang=en>, [November 2010].

⁴⁵ www.sefwales.co.uk/sef-p2-home/sef-p2-about-sef/sef-p2-about-sef-and-las/sef-plcs.htm, [November 2010].

Darüber hinaus werden Bemühungen unternommen, den in Wales genutzten Qualifikationsrahmen zu stärken und zu vereinheitlichen, und diesen mit europäischen Qualifikationsstandards zu verbinden, um die Mobilität der Lernenden (und später der Arbeitskräfte) zu unterstützen.

Die walisische Regierung hat das *Welsh Baccalaureate*⁴⁶ (Walisisches Bakkalaureat) eingeführt, um das Lernen der jungen Menschen in Wales zu verändern. Es ermöglicht breitere Erfahrungen als die traditionellen Lernprogramme, um die verschiedenen Bedürfnisse junger Menschen besser abzudecken. Es kann in englischer oder walisischer Sprache, oder in Kombination beider Sprachen erlangt werden.

Zusätzlich wird eine Reihe neuer Qualifikationen die derzeitigen Schlüsselqualifikationen Kommunikation, Umgang mit Zahlen, Informations- und Kommunikationstechnologien, und die Basisqualifikationen Lese- und Schreib- sowie Rechenfähigkeiten für Erwachsene, *Skills for Life (ein Qualifikationszertifikat)* in IKT ablösen. Diese neue Kombination aus Qualifikationen wird seit dem 01. September 2010 angewandt⁴⁷.

2.3.3. Studierende im tertiären Bildungsbereich

a. Basisindikatoren

Tab.8. Studierende im tertiären Bildungsbereich (ISCED 5-6) – in% der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren auf regionaler Ebene

GEO	ZEIT	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Severozapaden		4.3	4.0	3.7						
Syddanmark		56.8	58.9							
Pais Vasco		69.8	68.7	68.6	68.4	66.1	64.3	62.0	61.0	59.2
Toscana		88.8	90.5	89.2	87.6	87.5	85.6	78.5	72.1	67.4
Steiermark		60.0	58.5	57.4	53.6	53.8	53.0	54.7		
Västsverige		66.3	67.6	70.6	70.9	73.4	73.2	67.1	62.1	57.3
Wales		50.2	53.8	55.0	56.8	58.6	65.6	62.3	53.7	58.5

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat [lfst_r_lfsd2pedu] Letztes Update: 09.09.2010

Anzahl Studierender im tertiären Bildungsbereich (ISCED 5 und 6) als Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahren in der Region. Der Studierendenanteil in der Bevölkerung wird mit der Bevölkerung in der relevanten Altersgruppe verglichen, um die relative Größe des Studierendenanteils auf regionaler Ebene deutlich zu machen.

Tab.9. Höchstes erreichtes Bildungsniveau der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber: tertiäre Bildung – Stufen 5 bis 6 (ISCED 1997) auf den NUTS-Ebenen I und II (1000)

GEO	ZEIT	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Severozapaden		105.7	106.5	114.2	113.0	116.3	120.6			
Syddanmark		198.1	183.4							
Pais Vasco		618.2	620.0	605.2	591.9	532.5	511.9	490.3	481.8	467.5
Toscana		366.2	351.0	340.3	308.1	272.8	260.4	235.7	220.9	158.5
Steiermark		125.6	126.7	126.6	128.8	127.2	117.7	109.1	101.0	91.4
Västsverige		337.2	331.8	318.2	296.7	289.6	275.2	270.9	265.0	324.0
Wales		522.8	455.2	427.6	427.6	427.8	414.2	385.1	370.6	369.6

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat [lfst_r_lfsd2pedu] Letztes Update: 09.09.2010

Tab. 10. Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mit abgeschlossener tertiärer Bildung

GEO	ZEIT	2009	2008	2007
Severozapaden		17.1	17.4	17.4
Syddanmark		27.7	28.4	26.9
Pais Vasco		43.6	42.2	42.5
Toscana		14.8	15.5	14.7
Steiermark		16.6	15.7	16.1
Västsverige		31.8 (p)	31.0 (p)	31.2
Wales		32.7	29.6	a

a: West-Wales und die Täler 25,6; Ost-Wales 32,9

p: provisorische Daten

Quelle: Eurostat [lfst_r_lfsd2pedu] Letztes Update: 09.09.2010

⁴⁶ www.wbq.org.uk/home, [November 2010].

⁴⁷ WAG – Welsh Assembly Government (2010), Essential Skills Wales, <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/qualificationinswales/qualificationtypesinwales/essentialskillswales/introsw/?lang=en&ts=1>, [November 2010].

Die Daten betreffend die Anzahl der Studierenden im tertiären Bildungsbereich (ISCED 5 und 6) als Prozentsatz der Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 24 Jahren in der Region zeigen eine hohe Beteiligung, klar höher als der Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, die über einen tertiären Bildungsabschluss verfügen. Dies sollte zu einem schrittweisen Anstieg des Prozentsatzes führen, unter der Bedingung, dass die derzeit eingeschriebenen Studierenden ihre Prüfungen bestehen. Betreffend andere Indikatoren, die in Betracht gezogen wurden, ist dieser der einzige, der über den Zehn-Jahres-Zeitraum hinweg positive Entwicklungen in allen Regionen aufweist, inklusive der Regionen, die starke Einwanderung und *Brain Drain* zu verzeichnen haben. Es ist jedoch anzumerken, dass das signifikanteste Wachstum im ersten Teil des Jahrzehnts stattfand, während die späteren Jahre statistisch signifikante Stagnation mit leichtem Rückgang oder Anstieg zu verzeichnen hatten.

Dennoch sind die Unterschiede zwischen den Regionen-Clustern signifikant. In den untersuchten Regionen bewegen sich die Prozentsätze der Bevölkerung im Alter von 25–64 Jahren mit tertiärem Bildungsabschluss entweder um 30% oder 15% herum. Es gibt also Unterschiede von mehr als 100%.

Regionale Politiken haben ein gemeinsames Ziel: Verbesserung der Beziehung zwischen Institutionen der tertiären Bildung, dem Arbeitsmarkt und der regionalen Wirtschaft. Das Ziel ist die Gewährleistung eines adäquaten Angebots an Kompetenzen und die Begleitung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Forschungszentren. In den Regionen, die noch über keine adäquate Struktur der tertiären Bildungssysteme verfügen, ist das Ziel die Anregung von Entwicklung (siehe die *Strategie für die Donau-Region* und die Zusage zur Schaffung einer technischen Universität in Vidin). Dort, wo regionale Regierungen über mehr Macht verfügen, sind die Politiken darauf ausgerichtet, eine ganze Bandbreite an Faktoren zu beeinflussen (siehe Steiermark oder Baskenland, wo das strategische Ziel des Universitäts-Plans in neun Aktionsfeldern definiert wird: Innovation der Lehre; Internationalisierung der Universitäten; Modernisierung der Universitätsleistungen; Qualitätssysteme; Beziehung zwischen Universität, Unternehmen und Gesellschaft; Forschung; die baskische Sprache; ein stabiler Finanzrahmen für die Universität des Baskenlandes/*Euskal Herriko Unibertsitatea*; ein stabiler Rahmen für die Beziehungen mit privaten Universitäten im baskischen Universitätssystem). Im Fall von Wales wird das Ziel einer engeren Verbindung mit den regionalen Wachstumsstrategien durch die Maßnahmen für das *Credit and Qualifications Framework* (Punkte- und Qualifikationsrahmen: CQF für Wales) verfolgt, ausgewählt auf Basis geteilter Verantwortung für Investition zwischen Individuen, ArbeitgeberInnen und der Regierung, sowie durch die Schaffung eines kohärenten Anbietersystems, das Hochschul- und Weiterbildungsinstitutionen mit einschließt, wo Finanzierungsmethoden das Angebot unterstützen.

b. Trendanalyse und Politikevaluation

SEVEROZAPADEN

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Die derzeitigen Herausforderungen des Hochschulsystems sind mit der Notwendigkeit verbunden, Marktorientierung, vorrangige Beteiligung der NutzerInnen an der Festlegung der zukünftigen Entwicklung des Systems, die Anwendung von Mechanismen (gesetzgebenden und praktischen) für die Umsetzung des Konzepts des lebenslangen Lernens und die Sicherstellung ungehinderter Mobilität junger Menschen zu gewährleisten. Das Hauptthema der laufenden Diskussionen ist die Herstellung einer effizienten Verbindung zwischen tertiärer Bildung und Arbeitsmarkt. Ein Großteil der ArbeitgeberInnen erklärt, dass es einen Mangel an SpezialistInnen mit den notwendigen Qualifikationen für die sofortige Ausführung von Arbeitsanforderungen in einem hochtechnischen Umfeld gibt. Es herrscht ebenso Mangel an adäquat vorbereiteten ArbeitnehmerInnen in den Bereichen Dienstleistung, Tourismus, Informationstechnologien und Naturwissenschaften. Weiters herrscht ein großer Mangel an qualifizierten Lehrenden für Fremdsprachen im Schulsystem. Ein ernstes Problem in Verbindung mit dem Arbeitsmarkt ist der Mangel an Gelegenheiten, im tertiären Bildungsbereich praktische Fähigkeiten durch die Studienprogramme zu erwerben. Ein Hauptziel der Hochschulbildung im Rahmen des Konzepts für lebenslanges Lernen ist die Verbreiterung des Zugangs zu Hochschulbildung und die Schaffung von Chancengleichheit für alle BürgerInnen, an Hochschulprogrammen teilzunehmen. Mit dem Anfang der Übergangsphase wurden alle Zugangsbarrieren zur Hochschulbildung entfernt. Das Hochschulgesetz erlaubt keine Privilegien oder Beschränkungen im Zusammenhang mit Alter, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Geschlecht, sozialem Hintergrund, politischen Ansichten und Religion. Zusätzlich regelt das Gesetz Erleichterungen für

die Zulassung von Gruppen, für die das Risiko der sozialen Isolation besteht – Menschen mit Behinderungen, Mütter mit Kindern, etc. – sowie finanzielle und soziale Unterstützung für benachteiligte Studierende. Bewerbung und Ausbildung von EU-BürgerInnen unterliegen denselben Bedingungen und Verfahren wie jene bulgarischer BürgerInnen.

Die Situation betreffend die Verfügbarkeit von Universitäten und gleichwertigen Institutionen der Hochschulbildung in der Region ist unvorteilhaft – es gibt nur eine solche Bildungsinstitution, welche die junge und gebildete Bevölkerung anziehen, in der Region halten und die Ausbildung der Arbeitskräfte gewährleisten könnte. Die Gesamtanzahl Studierender in Colleges und Universitäten (oder ihren Zweigstellen) betrug im Studienjahr 2008/2009 2.137 Einheiten. Diese Schulen liegen nur in drei Bezirken der Region (*Pleven, Vratsa, Lovech*). Sie reichen nicht aus, und dies verstärkt den negativen Trend im Bildungssystem der Region.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Die Neue Bulgarische Universität unterhält eine lokale Zweigstelle in Vidin für Fernstudien und weiterführende Bildung. Im lokalen Zentrum erhält man Informationen zur Ausbildung an der Universität, und als TeilnehmerIn an einem Fernstudium kann man sich dort für das Semester einschreiben und seine Unterrichtsmaterialien bekommen.

Seit Jahren kämpfen die lokalen Behörden für die Akkreditierung einer großen technischen Universität in der Stadt Vidin. Im Jahr 2010 wurde in Brüssel ein Projekt für die Strategie für die Donau-Region beschlossen. 80% der Gebiete, welche die Nordwestregion ausmachen, sind von dieser Strategie betroffen. Die Einrichtung einer technischen Universität in Vidin wurde als eine der Prioritäten dieser Strategie festgelegt. Die geplanten Spezialisierungen entsprechen dem Bedarf auf dem regionalen Arbeitsmarkt. Eine Universität wird mehr junge Menschen nach Vidin ziehen und sich positiv auf die lokale Gesellschaft auswirken.

SYDDANMARK

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Laut den letzten Hochrechnungen des Bildungsministeriums wird erwartet, dass 45% eines Jahrgangs eine Art der Weiterbildung auf tertiärer Ebene abschließen werden. Es ist also keine Überraschung, dass die Bildungsbeteiligung der 20 bis 24-Jährigen im tertiären Bereich bei 56% liegt – der interessante Parameter wird die Abschlussrate sein.

Wie oben erwähnt, brach die Aufnahme von Studierenden an der Universität und an anderen Institutionen der weiterführenden Bildung 2009 und 2010 alle Rekorde. Dies ist teilweise auf drei strukturelle Faktoren zurückzuführen:

- Ein neues Gesetz der Regierung ermutigte Studierende, sich an Universitäten und anderen Institutionen der Hochschulbildung zu bewerben. Laut diesem Gesetz werden die Gymnasialnoten in den ersten Jahren nach der Sekundarstufe I multipliziert, was den Zugang zu höherer Bildung erleichtert.
- Des Weiteren drängte die Wirtschaftskrise viele junge Menschen vom Arbeitsmarkt ins Bildungssystem.
- Im Jahr 2005 wurde auf der Ebene der Sekundarstufe II eine neue Struktur eingeführt. Diese führte zur Schaffung neuer Unterrichtszweige in den Gymnasien, die den Anforderungen der Universitäten nicht zu 100% entsprachen. Wenn man zum Beispiel Politikwissenschaften studieren möchte, benötigt man ein bestimmtes Niveau in Mathematik, das nicht automatisch Teil des sozialen Unterrichtszweigs im Gymnasium ist. So mussten viele SchülerInnen einzelne Kurse abschließen, bevor sie mit einer tertiären Ausbildung beginnen konnten.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

In den Jahren 2009 und 2010 wurden im Hochschulbereich in Süddänemark die höchsten je dagewesenen Immatrikulationszahlen verzeichnet, was mit der Zeit zu einem Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte führen wird, welches das heutige übertrifft.

Dies ist verknüpft mit der Tatsache, dass die Forderungen der privaten Unternehmen an den Arbeitsmarkt schließlich zu höher qualifizierten Arbeitskräften führen werden, da sehr viele, die ihre Beschäftigung in

den letzten Jahren verloren haben, verschiedene Arten der Weiterbildung auf universitärer Ebene oder anderen Ebenen absolvieren.

In Dänemark ist es der nationale Ehrgeiz im Bereich der tertiären Bildung, dass 50% eines Jahrgangs eine tertiäre Ausbildung innerhalb von 25 Jahren nach Abschluss der Grundschule abschließen. Wie oben erwähnt wird erwartet, dass 45% eines Jahrgangs im Jahr 2008 eine tertiäre Ausbildung abschließen.

Die Erklärung dafür, warum nur 27% bis 28% der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren eine tertiäre Ausbildung abgeschlossen haben, ist in der historischen Struktur des Arbeitsmarkts zu finden. In den 1960ern und 1970ern gab es in Dänemark immer noch viel klassische Industrieproduktion. In der Industrieproduktion war Ausbildung oft nicht notwendig. Daher entschieden sich mehr Menschen dafür, als Hilfs- oder FacharbeiterInnen zu arbeiten anstatt eine tertiäre Ausbildung zu machen.

In der globalisierten Welt ist Hochschulbildung eine Notwendigkeit, und daher ist es positiv, dass Dänemark und Süddänemark sich dem Ziel der 50%-Marke annähern.

In den 1960ern und 1970ern hatten nicht alle Studierenden Anspruch auf staatliche Stipendien, was es für manche finanziell schwer machte, eine tertiäre Ausbildung abzuschließen. Heute hat fast jeder Anspruch auf ein Stipendium.

PAÍS VASCO

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

SchülerInnen im Alter von 16 Jahren, die ihre Schulpflicht in der Sekundarstufe II abschließen und sich für das *Bachillerato* entscheiden, stellen rund 75% der SchülerInnen dar, die sich für Ausbildungen der Ebenen ISCED 3 bis 4 entscheiden. Andererseits lag die Bruttorente jener, die das *Bachillerato* im Studienjahr 2006-2007 abschlossen, bei 65,4%. Dies zeigt, dass sich die Mehrheit der SchülerInnen für eine tertiäre Ausbildung entscheiden. Dieser Trend hat sich im letzten Jahrzehnt immer weiter verstärkt, und alle Indikatoren lassen vermuten, dass er kurzfristig anhalten wird⁴⁸.

Die Prüfungsergebnisse der SchülerInnen der Sekundarstufe haben sich so weit verbessert, dass die Anzahl derer, die ein Abschlusszertifikat erhalten, in diesem Zeitraum um zwei Punkte gestiegen ist (+2%). Folglich machen mehr Menschen eine tertiäre Ausbildung.

Andererseits gibt es ein breites Angebot an Ausbildungen im tertiären Bereich in den Hauptstädten der drei baskischen Bezirke, die sehr nahe aneinander liegen und durch ein gutes, öffentliches Verkehrsangebot verbunden sind, zusätzlich zu anderen Universitäten in kleineren Städten. Es gibt 56 Universitätszentren, die zur Universität des Baskenlandes gehören (mit jeweils einem Campus in den drei Bezirkshauptstädten), *Deusto University* (mit einem Campus in Bilbao und San Sebastián), *Mondragón Unibertsitatea* (mit zwei Campus, einem in Mondragón und einem weiteren in Goierri, beide in Gipuzkoa) und die nationale Universität für Fernstudien.

Schließlich sollte noch betont werden, dass die Ausgaben für Forschung und technologische Entwicklung im Baskenland zwischen 2003 und 2008 um 80% erhöht wurden, von 1,42% des BIP 2003 auf 1,85% 2008. Der Anteil an Forschungspersonal an der gesamten, beschäftigten Bevölkerung stieg ebenfalls an, von 7,8% 2003 auf 9,4% 2008.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen-

- Wirtschaftliche Unterstützung oder Stipendien für Universitätsstudierende. Allgemeine Stipendien für Fremdsprachenkurse im Ausland, für Erasmus-Studierende und andere Universitätsmobilitäts- und internationale Programme, Exzellenzstipendien für Studierende mit exzellenten Leistungen.
- Finanzierung spezialisierter Studien im Ausland.
- Finanzierung für Aus- und Weiterbildung und weiterführende Kurse für Forschungspersonal.
- Euskadi-Forschungspreise.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Der Universitätsplan 2007-2010 wurde von der Abteilung für Bildung, Universitäten und Forschung mit Beiträgen der drei baskischen Universitäten, mit Beratung und Beiträgen der Mitglieder des *Public University Teaching Coordination Council* (Koordinationsrats für die Lehre der öffentlichen Universitäten)

⁴⁸ siehe Fußnote 31.

und des *Basque Universities Council* (Baskischen Universitätsrats) erstellt und mit einem positiven Bericht der *Basque Government Delegate Commission for Planning and Economic Matters* (Kommission baskischer Regierungsdelegierter für Planung und Wirtschaft) vom 12. Juli 2007, und nach einer neuen Runde von Beiträgen der Haupt-BildungsakteurInnen im baskischen Universitätssystem vom Regierungsrat am 4. Dezember 2007 angenommen. Das baskische Parlament ergänzte die Inhalte des Plans in einer Sitzung am 13. März 2008 durch mehrere Entschließungen.

Das strategische Ziel dieses Plans ist europäische Konvergenz, und wurde in neun Aktionsfeldern definiert:

- Innovation der Lehre.
- Internationalisierung der Universitäten.
- Modernisierung der Universitätsleistungen.
- Qualitätssysteme.
- Beziehungen zwischen Universität, Unternehmen und Gesellschaft.
- Forschung.
- Baskische Sprache.
- ein stabiler Finanzrahmen für die Universität des Baskenlandes/*Euskal Herriko Unibertsitatea*.
- ein stabiler Rahmen von Beziehungen mit privaten Universitäten im baskischen Universitätssystem.

Notwendige Bedingungen

Der Prozentsatz der Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 34 Jahren im Baskenland, der einen Abschluss im tertiären Bildungsbereich hat, lag 2008 bei 57,7%. Dies deutet darauf hin, dass der entsprechende Indikator für die Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen in den nächsten paar Jahren steigen wird.

Der Bruttoanteil der Bevölkerung, der 2006/2007 sein Hochschulstudium abschloss, beträgt 32,8% für Studiengänge des ISCED 5B, 23,8% für Studiengänge des ISCED 5A und 26,5% für Studiengänge des ISCED 6. Unter Betrachtung der Entwicklung der Bildungsbeteiligung auf dieser Ebene, des fortschreitenden demografischen Wachstums der Bevölkerung im Alter von 25 bis 34 Jahren, und der Indikatoren der vorhergehenden Absätze, lässt sich voraussagen, dass dieser Indikator mittelfristig wachsen wird.

TOSCANA

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Die Unterstützung der toskanischen Regionalregierung für Kurse, die Universitäten und Arbeitswelt verbinden, spielte, ebenso wie die finanzielle Unterstützung in Form von Stipendien für Master's- und PhD-Programme, eine essentielle Rolle dabei, Studierende dazu zu bringen, Nachdiplomstudien zu absolvieren⁴⁹. Die Anpassung des Prozesses der tertiären Lehre ist problematisch, da das Universitätssystem eine niedrige Produktivität aufweist. In der Toskana sind vier von zehn Studierenden in ihrem Studium zeitmäßig im Rückstand; von 100 angemeldeten Studierenden, brechen 18 das Studium im ersten Jahr ab, und sieben bleiben inaktiv, d. h. sie verbleiben im System, absolvieren jedoch keine Lehrveranstaltungen; 25 Studierende von 100 brechen vor dem zweiten Jahr ab; nur 14 von 100 Studierenden schließen ihr Studium auf der ersten Ebene in der erwarteten Studienzeit ab, für die zweite Ebene sind es sechs von 100. Hier sind Ausbildungschecks relevant.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Ein neues System aus Regeln und Maßnahmen ist erforderlich, welche die Anreize zu lernen und zu lehren modifizieren, die Stellenzuweisungsmechanismen für ProfessorInnen und Lehrende prüfen, Verdienste adäquat belohnen, eine bessere und konstante Evaluierung einführen, die Autonomie und Pflichten der Schulen und Universitäten stärken, und die Wahl der Studierenden entsprechend ihren Fähigkeiten und dem Bedarf an Qualifikationen in der Arbeitswelt und den Unternehmen lenken. Dies sind ehrgeizige Maßnahmen, ohne die jedoch eine Verbesserung der Unterrichtsniveaus und die Erreichung der auf europäischer Ebene definierten Ziele undenkbar sind.

Notwendige Bedingungen

Die Anzahl der StudienabsolventInnen im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung im Alter von über sechs Jahren ist heute fast sieben Mal so hoch wie jene vor etwas weniger als 40 Jahren. Im Jahr 1971 lag sie bei

⁴⁹ Dies betrifft Programme, die sich an Studierende mit bereits einem Studienabschluss richten, die zu diesen Programmen Zugang haben, obwohl sie nicht aus der Toskana kommen. Dennoch ist es wichtig, dass sie diese Programme in einer der Universitäten um die Toskana herum besuchen.

nicht mehr als 2%; 2008 betrug sie 11%; der Anteil jener mit einem Sekundarabschlusszertifikat hat sich fast verfünffacht, von 7% auf 31%; der Anteil jener mit einem Mittelschulabschlusszeugnis hat sich im selben Zeitraum verdoppelt, von 14% auf 29%; und schließlich hat sich der Anteil der Bevölkerung ohne jegliche Ausbildung um drei Viertel reduziert und lag 2008 in der Toskana bei ungefähr bei 7%. Es gibt jedoch immer noch eine große Zahl an Studierenden, die ihr Studium nicht abschließen. Es muss also weiter in erfolgreiche Politiken investiert werden, wie jene, die oben aufgeführt sind, besonders, wenn das allgemeine Ziel einer „wissensbasierten, höchst wettbewerbsfähigen Gesellschaft“ erreicht werden soll.

STEIERMARK

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Mehrere Kriterien haben in den letzten zehn Jahren die Trends im tertiären Bildungsbereich in der Steiermark beeinflusst, so auch Entwicklungen auf Bundesebene. Zum Beispiel:

- Entwicklung und Einrichtung der Fachhochschulen seit Mitte der 1990er.
- Neue rechtliche Bestimmungen für Universitäten durch das Universitätsgesetz des Bundes 2002.
- Entwicklung und Einrichtung der Pädagogischen Hochschulen durch das Bundesgesetz 2005.
- Mehrere Bestimmungen betreffend den Zugang zu gewissen Studienfächern (besonders Medizin) beschränkten die Anzahl der Studienplätze für mehrere Studienfächer.

All diese Bestimmungen hatten Einfluss und Auswirkungen auf die regionale Entwicklung der Steiermark. Die Steiermark ist nach der Bundeshauptstadt Wien das Bundesland mit der höchsten Anzahl Universitäten/ Fachhochschulen. Die Zahl der immatrikulierten Studierenden im tertiären Bildungsbereich in der Steiermark liegt nahe am österreichischen Durchschnitt.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Das Bundesland Steiermark hat einen besonderen Zugang zur Verbesserung der Aktivitäten und Forschungs- und Entwicklungsdimensionen auf tertiärer Ebene und im privaten Sektor. Dieser wird in mehreren Kernbereichen der steirischen Kernkompetenzen in Wirtschaft und Wissenschaft genutzt. Eine sichtbare Auswirkung dieses Zugangs ist die Tatsache, dass die Steiermark im Vergleich zu allen anderen österreichischen Bundesländern den größten Anteil des BIP für Forschung und Entwicklung ausgibt. Dies lässt sich jedoch nicht direkt auf die Anzahl der Menschen mit einem akademischen Grad umlegen. Hier liegt die Steiermark nahe am österreichischen Durchschnitt bzw. ein wenig darunter.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

In Bezug auf das neue Landesregierungsprogramm für Bildung sollten die Strategien und Politiken für den tertiären Sektor – betreffend die staatliche Politik für das Hochschulwesen – als eine der wichtigsten Fragen für die Verbesserung der Schaffung von Synergien zwischen tertiären Bildungseinrichtungen untereinander und mit anderen Unternehmen und Wirtschaftssektoren in der Region allgemein – auf staatlicher und internationaler Ebene – definiert werden.

Die wichtigsten Bereiche in der Steiermark betreffend diese Themen sind

- Verbesserung der Vorbereitung und Beratung auf Sekundarebene für Bildungsentscheidungen für die postsekundäre und tertiäre Ebene.
- Unterstützung von Kooperation und Koordinierung entlang dreier Achsen:
 - > horizontal – zwischen Institutionen und Organisationen auf postsekundärer Ebene,
 - > vertikal – zwischen Institutionen der Sekundar-, postsekundären/tertiären Ebene, besonders an den Schnittstellen und Übergangspunkten und
 - > sektorenübergreifend, zwischen Bildungseinrichtungen und Industrie, Arbeitsmarkt, etc.

Das neue Regierungsprogramm bietet eine gute Basis für Aktivitäten in diese Richtungen.

VÄSTSVRIGE

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Im Jahr 1977 wurde das schwedische System aus einem binären System der Hochschulbildung in ein formal einheitliches System umgewandelt, welches akademische, berufsbildende, sowie längere und kürzere berufsbezogene Programme umfasst. Im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert wurde die Hochschulbildung signifikant erweitert, und es wurden in ganz Schweden neue Bildungseinrichtungen

gegründet. In den letzten 20 Jahren war auch ein großer Anstieg der Studierendenzahlen zu verzeichnen. In Schweden übernehmen staatliche Agenturen viele der Aufgaben, die in vielen anderen Ländern von den zentralstaatlichen Ministerien abgedeckt werden. Schwedische Ministerien sind hauptsächlich für die Festlegung der Politik zuständig, während groß angelegte Prüfungen und Analysen sowie eine Reihe von anderen Aufgaben von Agenturen übernommen werden, die den Ministerien unterstehen.

Formal gesehen sind staatliche Hochschuleinrichtungen Regierungsagenturen, die der Regierung unterstehen. Sie sind ein Teil der öffentlichen, zentralen Verwaltung der Regierung, sowohl in ihrer Organisation als auch in ihrer Funktion, jedoch mit zusätzlichen sektorenspezifischen Gesetzen, die unter anderem darauf abzielen, die akademische Freiheit zu bewahren. Die Hochschulbildung in Schweden wird, abgesehen von Doktoratsstudien, fast ausschließlich vom Staat finanziert. Alle Hochschuleinrichtungen haben dieselbe nationale Rolle und dasselbe Recht, um Finanzierung ihrer Forschung anzusuchen. Des Weiteren spielen alle Hochschuleinrichtungen eine wichtige Rolle in ihren Regionen, und viele dieser Einrichtungen betrachten die Rolle der Hochschuleinrichtungen als regionale, nationale und internationale Akteure als notwendig, obwohl das Gewicht, das diesen verschiedenen Rollen verliehen wird, sich je nach Einrichtung unterscheiden kann. Deshalb hat die Hochschulbildung in Schweden eine eindeutige, regionale Dimension. Es wurde ein signifikanter Anstieg bei den Studienplätzen außerhalb der traditionellen Universitätsregionen verzeichnet. Dem Hochschulwesen wird auch eine wichtige Rolle bei verschiedenen Aspekten der Entwicklung der schwedischen Gesellschaft zugeschrieben, von lokalen, regionalen und nationalen Behörden sowie in lokalen Wirtschaftskreisen⁵⁰.

Die Tabelle zeigt, dass die Studierendenzahlen in den Jahren 2003 und 2004 anstiegen, was auf die Initiative der vorigen Regierung zur „Wissenssteigerung“ (*kunskapslyftet*) zurückgeführt werden könnte, die es durch zusätzliche Gelder für 100.000 Plätze in der Erwachsenenbildung (1997-2002) Erwachsenen ermöglichte, Kurse zu besuchen, durch die sie die Anforderungen für eine Hochschulbildung erfüllten. Der Rückgang 2008 könnte dadurch erklärt werden, dass die Arbeitsmarktsituation in diesem Jahr sehr gut war.

Schweden gibt einen höheren Anteil des BIP für Bildung auf Sekundarebene aus als der EU-Durchschnitt (2,7% verglichen mit den EU27 2.2%).

In den frühen 1970ern betrug der Anteil der Bevölkerung mit einem Hochschulabschluss (ISCED 5-6) weniger als 10%. Das erreichte Bildungsniveau in Schweden ist relativ hoch im Vergleich zum OECD-Durchschnitt, bleibt jedoch hinter den führenden Ländern wie Kanada zurück. In Västra Götaland verfügen 22% der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren zumindest über drei Jahre postsekundärer Ausbildung, ungefähr derselbe Wert wie auf nationaler Ebene. Im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten verfügt Schweden über den höchsten Bevölkerungsanteil mit Hochschulbildung. Was den Arbeitsmarkt betrifft, so wird erwartet, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften, die nur über Pflichtschulbildung verfügen, bis 2020 um 50% sinken wird. Im Vergleich zum Rest Europas steht Västra Götaland an der Spitze der Rangordnung, wenn es um Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen des Handels und der Industrie geht. Damit Västra Götaland weiterhin für Forschung und Entwicklung attraktiv bleibt, ist es wichtig, dass seine Universitäten und anderen Hochschulbildungseinrichtungen einen hohen internationalen Standard beibehalten. Gute Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulbildungseinrichtungen ist wichtig. Die Region Västra Götaland bietet Anreize für Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulbildungseinrichtungen in Bereichen, die für das Wachstum und die Entwicklung von Västra Götaland entscheidend sind. An den Universitäten und anderen Hochschulbildungseinrichtungen in Västra Götaland studieren über 90.000 Studierende. Zusätzlich zu sechs Universitäten/Universitäts-Colleges gibt es 20 *Volkshochschulen* und über 200 weiterführende berufsbildende Kurse. In ihrer Verantwortung für regionale Entwicklung und regionales Wachstum hat die Region Västra Götaland die Vision, „eine führende Position bei der Entwicklung von Kompetenzen und Wissen“ einzunehmen. Zwei essentielle Elemente dieser Vision sind: jeder zweite Erwachsene sollte über eine Form der höheren Bildung verfügen; Unterschiede bei Bildungsniveaus in verschiedenen Teilen der Region sollten ausgeglichen werden. Eine weitere regionale, im Regionalen Wachstumsprogramm (RTP) erwähnte Priorität ist es, junge Menschen dazu anzuregen, technische Fächer, Naturwissenschaften und Mathematik zu studieren.

⁵⁰ *Högskoleverket* (Schwedische Nationalagentur für Hochschulbildung) (29.06.2006), *OECD Thematic Review of Tertiary Education-Country Background Report for Sweden*, www.oecd.org/dataoecd/20/29/37524407.pdf, [November 2010].

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Um die Unterschiede der Bildungsbeteiligung im höheren Bildungsbereich zwischen verschiedenen Teilen der Region auszugleichen unterstützt die Region Västra Götaland die Schaffung von Lernzentren für Fernstudien und flexibles Lernen. In fast jeder lokalen Gebietskörperschaft in Västsverige gibt es ein Lernzentrum, das beispielsweise Menschen, die weit entfernt von einer Universität leben, ermöglicht, ein Hochschulstudium durch Fernstudium-Plattformen zu absolvieren.

Um junge Menschen dazu anzuregen, technische Fächer, Naturwissenschaften und Mathematik zu studieren, unterstützt die Region Västra Götaland die sechs *Science Discovery Centres* (Wissenschafts-Entdeckungszentren) in der Region mit jährlichen Beiträgen. Auch die Studierendenorganisation Intize, die Mathematikstudierende der *Chalmers University of Technology* als TutorInnen für SchülerInnen der Sekundarstufe II organisiert, wird unterstützt. Das Ziel dabei ist, die SchülerInnen dazu zu motivieren, Mathematik an einem technischen College oder einer Universität zu studieren.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Aus demografischen Gründen wird es durch einen Rückgang der Anzahl der SchülerInnen im Alter zwischen 16 und 19 Jahren zu härterem und aggressiverem Wettbewerb zwischen den Anbietern kommen. Ab Herbst 2011 gibt es einen neuen, nationalen Lehrplan für die Sekundarstufe II, und die oben genannten Maßnahmen werden intensiviert.

Es wurden staatliche Stipendien für 10.000 zusätzliche Studienplätze an Universitäten und höheren Bildungseinrichtungen für 2010 und 2011 geschaffen.

Im Studienjahr 2008/2009 begannen 24.300 ausländische Studierende ihr Studium an schwedischen Universitäten, ein Anstieg von 12% im Vergleich zum Vorjahr. Die Gesamtanzahl ausländischer Studierender betrug 36.600 und war somit drei Mal so hoch wie vor zehn Jahren.

Seit Jahren sind sowohl nationale als auch regionale Ziele darauf ausgerichtet, dass zumindest 50% der SchülerInnen, welche die Sekundarstufe II abschließen, ihre Ausbildung auf tertiärer Ebene fortsetzen. Mit der Reform des Schulsystems der Sekundarstufe II im Jahr 2011 ist es das Ziel der Regierung, mehr Aufmerksamkeit auf die Berufsbildung (VET) zu lenken und dass Lernende der Berufsbildung ihre Ausbildung mit höherer Berufsausbildung fortsetzen und nicht an eine Universität gehen. Alle, die an Berufsbildungsprogrammen (VET) teilnehmen, haben das Recht, allgemeine Vorbereitungskurse für die Universität zu belegen, dies ist jedoch nicht mehr verpflichtend.

WALES

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Erreichtes Bildungsniveau der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren^{51 52}

- Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern lag Wales im Mittelfeld, was den Anteil der Bevölkerung mit tertiärem Abschluss betrifft, wies jedoch einen relativ größeren Anteil an gering oder nicht qualifizierten Menschen auf⁵³.
- Die Anteile der erwachsenen Bevölkerung mit Hochschulabschluss bewegten sich zwischen 48% in Kanada und 11% in der Türkei. In Wales hatten 28% höhere Abschlüsse, wodurch Wales mit anderen Ländern mit ähnlichen Zahlen auf einem mittleren Rang der OECD-Länder lag. So sah die Position von Wales im Jahr 2005 aus.
- Ein Drittel der walisischen Bevölkerung war maximal gering qualifiziert. Dieser Wert war relativ hoch im Vergleich zu den OECD-Ländern, es gab jedoch eine Gruppe bestehend aus mehreren Ländern, die ähnliche Prozentsätze aufwiesen.

⁵¹ WAG – Welsh Assembly Government (2010), *International Comparisons of Education Indicators-February 2010*, <http://wales.gov.uk/topics/statistics/articles/comparisoneducation/?lang=en&ts=1>, [November 2010].

⁵² Die Niveaus der erreichten Bildungsstufen der erwachsenen Bevölkerung wurden durch die Betrachtung der Prozentsätze der Erwachsenen analysiert, die folgendermaßen definierte geringe, mittlere und hohe Qualifikationen erlangten: Geringes Qualifikationsniveau bedeutet Grundschule, Sekundarstufe I und „kurze“ Ausbildung der Sekundarstufe II (d. h. Erreichen von weniger als dem Äquivalent von 5 A*-C des *General Certificate of Secondary Education* (GCSE – Abschlussprüfung Sekundarstufe); mittleres Qualifikationsniveau bedeutet eine „lange“ Ausbildung der Sekundarstufe II (d. h. 5 A*-C GCSE oder darüber bzw. Äquivalent); hohes Qualifikationsniveau bedeutet tertiäre Bildung.

⁵³ Hier werden jedoch die Ebenen NUTS II und NUTS I verglichen. Wie zuvor unterstreicht dies die Wichtigkeit, die Möglichkeiten des Ziehens regionaler Vergleiche zu verbessern, besonders in Bezug auf wirtschaftliche und strukturelle Faktoren, welche diese Zahlen beeinflussen könnten.

Bevölkerungsanteil mit tertiärem Abschluss nach Altersgruppen⁵⁴

- Allgemein variierten die Bevölkerungsanteile mit tertiärem Abschluss weitaus mehr im OECD-weiten Vergleich als jene Bevölkerungsanteile mit Abschluss der Sekundarstufe, und sie waren signifikant niedriger.
- Der Anteil mit tertiären Qualifikationen in Wales war niedriger als jener des Vereinigten Königreichs, dem OECD-Durchschnitt mit 28% der erwachsenen Bevölkerung jedoch ähnlich.
- Die Anteile der 25- bis 34- und 45- bis 54-Jährigen mit tertiärem Abschluss waren den jeweiligen OECD-Durchschnittswerten ähnlich.
- Bei jüngeren Menschen in Wales war die Wahrscheinlichkeit eines tertiären Abschlusses höher als in den Altersgruppen davor. Mehrere Länder, die in der Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen hinter Wales lagen – wie zum Beispiel Irland, Spanien und Korea – hatten jedoch verglichen mit Wales signifikant höhere Anteile der jüngeren Menschen mit tertiärem Abschluss. Dies legt den Schluss auf ein Wachstum ihres tertiären Sektors in den letzten Jahren nahe.

Während die Beteiligungsrate junger Menschen im tertiären Bildungsbereich in Bezug auf die Identifizierung von Problemen betreffend den Zugang zu tertiärer Bildung interessant sind, ist es vielleicht relevanter, die Prozentsätze jener zu betrachten, die einen Abschluss im tertiären Bereich erlangen. Die derzeitige Herausforderung in Wales ist das Finden der Balance zwischen der Verfügbarkeit der aufgrund der Budgetkürzungen der Mitgliedsländer eingeschränkten Finanzierung und der immer noch steigenden Nachfrage der Studierendenjahrgänge nach Studienplätzen an den Universitäten. Dies könnte zu einer Erhöhung der Prozentsätze bei den Abschlüssen führen, da die Universitäten ihre Anforderungen an BewerberInnen erhöhen, und die Aufnahme der besser qualifizierten Studierenden angestrebt wird. Benachteiligte Gruppen müssen unterstützt werden, um Chancengleichheit beim Zugang zu weiterführender Bildung, inklusive der Universitäten zu gewährleisten.

In Wales konnte man für den Zeitraum ein stetiges und andauerndes Wachstum der höheren erreichten Qualifikationen im tertiären Bildungssektor verzeichnen. Der Wert höherer Bildung wurde in den letzten Jahren im ganzen Vereinigten Königreich und ebenso in Wales stark betont, und ausreichender Zugang zu universitärer Bildung war durchgehend auf der politischen Tagesordnung zu finden⁵⁵.

Durch die Arbeit von Bildungsanbietern im tertiären Sektor leistet die Hochschulbildung in Wales bereits einen großen Beitrag zur Wirtschaft und Gesellschaft⁵⁶. In Audits der *UK Quality Assurance Agency* (Qualitätssicherungsagentur des Vereinigten Königreichs)⁵⁷, haben Bildungseinrichtungen des tertiären Sektors in Wales stetig Qualität in der Lehre und im Lernen bewiesen. Der *UK National Student Survey* (Nationale Studierendenstudie im Vereinigten Königreich)⁵⁸ legt den Schluss nahe, dass die Studierenden in Wales allgemein zufriedener mit ihren Kursen sind. Wales hat ebenfalls einen guten Ruf, was die Beteiligung Studierender mit nicht-traditionellen Hintergründen betrifft, inklusive Studierender aus Gebieten mit niedriger Beteiligungsrate, staatlichen Schulen, sowie Studierender mit Behinderungen.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Regionale Strategien und Politik ziehen die Tatsache in Betracht, dass die Breite und Tiefe des Einflusses der höheren Bildung auf das Leben weit über Einrichtungen der höheren Bildung und jene, die dort arbeiten, studieren und forschen hinausgeht: Gemeinschaften, Unternehmen, ArbeitgeberInnen und Regionen können durch ein effektives tertiäres Bildungssystem transformiert werden. Gleichzeitig ergänzt die Stärkung der tertiären Bildung die breitere, walisische Qualifikationsstrategie *Skills That Work for Wales* (Qualifikationen, die für Wales arbeiten/funktionieren), und andere Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, das Leben und die Ausbildung junger Menschen zu bereichern: das *14-19 framework* (Rahmenwerk für 14- bis 19-Jährige), die *Transformation agenda* (Agenda des Wandels)⁵⁹, und den Zugang der *Children and Young People's Partnership* (Kinder- und Jugendpartnerschaft)⁶⁰.

⁵⁴ siehe Fußnote 51.

⁵⁵ WAG – Welsh Assembly Government (2009), *For Our Future The 21st Century Higher Education Strategy and Plan for Wales*, <http://wales.gov.uk/docs/ocells/publications/091125hedocent.pdf>, [November 2010].

⁵⁶ National Assembly for Wales Enterprise and Learning Committee (2009), *The Economic Contribution of Higher Education in Wales*.

⁵⁷ www.qaa.ac.uk/, [November 2010].

⁵⁸ Higher Education Funding Council for Wales-HEFCW (2010), *Press release-Welsh Higher Education satisfies students (18/08/2010)*, www.hefcw.ac.uk/news/press_releases/press_releases.aspx, [November 2010].

⁵⁹ WAG – Welsh Assembly Government (2008), *Enterprise and Learning Committee: Inquiry into the Transformation Agenda*, <http://wales.gov.uk/publications/accessinfo/dnewhomepage/educationdrs2/2010/entleacom/?sessionid=RfDLJ5bnSgMG1xGj88TBbwyTJyz93fqhZNNzqZRkXQhvjDRlpm1-897520699?lang=cy>, [November 2010].

⁶⁰ WAG – Welsh Assembly Government (2000), *Children and Young People: A Framework for Partnership* <http://wales.gov.uk/topics/childrenyoungpeople/publications/childframeworkkpartnership?lang=en>, [November 2010].

Gleichzeitig folgt diese dem *Economic Renewal Programme* (Programm wirtschaftlicher Erneuerung) (2010) für Wales, und stimmt mit diesem überein. Die zwei Säulen der sozialen Gerechtigkeit und der Unterstützung einer lebendigen Wirtschaft bilden die Basis einer erneuerten Regionalpolitik der tertiären Bildung.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Es wird erwartet, dass sich der Umfang des Lernens schrittweise erweitert, unterstützt durch das *credit and qualifications framework* (Punkte- und Qualifikationsrahmen) für Wales (CQFW). Die Anrechnung früherer Lernerfahrungen und Lernens in mit Credits versehenen Modulen wird gemeinsam mit der Akzeptanz der geteilten Verantwortung für Investitionen zwischen Individuen, ArbeitgeberInnen und Regierung verbessert werden. Viel mehr Menschen werden Qualifikationen höherer Ebene erlangen können, indem sie Lernpfade folgen, die in Zusammenarbeit gestaltet und angeboten werden. Lernen am Arbeitsplatz wird durch eine Partnerschaft zwischen ArbeitgeberInnen und Anbietern betreffend die Gestaltung und Bereitstellung von Lernen und Qualifikationen inklusive der *Foundation Degrees*⁶¹ und maßgeschneiderter Lerngelegenheiten gestärkt werden. Es wird erwartet, dass tertiäre Bildung den Lernenden nicht nur akademisches Wissen, sondern auch Qualifikationen für ihre Beschäftigungsfähigkeit vermitteln wird, die es den AbsolventInnen erlauben, im Wettbewerb im zukünftigen wirtschaftlichen Umfeld erfolgreich zu bestehen. Diese Qualifikationen – unterstützt durch qualitativ hochwertige Praktika für Studierende – umfassen Teamfähigkeit, Kommunikation, Flexibilität, Innovativität und Fähigkeiten der MitarbeiterInnenführung. Das nationale System weiterführender und höherer Bildung für Wales wird sich weiter entwickeln: unterschiedliche Anbieter verfügen über unterschiedliche Stärken, müssen jedoch zusammenarbeiten, um einander zu ergänzen. Das Ziel ist die Schaffung eines kohärenten Anbietersystems, das sowohl Einrichtungen der Hochschulbildung als auch der weiterführenden Bildung umfasst, dessen Angebot durch Finanzierungsmethodologien unterstützt wird. Dies wird dazu beitragen, die insgesamt Qualität der weiterführenden und höheren Bildung zu stärken sowie Beteiligung, Entwicklung der Arbeitskräfte, Forschung und Innovation zu verbessern. Als Teil des regionalen Ziels erhöhter Diversität und Flexibilität in Programmgestaltung und -angebot können *Foundation Degrees* in Wales ab 2010 von Einrichtungen höherer und weiterführender Bildung angeboten werden. *Foundation Degrees* sind auf Beschäftigung ausgerichtet, und können es möglich machen, Qualifikationsdefizite der Ebenen 4 und 5 aufzuholen, wenn ArbeitgeberInnen diese als relevant ansehen. Als eine „Brücke“ zwischen traditioneller weiterführender und höherer Bildung bieten *Foundation Degrees* Lehrveranstaltungspunkte für Lernende, die ein *articulated*⁶² *degree programme* (eine Art flexibles Studium) anschließen möchten⁶³. Diese Initiative, die vom ESF mit £16 Millionen (ca. 19 Millionen Euro) unterstützt wird, wird Herangehensweisen einschließen, die Partnerschaften zwischen höherer Bildung, weiterführender Bildung und ArbeitgeberInnen auf regionaler und gesamtstaatlicher Ebene fördern.

Notwendige Bedingungen

Die aus dem kurzen Zeitraum hervorgehenden Daten zeigen ein angemessenes Wachstum bei den erreichten Qualifikationsniveaus in Wales. Diese Zahlen enthalten jedoch auch Herausforderungen, wenn man die Aktivität in wirtschaftlich schwächeren walisischen Gebieten, wie zum Beispiel in West-Wales und den Tälern, betrachtet (25,6). Die walisische Regierung ist sich der Verbindung zwischen Armut und dem erreichten Bildungsniveau bewusst. Um dieses Problem anzugehen, entstanden aus der Selbstverpflichtung der walisischen Regierung zur Bekämpfung der Kinderarmut einige erfolgreiche Bildungspolitikern und -Initiativen. Es wurde auch erkannt, dass junge Menschen, die nicht zur Schule gehen, die Schule schwänzen, mit niedrigem Grundqualifikationsniveau, niedrigem Basisqualifikationsniveau sowie ohne oder mit geringen Qualifikationen das größte Risiko haben, einen gewissen Zeitraum NEET zu sein, was sich negativ auswirkt. Dies legt den Schluss nahe, dass Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Lernumgebungen attraktiver zu gestalten, die Anwesenheitsrate zu erhöhen, Schreib- und Lese- sowie Rechenfähigkeit zu verbessern und das Erlangen von Qualifikationen zu fördern, wahrscheinlich die größten langfristigen Auswirkungen darauf haben werden, zu verhindern, dass junge Menschen in die Kategorie NEET fallen. Deshalb investiert die walisische Regierung massiv in Präventionsarbeit (wie die Programme *Flying Start* und *Foundation Phase*, unterstützt durch den *Parenting Action Plan* – Elternaktionsplan, die *RAISE*

⁶¹ WAG – Welsh Assembly Government (2010), *Foundation Degree Awarding Powers for Further Education Institutions in Wales*, <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/publications/guidance/foundationdegree/?skip=1&lang=en>, [November 2010].

⁶² Articulated – d. h. sie bieten eine Vielzahl an Möglichkeiten zur weiteren Qualifizierung.

⁶³ QAA-Quality Assurance Agency for Higher Education (2002), *Foundation Degree: qualification benchmark (final draft)*, www.qaa.ac.uk/reviews/foundationdegree/benchmark/foundation_statement.asp, [November 2010].

Initiative, die *National Basic Skills Strategy for Wales*⁶⁴ – nationale Basisqualifikationsstrategie für Wales, und die *Childcare Strategy for Wales*⁶⁵ – Kinderbetreuungsstrategie für Wales). Diese bilden ein umfassendes Angebot an Programmen, die dazu beitragen, die langfristigen Chancen für einige der Benachteiligtesten zu verbessern⁶⁶.

2.4. Jugendbeschäftigung

a. Basisindikatoren

Tab.11. Beschäftigungsraten der 15- bis 24-Jährigen, NUTS-II-Ebene

GEO	ZEIT	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Severozapaden		22,2	23,1	20,2	18,5	17,4	19,2	18,3	:	:	:
Syddanmark		63,2	64,8	64,4	:	:	:	:	:	:	:
Pais Vasco		26,9	31,8	32,2	33,0	33,2	30,0	30,3	29,8	30,5	28,2
Toscana		25,5	28,7	28,3	29,6	28,1	30,4	32,3	31,6	32,2	35,4
Steiermark		55,4	56,4	55,3	54,0	56,9	54,3	50,3	50,7	52,1	50,5
Västsverige		38,6	42,5	44,4	:	:	42,6	43,4	45,0	45,1	43,2
Wales		45,9	51,8	52,9	53,8	51,9	56,0	53,6	49,8	53,3	52,8

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat [lfst_r_lfe2emp] Letztes Update: 27.09.2010

Tab.12. Beschäftigung der 25- bis 34-Jährigen, NUTS-II-Ebene

GEO	ZEIT	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Severozapaden		69,5	73,0	74,0	68,1	61,5	61,6	60,0	:	:	:
Syddanmark		82,4	85,4	85,4	:	:	:	:	:	:	:
Pais Vasco		78,3	84,2	83,4	82,1	80,1	79,2	79,6	77,3	77,9	75,2
Toscana		76,9	78,0	78,3	78,6	77,3	79,0	75,7	75,0	75,6	74,0
Steiermark		84,3	84,2	82,4	81,6	82,6	84,0	83,4	83,7	82,4	82,4
Västsverige		80,5	85,1	84,3	:	:	80,5	82,2	81,7	83,3	79,1
Wales		79,0	79,9	79,7	78,5	79,7	77,6	78,9	76,1	75,4	77,5

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat [lfst_r_lfe2emp] Letztes Update: 27.09.2010

Als Beschäftigte wurden alle Personen im Alter von 15 Jahren oder darüber erfasst, die während der Referenzwoche zumindest eine Stunde mit Bezahlung oder Gewinn einer Arbeit nachgingen, oder temporär einer solchen Arbeit fern blieben. Mithelfende Familienangehörige wurden mitgezählt. Die Beschäftigungsrate stellt beschäftigte Menschen als Prozentsatz der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung dar.

Die Daten zur Jugendbeschäftigung sind das Ergebnis der Nachfrage nach Arbeit im regionalen Wirtschaftssystem und des Index der Übergangsrate junger Menschen ins Erwachsenenleben. Diese Daten sollten im Zusammenhang mit den Charakteristika des regionalen Wirtschaftssystems (die untersuchten regionalen Wirtschaften unterscheiden sich in der Bedeutung der Sektoren Industrie, Dienstleistungen, etc.) und im Kontext von Qualifikationen, Demografie und Beschäftigungsraten der Gesamtbevölkerung gelesen werden. Bei der Gegenüberstellung der beiden Tabellen lässt sich feststellen, dass die Wirtschaftskrise einen Rückgang der Jugendbeschäftigung in allen Regionen verursacht hat, obwohl sich die Dimensionen unterscheiden. Der Beschäftigungsrückgang variiert zwischen einem und sechs Prozent. Dieser Rückgang hat größere Auswirkungen in den Regionen, die generell niedrigere Jugendbeschäftigungsraten aufweisen. Was die jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren betrifft, so kann man die Regionen den Beschäftigungsraten nach in drei Gruppen einteilen:

- zwischen 22 und 27%;
- zwischen 38 und 45%;
- über 50%.

⁶⁴ WAG – Welsh Assembly Government (2001), *The National Basic Skills Strategy for Wales*, <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/publications/guidance/Nationalbasicskillsstrategywales?lang=en>, [November 2010].

⁶⁵ WAG – Welsh Assembly Government (2005), *The Childcare Strategy for Wales – Childcare is for Children*, <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/publications/guidance/Thechildcarestrategyforwales?lang=en>, [November 2010].

⁶⁶ Welsh Assembly Government (2008), *Delivering Skills that Work for Wales Reducing the proportion of young people not in education, employment or training in Wales*, <http://wales.gov.uk/about/cabinet/cabinetstatements/2008/skillsthatworkforwales?lang=en>, [November 2010].

Bei den jungen Menschen im Alter von 25 bis 34 lassen sich die Regionen in zwei Gruppen aufteilen, abhängig von der Höhe der Beschäftigungsrate:

- zwischen 69 und 79%;
- über 79%.

Wie man sehen kann, sind die Unterschiede beträchtlich. In manchen Fällen scheinen die Daten durch politische Beschäftigungs- und Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen beeinflusst zu werden.

Regionalpolitiken sind darauf ausgerichtet, wirtschaftliche Inaktivität zu senken, zunächst für junge Menschen, die auf der Suche nach Beschäftigung sind, und für jene die ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessern möchten. Dennoch, als Folge der Wirtschaftskrise und ihrer Auswirkung auf die Jugendbeschäftigung, wird die Aufmerksamkeit verstärkt auf junge Menschen gerichtet, welche die Suche nach Beschäftigung aufgeben und an keiner Aus- oder Weiterbildungsaktivität teilnehmen (NEET). Regionalregierungen wie jene in Wales haben spezielle Programme für diese Gruppe junger Menschen ins Leben gerufen.

Die verabschiedeten Maßnahmen sind auf zwei Hauptziele ausgerichtet: Unterstützung des Matching von Nachfrage nach und Angebot an Arbeit sowie Beschäftigung. Gleichzeitig werden angesichts des Risikos, dass qualifizierte junge Menschen keine angemessene Beschäftigung finden, Maßnahmen zur Förderung der Mobilität gesetzt.

Zusätzlich zur Stärkung der lokalen Beschäftigungsservices umfassen die getroffenen Maßnahmen insbesondere:

- Entwicklung der Lehre (Der *Berufsfindungsbegleiter* in der Steiermark stellt die Umsetzung einer hochwirksamen Politik dar, welche auf die Schaffung neuer Stellen für Lehrlinge ausgerichtet ist).
- Förderung gezielter Aus- und Weiterbildungskurse (u. a. das PLQ – *Principal Learning Qualifications model* (Grundlernqualifikationen-Modell) in Wales oder neuer Aus- und Weiterbildungspfade (u. a. *Yrkesvux* in Västra Götaland oder *IFTS* in der Toskana).
- Zusammenfassung von Unterstützung für Beschäftigung und Qualifikationen mit anderen Leistungen, insbesondere Gesundheit, Transport und Kinderbetreuung (Wales) auf strategischen und operationellen Ebenen.
- Finanzierung zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen (u. a. im Baskenland, wo verschiedene Arten der finanziellen Förderung für Einzelpersonen und Unternehmen geschaffen wurden):
 - Finanzhilfe für Menschen, die zu sozialen Gruppen gehören, die Schwierigkeiten haben, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden;
 - Finanzhilfe für die Erneuerung der Arbeitskräfte in gemeinnützigen Unternehmen;
 - Finanzhilfe für die Verteilung der Arbeitszeit;
 - Finanzhilfe für lokale Beschäftigungs- sowie Aus- und Weiterbildungsprojekte;
 - Maßnahmen zur Vereinbarung von Arbeit und Familienleben;
 - Maßnahmen zur Unterstützung von Beschäftigungs- und Unterstützungsverträgen.

b. Trendanalyse und Politikevaluation

SEVEROZAPADEN

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Die Hauptgründe für die relative hohe Jugendarbeitslosigkeit sind niedriges Bildungsniveau und Mangel an Arbeitsplätzen und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Mehrheit der beschäftigungslosen jungen Menschen. Die Beschäftigungslosigkeit für Frauen unter 29 Jahren ist hoch, da ArbeitgeberInnen nicht gewillt sind, junge Frauen einzustellen, da diese durch Mutterschaft und Kinderbetreuung für längere Zeiträume dem Arbeitsplatz fernbleiben könnten. Andere Gründe der Jugendarbeitslosigkeit in Vidin stehen in Verbindung mit der Diskrepanz zwischen der Anzahl von SchulabsolventInnen für bestimmte Fächer und der realen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, dem Mangel an Unterstützung und Tradition unternehmerischer Tätigkeit.

Auf Basis der Daten und Analysen der Beschäftigungsagentur lassen sich betreffend die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Vidin über die letzten Jahre folgende allgemeine Aussagen machen und Schlussfolgerungen ziehen:

- Der Arbeitsmarkt ist unausgeglichen – die Beschäftigungslosigkeit ist hoch, und es herrscht ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.
- Traditionell ist der Anteil der wenig qualifizierten und wenig gebildeten Beschäftigungslosen am höchsten, wenn man die Bildungsstruktur der Beschäftigungslosigkeit betrachtet.
- Die Mehrheit der AbsolventInnen bleibt permanent beschäftigungslos, da die Mobilität der Arbeitskräfte mit höherer Ausbildung (besonders in abgelegenen, ländlichen Gebieten) gering ist.

- Niedriges Bildungsniveau und Mangel an Qualifikationen beim Großteil der beschäftigungslosen jungen Menschen.
- Anforderungen der ArbeitgeberInnen bezüglich Berufserfahrung.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Die regionalen Arbeitsämter bieten Programme und Maßnahmen zur Erlangung von Wissen und Qualifikationen, die den Anforderungen der ArbeitgeberInnen entsprechen. Diese Programme und Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt und das Erlangen von Berufserfahrung zu erleichtern, indem sie subventionierte Beschäftigung und andere Lösungen anbieten. Im Jahr 2007 wurde das nationale Programm „*Start of the Career – Beginn der Karriere*“ ins Leben gerufen. Es richtete sich an junge Menschen unter 29 Jahren, die keine Berufserfahrung hatten und im vorangegangenen oder selben Jahr ihre Hochschulbildung abgeschlossen hatten. Die ArbeitgeberInnen sind: Ministerien, Ämter, regionale und gebietskörperschaftliche Verwaltung. Derzeit sind zwei von insgesamt 53 Arbeitsplätzen der Nordwestregion Severozapaden innerhalb dieses Programms in der regionalen Verwaltung in Vidin zu finden.

Eine weitere erfolgreiche, derzeit laufende, Maßnahme („*From school to the sector of tourism – Aus der Schule in den Tourismussektor*“) wurde im Juni 2010 ins Leben gerufen und ist darauf ausgerichtet, Bedingungen für die berufliche Entwicklung von Berufstätigen mit Schulabschluss zu schaffen, so dass diese als professionell ausgebildete Arbeitskräfte den wachsenden Bedarf des bulgarischen Tourismus decken, und so Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren und die Effizienz des Bildungssystem zu erhöhen. Es ist geplant, dass dieses Projekt ArbeitgeberInnen miteinbezieht und diese motiviert, 300 beschäftigungslosen jungen Menschen, die bei den Arbeitsämtern der Regionen *Dobrich, Varna, Ruse, Shumen, Vidin, Montana, Targovishte und Silistra* registriert sind, eine Lehrstelle anzubieten.

Jobmessen bleiben weiterhin eine erfolgreiche Form der Arbeitsvermittlung. Ein Beispiel für eine bewährte Herangehensweise – 38 ArbeitgeberInnen bewarben 136 offene Stellen auf der Jugendjobmesse in Vidin am 23. September 2010. BesitzerInnen und VertreterInnen von Firmen und Unternehmen des Bausektors, der Bereiche Kleidung, Lebensmittelverarbeitung, Landwirtschaft, Gesundheit und Dienstleistungen machten den beschäftigungslosen Jugendlichen der Region Vorschläge. Im Rahmen der Veranstaltung informierten ExpertInnen die Jugendlichen in Vidin über die Möglichkeiten, die das Europäische Netzwerk für Stellenangebote bietet.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Die nachhaltige Nutzung der Programme und Maßnahmen der nationalen Agentur für Beschäftigung und ihrer lokalen Zweigstellen sind darauf ausgerichtet:

- den Zugang junger Menschen zum Arbeitsmarkt zu verbessern.
- Unternehmens-Start-up-Anreize zu fördern.

SYDDANMARK

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Der wichtigste Faktor ist die Tatsache, dass die wirtschaftliche Wachstumsrate bis 2008 sehr hoch und somit die insgesamt Beschäftigungslosigkeit sehr gering war. Daher hatten 18- bis 25-Jährige mit Berufsausbildung (VET) und ungelernete Hilfskräfte keine Probleme, Beschäftigung zu finden.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Die Herausforderung betreffend ungelernete Hilfskräfte im Alter von 18 bis 24 Jahren ist extrem, da verlorene Arbeitsplätze für immer verloren sind. Das Wichtigste ist es, sicherzustellen, dass mehr Menschen eine Ausbildung der Sekundarstufe II oder eine Berufsbildung (VET) abschließen. Das UU-System, das Jugendpaket des nationalen Bildungsministeriums, wird sich wahrscheinlich positiv auswirken. Alle SchülerInnen ab dem siebten Jahr müssen einen so genannten „Bildungsplan“ haben (ein Plan, der entsprechend den Wünschen der jungen Menschen abgeändert werden kann). Dies ist ein Werkzeug, das im Rahmen des UU genutzt werden kann, um junge Menschen in Richtung der relevantesten Ausbildung zu lenken – nach Abschluss der Grundschulbildung.

PAÍS VASCO

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Die Erholung des Wirtschaftswachstums ab 1995 erlaubte es dem Baskenland, eine neue Phase des ununterbrochenen Beschäftigungswachstums gemeinsam mit einer schrittweisen Reduzierung der Beschäftigungslosigkeit zu beginnen, so dass die Beschäftigungsrate derzeit über dem EU-Durchschnitt

liegt, nah am Lissabon-Ziel für 2010. Im letzten Jahrzehnt stieg die Beschäftigungsrate der Bevölkerung im Alter von über 16 Jahren kontinuierlich an und erhöhte sich um mehr als zehn Prozent, von 40,2% im Jahr 1995 (dieselbe Beschäftigungsrate wie 1985) auf 51,7% im Jahr 2005.

Wie auch in der Europäischen Union war das Beschäftigungswachstum bei Frauen größer. Es sollte betont werden, dass die Beschäftigungsrate bei Frauen in der CAPV (Autonome Gemeinschaft Baskenland) weit in den letzten fünf Jahren über den EU-Durchschnitt hinaus angestiegen ist und sich somit ausgeglichenen Beschäftigungsraten zwischen Männern und Frauen angenähert hat. Der Beschäftigungsanteil, der am meisten wächst, ist – ebenfalls wie innerhalb der gesamten EU – jener der Arbeitskräfte zwischen 55 und 64 Jahren. Dieser signifikante Anstieg begann 2002, und es wird erwartet, dass er sich in den nächsten Jahren noch beschleunigt.

Die Jugendbeschäftigung steigt weniger stark. Die Probleme im Generationenverhältnis und der verspätete Einstieg in den Arbeitsmarkt haben dafür gesorgt, dass die Anzahl der arbeitenden Bevölkerung unter 25 Jahren in den letzten Jahren stark gesunken ist. In Europa insgesamt ist die Anzahl der jungen Erwerbstätigen ebenfalls gesunken, jedoch ist dieser Rückgang weniger abrupt.

Teilzeitarbeit, von manchen erwünscht, von anderen kritisiert, nimmt in der baskischen Arbeitswelt immer mehr zu. Der Anteil der Teilzeitarbeit stieg von 9.3% 2001 auf 13.7% 2006, liegt jedoch immer noch fünf Punkte unter dem EU-Durchschnitt. Von einem weiteren Anstieg in der Zukunft ist auszugehen. Obwohl die Teilzeitarbeit bewiesen hat, dass sie effektiv für quantitativen Fortschritt der Beschäftigung sorgen kann, muss sie ihren Wert im Aspekt des qualitativen Fortschritts erst beweisen. Deshalb ist es wichtig, dass die Wahl der Teilzeitarbeit auf eigenen Wunsch geschieht, und ihre Entwicklung den Arbeitskräften nicht durch den Bedarf der Arbeitswelt aufgezwungen wird.

Wirtschaften mit qualifizierteren Arbeitskräften haben einen nicht von der Hand zu weisenden Vorteil, wenn es um die Anpassung an neue Produktionsformen geht. Die Arbeitsbeteiligung qualifizierter Arbeitskräfte steigt immer weiter, während es immer weniger Raum für Menschen ohne Qualifikationen gibt. In der CAPV ist der Prozentsatz der Menschen mit Universitätsstudium hoch, wobei es hier wenig Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt. Dieser Überschuss an universitärer Ausbildung wurde im Baskenland auf Kosten der sekundären Ausbildungen erreicht⁶⁷.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Es wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Förderung von Stellenvermittlung verabschiedet, welche die Aktionen des Beschäftigungsplans 2003-2006 anführen und von den folgenden Interventionsprinzipien dieses Plans inspiriert wurden:

- Individualisierung der Beschäftigungspolitik.
- Jobberatung als Achse, um welche sich die Aktionen drehen.
- Einheitlicher Zugang zu Serviceleistungen.
- Integration der Maßnahmen.
- Priorisierung präventiver Maßnahmen.
- Anpassung an die Bedürfnisse der verschiedenen Gruppen und breiter Zugang, sodass es keine wie auch immer gearteten Barrieren gibt (körperliche, kommunikative, etc.), die jemanden daran hindern, die angebotenen Beschäftigungsressourcen unter Bedingungen der Chancengleichheit zu nutzen.
- Förderung der Bekämpfung von Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen.
- Anpassung an die lokale Umgebung.
- Koordinierung mit anderen öffentlichen AkteurlInnen und gemeinsam mit interinstitutionellen Bemühungen.
- Homogenität und Chancengleichheit bei der Entwicklung der Maßnahmen.
- Verbindung der Beschäftigungs- und Geschäftspolitik.
- Förderung stabiler, qualitativ hochwertiger Beschäftigung.

In diesem Rahmen wurden verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten für Individuen und Unternehmen geschaffen:

- Finanzhilfe für Menschen, die zu sozialen Gruppen gehören, die Schwierigkeiten haben, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden;
- Finanzhilfe für die Erneuerung der Arbeitskräfte in gemeinnützigen Unternehmen;
- Finanzhilfe für die Verteilung der Arbeitszeit;
- Finanzhilfe für lokale Beschäftigungs- sowie Aus- und Weiterbildungsprojekte;
- Maßnahmen zur Vereinbarung von Arbeit und Familienleben;
- Maßnahmen zur Unterstützung von Beschäftigungs- und Unterstützungsverträgen.

⁶⁷ Lanbide-Employment Service of the Autonomous Basque Community Government (2007), *Employment in Euskadi*, www.euskosare.org, [November 2010].

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Die in Umsetzung befindlichen Beschäftigungspolitiken wurden dem Baskenland kürzlich übertragen, sodass ab 2011 neue Ziele und neue Aktionslinien für diese Politiken definiert werden müssen.

TOSCANA

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Der Anstieg der Jahresanzahl, die durchschnittlich der Ausbildung gewidmet wird, kann zumindest teilweise den Charakteristiken des Arbeitsmarkts zugeschrieben werden, da höhere Qualifikationen für höhere Entlohnung und qualitativ bessere Beschäftigung sorgen. Insbesondere für Frauen kann ein höheres Bildungsniveau natürlich einen Vorteil gegenüber ihren Mitbewerberinnen schaffen, jedoch auch auf einem „schwachen Arbeitsmarkt“, auf dem, wenn das Angebot größer ist als die Nachfrage, Männer mit Schulabschluss im Vergleich zu ihren Mitbewerbern leichter einen Job finden.

Ein weiterer struktureller Defekt unseres Wirtschaftssystems ist die Trennung von Universitäten und Erwerbsswelt und der Mangel an Kommunikation zwischen den beiden Bereichen, der auch nach der kürzlich erfolgten Reform des universitären Systems bestehen bleibt und im so genannten Brain Drain sichtbar wird, also der Erreichung der eigenen beruflichen Ziele außerhalb der Region⁶⁸. Dieser Defekt hat jedoch auch zur Folge, dass AbsolventInnen die Suche im Ausland aufgeben und sich mit einer Beschäftigung und Rolle abfinden, die ihrem Studieniveau und ihrem Studienbereich nicht entspricht. Die Schwierigkeiten, die gebildete junge Menschen haben, eine Beschäftigung zu finden, die ihrem Bildungsweg entspricht, führen zu einem Ungleichgewicht zwischen Beschäftigungsangebot und -nachfrage, oder besser gesagt zu einer Kluft zwischen von Unternehmen geforderten Qualifikationen und jenen, über die junge Menschen verfügen.

Probleme mit unsicheren Verträgen sind in den letzten Jahren zu den allgemeinen Schwierigkeiten, Arbeit zu finden, hinzugekommen – aus denen Beschäftigungslosigkeit und Unterbeschäftigung entstehen – d. h. die Vertragslaufzeit, aber auch die Vertragsbedingungen, die oft einen Mangel an Schutz im Fall von Krankheit und Mutterschaft sowie sehr geringe Pensionsbeiträge aufweisen.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

IFTS (einjährige, höhere technische Ausbildung und Unterweisung), Aus- und Weiterbildungsmodule, Universitätskurse, die an den Arbeitsmarkt angepasst sind, Anreize für Firmen.

STEIERMARKE

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Was die Jugendbeschäftigung betrifft, so ist Österreich konstant eines der Länder mit den besten Ergebnissen in Europa. Der entsprechende Wert der Steiermark liegt derzeit um den österreichischen Durchschnitt. Von 2005 bis 2008 ging die Jugendarbeitslosigkeit von 6.162 auf 5.049 zurück⁶⁹. Ein spezieller Aspekt ist das Verhältnis von BewerberInnen für Lehrstellen im Alter von 15/16 Jahren zur Anzahl der angebotenen Lehrstellen in Unternehmen. Was diesen Wert betrifft, so war die Kluft zwischen der BewerberInnenzahl und der Lehrstellenanzahl bis Anfang 2000 in der Steiermark zwei bis drei Mal so hoch wie im österreichischen Durchschnitt. Dieses Verhältnis hat sich durch innovative Initiativen wie den *Berufsfindungsbegleiter* in den letzten Jahren in Richtung des österreichischen Durchschnitts normalisiert.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Haupteinflüsse bei dieser Entwicklung waren folgende:

- Regionale Initiativen für zusätzliches Aus- und Weiterbildungsangebot für junge Menschen, die keine Lehrstelle finden können.
- Besonders effektiv waren Maßnahmen und Projekte (*Berufsfindungsbegleiter*), die den Matching-Prozess in der Übergangsphase zwischen dem Grundbildungssystem und dem weiterführenden Aus- und Weiterbildungssystem – Schulen und Firmen – insbesondere dem dualen Ausbildungssystem der Lehre förderten und optimierten, sowie dabei Unternehmen und UnternehmerInnen stark mit einbezogen.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Auf Basis der Erfahrungen der letzten Jahre sollten für das neue Regierungsprogramm und den strategischen Plan für die nächste Fünf-Jahres-Periode Erfolgsfaktoren und -barrieren analysiert werden. Im Programm werden konkrete Schritte, Strategien und Leistungen zur Verbesserung der Jugendbeschäftigung

⁶⁸ Hauptsächlich in den nördlichen Regionen, jedoch auch im Ausland.

⁶⁹ Daten aus dem Arbeitsservice (AMS) der Steiermark.

beschrieben werden. Neue Initiativen wie „Green Jobs“, Produktionsschulen, etc. sollten sich in diesem Bereich zusätzlich positiv auswirken.

VÄSTSVRIGE

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Was die Wirtschaftsstruktur betrifft, so soll die Beschäftigung im Produktionssektor laut Voraussagen weiter sinken und somit ihrem langfristigen, negativen Trend folgen. Je nach Wirtschaftszyklen und -sektoren sind für Schweden allerdings große Unterschiede zu erwarten. Die Beschäftigung in der Baubranche stieg zum Beispiel mit dem Beginn des Wohnungsbaubooms im Jahr 2003, ging jedoch nach Beginn der Wirtschaftskrise ab Herbst 2008 schnell zurück. Langfristig gesehen wird erwartet, dass die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft bis 2020 um 50% sinken wird. Die Anzahl der Beschäftigten im privaten Dienstleistungssektor soll von 1,5 Millionen 2000 auf 1,7 Millionen im Jahr 2020 steigen. In den öffentlichen Sektoren Bildung, Gesundheit und Soziales (Kinderbetreuung, Schulen, Gesundheit und medizinische Versorgung, Betreuung von SeniorInnen, etc.), wird laut Voraussagen das Beschäftigungswachstum den Veränderungen der Nachfrage folgen. Insbesondere für die Betreuung älterer Menschen wird in den kommenden Jahren viel mehr Personal eingestellt werden müssen. Insgesamt sollen die Beschäftigungszahlen im öffentlichen Sektor zwischen 2000 und 2020 um 270.000 Menschen ansteigen. Dann werden 1,54 Millionen Menschen in diesem Sektor beschäftigt sein.

Der Arbeitsmarkt ist für Männer und Frauen unterschiedlich. Beispielsweise sind mehr als 31% der Frauen bei lokalen Gebietskörperschaften beschäftigt, welche die Verantwortung für das Angebot an Bildung, Sozialleistungen, SeniorInnenbetreuung, etc. haben, während in diesem Bereich nur 7.5% der Männer beschäftigt sind. Im Privatsektor arbeiten im Gegenzug mehr Männer als Frauen.

Ein vergleichsweise hoher Anteil der Menschen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren gehört zur erwerbstätigen Bevölkerung und geht einer Beschäftigung nach. Tatsächlich wies Schweden 2008 die dritthöchste Beschäftigungsrate in ganz Europa nach Dänemark und den Niederlanden auf, was größtenteils auf den hohen Frauenanteil der beschäftigten Bevölkerung zurückzuführen ist – nach Dänemark der höchste aller 27 Mitgliedsstaaten.

In vielen europäischen Ländern gibt es hohe Jugendarbeitslosigkeitsraten, doch Schweden liegt hier hinter vielen Mitgliedsstaaten. Die Regierung führte eine Reihe von Maßnahmen zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit ein. Die Reform wurde am 1. Januar 2009 umgesetzt.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Unter der Leitung des Ministeriums für Beschäftigung bietet das öffentliche Beschäftigungsservice grundlegende oder zusätzliche Berufsausbildung für beschäftigungslose Menschen, die auf der Suche nach einer neuen Stelle sind. Diese Bildungsleistungen werden von Subunternehmern wie Aus- und Weiterbildungsunternehmen, Gebietskörperschaften und Organisationen erbracht. Im Zeitraum 2008 bis 2010 erhöhte man so die durchschnittliche Anzahl der Plätze in der Arbeitsmarkt-Weiterbildung, die pro Monat in Anspruch genommen wurden, von 2.500 auf 8.100.

Allgemein gibt es zahlreiche Politiken, die junge Menschen und Erwachsene unterstützen, die sich weiter aus- oder weiterbilden lassen oder gerne eine Aus- oder Weiterbildung beginnen möchten: gebührenfreie Aus- und Weiterbildung, allgemeine Stipendien, Arbeitsmarktpolitik, etc. Aus einer Vergleichsperspektive heraus ließe sich sagen, dass kürzlich vorgenommene Reformen in Schweden sich besonders auf Berufsbildung für Erwachsene (VET) konzentrieren.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Das Land stellt zusätzliche öffentliche Gelder für Erwachsenenbildung zur Verfügung, die auf Berufsbildungsmaßnahmen ausgerichtet ist, um die Auswirkungen der Krise zu bekämpfen. Eine der hervorstechenderen Maßnahmen ist die Berufsbildung für Erwachsene (Yrkesvux). Man erwartet, dass diese Maßnahme sich in naher Zukunft positiv auf den nationalen und regionalen Arbeitsmarkt auswirken wird. In Västra Götaland sind regionale AkteureInnen dabei, viele neue Studienrichtungen zu planen, die für den regionalen Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung sind. Finanzierung durch den ESF ist ebenfalls von großer Wichtigkeit für die Erreichung ähnlicher Ziele. Hier sind einige Beispiele zu nennen, so auch die Maßnahme „Westwachstum“ (*Väst Kraft*), die von der Region Göteborg geleitet wird.

Weitere Maßnahmen für verbesserte Übereinstimmung zwischen dem Aus- und Weiterbildungsangebot und dem Bedarf des Arbeitsmarkts sind 'Teknikcollege' und 'Vård-och omsorgscollege', die alle Ebenen von Schulen der Sekundarstufe II bis zur höheren Berufsbildung in den Bereichen Technik und Gesundheitsversorgung abdecken. Das neue System der Lehre als Teil der Aus- und Weiterbildung der

Sekundarstufe II für junge Menschen und Erwachsene könnte die Beschäftigungsfähigkeit innerhalb der oben erwähnten Altersgruppen erhöhen.

WALES

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Um Beschäftigungstrends sicher zu identifizieren, wird empfohlen, die Zahlen folgendermaßen in Kontext zu setzen:

- Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung.
- Einteilung in Qualifikationsniveaus.
- Vergleich mit Beschäftigungs- und Qualifikationsniveaus älterer Erwerbstätiger.
- Analyse der Beschäftigungsraten nach Alter, Qualifikationsniveau und Beschäftigungssektor.

Jedoch können einige eingeschränkte Beobachtungen folgendermaßen beschrieben werden. Während im untersuchten Zeitraum ein stetiger und nachhaltiger Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit feststellbar ist, kam es zu einem Abfall bei den Zahlen 2002 und 2005 bei der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen, und 2004 und 2006 bei der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen. Ein weiterer leichter Abfall ließ sich 2008 bei der jüngeren Gruppe beobachten; bei der älteren Gruppe stieg jedoch im selben Jahr die Beschäftigungsrate an. Ohne den Kontext der Qualifikationen, Demografie und der Beschäftigungsrate der Gesamtbevölkerung ist es unmöglich, Ursache und Wirkung verlässlich zu bestimmen.

Für die Zukunft wird erwartet, dass aufgrund des Drucks der Wirtschaftskrise ab 2008 zusätzlicher Druck auf die Jugendbeschäftigungszahlen zum Tragen kommt. Im Zusammenhang mit Qualifikationen und Beschäftigung stellt der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit die Regierung vor die Herausforderung, die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen, die von dieser Entwicklung betroffen sind, zu stärken.

*Delivering Skills That Work for Wales: A Labour Market Framework*⁷⁰ (Anbieten von Qualifikationen, die für Wales arbeiten/funktionieren: Ein Arbeitsmarkt-Rahmenwerk) ist ein gemeinsames Projekt der walisischen Regierung und der Abteilung für Arbeit und Pensionen des Vereinigten Königreichs (*UK Department for Work and Pensions*), da die Entwicklung der Arbeitskräfte in die Zuständigkeit der regionalen Regierung fällt, während die Beschäftigungspolitik nicht dezentral geregelt ist, also in der Zuständigkeit der Mitgliedsstaatsregierung verbleibt. Beide Regierungsabteilungen teilen jedoch den Ehrgeiz, die Beschäftigungsmöglichkeiten in Wales zu verbessern und Beschäftigungs-, Qualifikations- und andere Programme besser zu verbinden. Das Rahmenwerk beschreibt die Kernprinzipien der Vorgehensweise zur Zielerreichung und konzentriert sich auf die folgenden Hauptschlussfolgerungen:

- Die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf allen Ebenen, jedoch besonders mit besserer Entlohnung;
- Wirtschaftliche Inaktivität bleibt ein wichtiges Problem – weitere Bemühungen sind notwendig, um einen umfassenden Ansatz zu entwickeln, der bewährte Verfahrensweisen nutzt, die Bedürfnisse der lokalen Arbeitsmärkte erkennt, und Individuen und ArbeitgeberInnen ein kohärentes Service bietet, das ihren individuellen Bedürfnissen entspricht und nachhaltige Beschäftigung erreicht;
- Fortsetzen der Bemühungen zur Steigerung des Qualifikationsniveaus, besonders auf der Ebene geringerer Qualifikationen, um die Verbesserung der Beschäftigungsraten und Einkommen zu fördern;
- Die Verknüpfung von Unterstützung für Beschäftigung und Qualifikationen auf strategischen und operationellen Ebenen mit anderen Leistungen, besonders Gesundheit, Transport und Kinderbetreuung; und
- Die Verbindung von Aktivitäten, um Hauptversorgungsengpässe anzugehen, das Gelernte anzuwenden, das Angebot für Einzelne und ArbeitgeberInnen zu verbessern und es, wo möglich, zu vereinfachen.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

*Principal Learning Qualifications*⁷¹ (Hauptlernqualifikationen) bieten eine Einführung in verschiedene Arbeitsbereiche, und ermöglichen das Lernen durch eine Kombination von theoretischen, praktischen und berufsbezogenen Aktivitäten. Lernende werden mit sektorenspezifischem Wissen, praktischen und übertragbaren

Qualifikationen ausgestattet, die in der Wirtschaft, Aus- und Weiterbildung, sowie in weiterführender und höherer Bildung verlangt werden.

Diese Qualifikationen werden nun als Optionen des *Welsh Baccalaureate* (walisisches Bakkalaureat) angeboten. Sie sind in 14 verschiedenen Schwerpunktrichtungen verfügbar und müssen mit der *Project*

⁷⁰ WAG – Welsh Assembly Government (2010), *Delivering Skills That Work for Wales: A Labour Market Framework*, <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/publications/guidance/labourmarketframework/?lang=en>, [November 2010].

⁷¹ Careers Wales, www.careerswales.com/year9/server.php?show=nav.5681, [November 2010].

Qualifikation (Projektqualifikation) einhergehen⁷². Zumindest die Hälfte der Zeit der Lernenden muss für die Anwendung von Wissen und Fähigkeiten bei Aufgaben verwendet werden, die mit der Arbeit in diesem Sektor zu tun haben (angewandtes Lernen). Principal Learning Qualifications werden in drei Stufen angeboten und bieten die Gelegenheit, mit ArbeitgeberInnen zu arbeiten, wodurch die Lernerfahrung realistischer und praktischer wird. Unternehmen können sich auf verschiedene Arten und Weisen einbringen, zum Beispiel durch:

- das Angebot, Berufserfahrung zu erlangen.
- das Festlegen von Gestaltungsprojekten.
- Präsentationen für SchülerInnen.
- die Übernahme einer MentorInnenrolle.
- das Veranstellen von Unternehmensführungen.
- Beitragen zu Lernmaterialien.

Eine Reihe von Maßnahmen zielt darauf ab, die Basis- oder essentiellen Qualifikationen erwerbstätiger Erwachsener zu verbessern. Das Ziel ist ein ergänzendes Angebot, das einen Mehrwert schafft, Lücken schließt, und Redundanzen vermeidet. Maßnahmen erstrecken sich über den Fokus auf Gruppen mit besonderen Bedürfnissen durch maßgeschneiderte Maßnahmen (durch ESF-finanzierte Projekte) zur Kooperation des *Job Centre Plus* in Wales mit *Basic Skills Cymru*, um Beschäftigungssuchende mit Bedarf an Basisqualifikationen zu unterstützen. *Reducing the proportion of young people not in education, employment or training (NEET) in Wales*⁷³ (Reduzierung des Anteils junger Menschen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Fortbildung befinden) ist ein Themenpapier mit einem dazugehörigen Aktionsplan, das die zukünftige Agenda für junge Menschen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Fortbildung befinden (NEET) festlegt. Es ist Teil einer ganzen Serie von Papieren, die sich mit in *Skills that Work for Wales* (Qualifikationen, die für Wales arbeiten/funktionieren) definierten Qualifikationsproblemen befassen. NEET ist eine komplexe Frage, daher nimmt auch Unterstützung in diesem Bereich viele verschiedene Formen an, von Wegweiserservice und Beratung, zu praktischem Lernen, Lernen am Arbeitsplatz, und Unterstützung bei der Beschäftigungssuche. Leistungen beinhalten das Angebot von umfassender Beratung zum Ausbildungs- und Berufsweg, Informationen und Rat für Menschen aller Altersgruppen betreffend Ausbildung und Beruf durch *Careers Wales* (www.careerswales.com). Maßgeschneiderte Services für junge Beschäftigungslose und junge Menschen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Fortbildung befinden (not in employment, education or training – NEET), werden über den Kern-Vertrag finanziert und umfassen:

- **Education Gateway Services** – ein Mentoring-Programm für junge Menschen unter 16, die nicht zur Schule gehen oder Gefahr laufen, nicht mehr zur Schule zu gehen.
- **Careers Guidance Services** (Beratungsservice für den Ausbildungs- und Berufsweg)
- **Referral and Placing Services/Government Youth Guarantee** (Vermittlungsservice/Garantie der Regierung für junge Menschen).
- **Youth Gateway** bietet zusätzliche Unterstützung für junge Menschen die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Fortbildung befinden (NEET), durch ein Programm mit Einstiegs-Bewertung, Motivation und laufender Unterstützung durch MentorInnen. Im Zeitraum 2008/09 lag der Anteil der KlientInnen, die innerhalb von vier Monaten nach dem Leistungsbeginn von Youth Gateway positive Auswirkungen verzeichnen konnten, bei 85%. (2007 lag dieser Wert bei 79% und 2008 bei 83%).

Eine wichtige Entwicklung stellt das Programm RAISE dar (*Raise Attainment and Individual Standards in Education – Steigerung der erbrachten Leistung und der individuellen Standards in der Bildung*)⁷⁴.

Über einen Drei-Jahres-Zeitraum von 2006 bis 2009, stellte die walisische Regierung jährlich Mittel von 16,25 Millionen britischer Pfund (ca. 18,7 Millionen Euro) zur Verfügung, von denen der Großteil direkt an Schulen ausgezahlt wurde, an denen 20% oder mehr der SchülerInnen ein Recht auf kostenlose Schulmahlzeiten hatten, solange 50 oder mehr SchülerInnen im gesetzlichen Schulalter diese Schule besuchten.

Im Jahr 2009 wurden die RAISE-Mittel der walisischen Regierung auf ungefähr 7 Millionen Euro reduziert, und es wurde eine andere Herangehensweise gewählt.

Aus mehreren Schulen bestehende Gruppen suchten gemeinsam mit der jeweiligen lokalen Behörde/ den jeweiligen lokalen Behörden um Finanzierung von Projekten an, die sich mit Schlüsselangelegenheiten aus

⁷² Careers Wales, www.careerswales.com/year9/server.php?show=nav.5680, [November 2010].

⁷³ WAG – Welsh Assembly Government (2009), *Reducing the proportion of young people not in education, employment or training (NEET) in Wales*, <http://wales.gov.uk/topics/childrenyoungpeople/publications/reducingneets/?lang=en>, [November 2010].

⁷⁴ Estyn – Her Majesty's Inspectorate for Education and Training in Wales (2007), *The Impact of RAISE funding. An interim report*, www.estyn.gov.uk/publications/The_impact_of_RAISE_funding_an_interim_report_July_2007.pdf, and Estyn (2008), *The Impact of RAISE-Evaluation of the impact of RAISE funding on schools'effectiveness in tackling the link between socio-economic disadvantage and underachievement. An interim report after the first 18 months*, www.estyn.gov.uk/publications/the_impact_of_raise.pdf, and Estyn (2009), *The Impact of RAISE 2008-2009. Evaluation of the impact of RAISE funding on raising the levels of performance of disadvantaged pupils*, www.estyn.gov.uk/thematicreports/impact_of_RAISE_2008-2009.pdf, [November 2010].

der Frühevaluierung des Programms RAISE befassen. Mit Hilfe von RAISE gelang es, einige der negative Auswirkungen der Armut auf SchülerInnen abzuschwächen, besonders mit Hilfe der Aktivitäten, die sich auf andere Schulen übertragen lassen, mit dem Schwerpunkt starker Führung für Lehrende und außerlehrplanmäßigen Aktivitäten für SchülerInnen⁷⁵.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

*Economic Renewal: a new direction*⁷⁶ (Wirtschaftliche Erneuerung: eine neue Richtung) beschreibt die Rolle, welche das Welsh Assembly Government (walisische Regierung) als regionale, dezentrale Regierung bei der Schaffung von Bedingungen spielen kann, die es dem privaten Sektor erlauben zu wachsen, mit dem Ziel, Wales zu „*einem der besten Orte der Welt, an dem man leben und arbeiten kann*“ zu machen.

Diese neue Herangehensweise bedeutet eine klar definierte Rolle für eine regionale Regierung. In ihr wird anerkannt, dass ein ganzheitlicher Zugang seitens der Regierung erforderlich ist, um die Wirkung fortschrittlicher Politiken zu maximieren. Das Ziel ist es, Unternehmertum anzuregen anstatt einzelne Unternehmen direkt zu unterstützen. Diese neue Herangehensweise baut auf folgenden fünf Prioritäten auf:

- Investition in qualitativ hochwertige und nachhaltige Infrastruktur.
- Wales zu einem attraktiveren Geschäftsstandort zu machen.
- Verbreiterung und Vertiefung der Qualifikationsbasis.
- Anreize zur Innovation.
- Ausrichtung der Unternehmensunterstützung auf spezifische Ziele.

2.5. Beteiligung am Lebenslangen Lernen

a. Basisindikatoren

Der Anteil von Menschen im Alter von 25 bis 64 Jahren, die in den vier Wochen vor der Arbeitskräfteumfrage an einer Form des lebenslangen Lernens teilgenommen haben.

„Lebenslanges Lernen“ beschreibt alle Lernaktivitäten, die im Laufe des Lebens unternommen werden, mit dem Ziel der Erweiterung von Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen im Rahmen einer persönlichen, staatsbürgerlichen, sozialen und/oder beschäftigungsbezogenen Perspektive“.

Die europäische Benchmark 2020 liegt bei 15%.

Tab.13. Lebenslanges Lernen – Beteiligung Erwachsener im Alter von 25 bis 64 Jahren an Aus- und Weiterbildung, auf NUTS-II-Ebene (1000)

13.1. LLL: Beteiligung am Lebenslangen Lernen

GEO	ZEIT	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Severozapaden		2.5	1.5	2.5	2.4	2.4	3.6	:	:	:
Syddanmark		179.1	172.4	:	:	:	:	:	:	:
Pais Vasco		170.3	166.9	155.6	157.1	80.5	75.4	73.6	58.4	52.5
Toscana		139.0	129.4	141.9	137.6	124.6	107.3	97.2	100.2	77.6
Steiermark		77.1	82.1	83.1	80.3	76.1	48.0	9.0	9.9	21.9
Västsverige		234.8	184.3	183.8	195.9	278.3	256.2	151.9	140.5	178.2
Wales		292.5	281.5	277.4	285.3	220.1	297.9	281.1	248.2	244.7

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat [lfst_r_lfsd2p11] Letztes Update: 27.09.2010

⁷⁵ Estyn (2010), *Tackling child poverty and disadvantage in schools*, www.estyn.gov.uk/ThematicReports/Tackling_child_poverty_and_disadvantage_in_schools_January_2010.pdf, [November 2010].

⁷⁶ siehe auch Kapitel 2.1. dieses Berichts (*Bildungsbeteiligung*).

13.2. Beteiligung Erwachsener im Alter von 25 bis 64 Jahren an Aus- und Weiterbildung auf NUTS-I und -II-Ebene (1000) (rom 2008) [trng_lfse_04]

ZEIT	2009	2008	BMK 2020 15%
GEO			
Severozapaden	: (u)	: (u)	
Syddanmark	29.3	28.3	
Pais Vasco	13.3	13.5	
Toscana	6.8	6.8	
Steiermark	13.5	11.7	
Västsverige	24.9 (p)	24.5 (b)	
Wales	19.0	19.2	

u: nicht verlässliche Daten;

b: nicht vergleichbare statistische Zugänge

p: vorläufiger Wert

Quelle: Eurostat [trng_lfse_04] Letztes Update: 16.09.2010

13.3. LLL: Keine Beteiligung am Lebenslangen Lernen (1000)

ZEIT	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
GEO									
Severozapaden	486.3	487.7	494.4	516.1	525.2	528.6	:	:	:
Syddanmark	453.1	460.1	:	:	:	:	:	:	:
Pais Vasco	1,091.0	1,093.0	1,095.8	1,084.3	1,149.4	1,142.7	1,132.4	1,132.9	1,125.2
Toscana	1,896.4	1,896.3	1,873.2	1,852.9	1,860.7	1,895.6	1,906.5	1,897.7	1,413.3
Steiermark	583.3	575.6	573.4	576.3	578.9	608.9	152.3	154.7	305.7
Västsverige	721.7	752.1	771.0	733.0	580.1	541.4	706.9	705.4	610.1
Wales	1,229.1	1,229.4	823.4	799.3	801.2	957.3	1,145.5	1,182.1	1,184.0

: nicht verfügbar

Quelle: Eurostat Letztes Update: 27.09.2010

Die Daten zur Beteiligung am Lebenslangen Lernen betonen die großen Unterschiede zwischen den Regionen in Anbetracht aller bisher berücksichtigten Indikatoren. Hier liegt der beste Wert bei 30%, der schlechteste bei 7%.

Die Beteiligungszahlen weisen einen beträchtlichen Anstieg in den ersten Jahren des Jahrzehnts auf, der sich jedoch nach 2005 spürbar abschwächt.

Ein entgegengesetzter Trend lässt sich bei den Zahlen zur Nicht-Beteiligung feststellen, die nach einem Rückgang in den ersten Jahren des Jahrzehnts ab 2005 wieder ansteigen. Trotz der Unterschiede lässt sich eine Gemeinsamkeit feststellen, welche die verschiedenen Regionen verbindet, nämlich die hohe Anzahl der Menschen, die nicht am lebenslangen Lernen beteiligt sind, bis zu zwei Millionen, wobei die besten Regionen zusammen genommen ungefähr eine halbe Million Menschen in dieser Kategorie aufweisen. Dies ist das Ergebnis am Ende eines Jahrzehnts, in welchem alle Länder sich dazu verpflichtet hatten, nationale Strategien und Aktionspläne auszuarbeiten, sowie beträchtliche öffentliche, europäische und nationale Ressourcen genutzt wurden.

Der Trend in Richtung Stagnation bedeutet jedoch je nach Beteiligungsniveau Unterschiedliches. Hier können wir differenzieren zwischen Regionen, die Erhaltungs- und Verbesserungspolitiken verabschieden, und solchen, die sich zu Entwicklungspolitiken verpflichtet haben (jene mit Beteiligungswerten, die unter der europäischen Benchmark für 2020 liegen).

Im ersten Fall werden neue Politiken in Kontexten umgesetzt, in denen es bereits Unternehmen gibt, die dazu geneigt sind, in lebenslanges Lernen der MitarbeiterInnen zu investieren, und in denen bereits aktive, auf Aus- und Weiterbildung basierte Arbeitsmarktpolitiken sowie strukturierte, lokal basierte und flexible Erwachsenenbildungssysteme existieren. In diesen Regionen sind die Politiken darauf ausgerichtet, Synergien mit Arbeitspolitiken und regionalen Entwicklungsplänen zu stärken (Süddänemark und Västra Götaland). Im *Wales Regional Government Workforce Development Programme* (WDP – Regionalregierungsprogramm zur Entwicklung der Arbeitskräfte) liegt der Schwerpunkt auf der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt – d. h. auf der Miteinbeziehung von ArbeitgeberInnen und ihrer Unterstützung bei der Entwicklung ihrer Arbeitskräfte. WPD-Unterstützung beinhaltet:

- Rat, Beratung und Information zur Heranbildung der Arbeitskräfte.
- Zugang zu einer Reihe von Programmen, Initiativen und Services zu gängiger Qualifikation sowie Aus- und Weiterbildung.
- Finanzierung nach Ermessen zur Unterstützung der Umsetzung von Aus- und Weiterbildung, die in gängigen Programmen schwierig zu Erlangen ist.

Im zweiten Fall übernehmen regionale Regierungen oft gewisse Funktionen, um Mängel in nationalen Politiken auszugleichen, und führen innovative Maßnahmen ein, die beträchtliche Ergebnisse garantierten (siehe beispielsweise Toskana und die dortige Nutzung des Europäischen Sozialfonds). In diese Gruppe fallen auch organische Interventionen – Maßnahmen der Gesetzgebung –, die sich mit mehreren Schwerpunktpolitiken befassen, wie der Anerkennung beruflicher Qualifikationen, die durch Berufserfahrung oder nicht-formale Aus- und Weiterbildungswege erworben wurden, lebenslanger Information und Beratung sowie der Förderung von lokalen Partnerschaftsnetzwerken verschiedener AkteureInnen (siehe insbesondere Baskenland und Steiermark).

b. Trendanalyse und Politikevaluation

SEVEROZAPADEN

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Die soziale und wirtschaftliche Situation in Bulgarien im letzten Jahrzehnt ist durch eine Destabilisierung des Arbeitsmarkts, einen Anstieg der Beschäftigungslosigkeit, besonders in gewissen Regionen des Landes, den Rückgang einiger Berufe und einen beträchtlichen Anstieg der Anforderungen an das Bildungs- und Qualifikationsniveau der ArbeitnehmerInnen gekennzeichnet. Daraus entsteht die prioritäre Aufgabe der Reform des Erwachsenenbildungssystems, die mit beträchtlichen Veränderungen in diesem Bereich einhergehen muss.

Außerhalb des Erwachsenenbildungssystems wurden Systeme für die Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen in verschiedenen Wirtschaftszweigen geschaffen. Sie umfassen die verschiedenen Berufsgruppen und sind auf die Verbesserung und Entwicklung im jeweiligen Berufsfeld ausgerichtet.

Die folgenden strategischen Dokumente wurden unter Einhaltung des Europäischen Qualifikationsrahmens für Lebenslanges Lernen verabschiedet:

- Nationale Strategie des Lebenslangen Lernens (2008-2013).
- Nationale Strategie für fortlaufende Berufsbildung (2005-2010).
- Aktualisierte Beschäftigungsstrategie für die Republik Bulgarien (2008-2015).

Um die strategische Priorität der „Verbreiterung des Zugangs zu lebenslangem Lernen“ der Regierung umzusetzen, wurde ein Aktionsplan 2010-2011 zur praktischen Umsetzung der nationalen Strategie des lebenslangen Lernens entworfen. In diesem werden die folgenden Maßnahmen vorgestellt:

- Einführung einer verpflichtenden, zweijährigen frühkindlichen Erziehung;
- Entwicklung eines Studien- und Voraussagensystems betreffend die Nachfrage nach Arbeitskräften mit bestimmten Qualifikationen.
- Entwicklung eines öffentlich-privaten Partnerschaftsmodells im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung.
- Entwicklung eines Anrechnungssystems für die Ergebnisse nicht-formaler Weiterbildung und informellen Lernens.

Auf lokaler Ebene sind die Agenturen für Arbeit für Weiterbildung für Erwachsene und berufliche Weiterbildung zuständig. In den letzten Jahren hat man dort begonnen, sich auf individuelle Leistungen für Beschäftigungslose und die Erleichterung der Integration in den Arbeitsmarkt zu konzentrieren. Dies umfasst Jobvermittlungsleistungen, Information, Beratung und Berufsorientierung für Einzelpersonen, mit dem Ziel, das beste Beschäftigungsprogramm zu finden und Weiterbildung auf dem Arbeitsmarkt anzubieten.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Das operationelle Programm für die Entwicklung des Humankapitals (2007-2013), mitfinanziert durch den ESF und das staatliche Budget, bietet Möglichkeiten zur Weiterbildung für Erwachsene – Kurse zum Erlernen von Lesen und Schreiben, zur Erlangung von Schlüsselkompetenzen und beruflicher Qualifikation. Das Programm trägt dazu bei, die Beschäftigungsrate zu erhöhen, indem es flexiblere Beschäftigungsmöglichkeiten anbietet; Unternehmertum fördert; soziale und wirtschaftliche Integration für benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt bietet (niedriges Bildungsniveau, Roma, Langzeitbeschäftigungslose, etc.)

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Positive Auswirkungen werden sowohl die Umsetzung der Maßnahmen des oben genannten Aktionsplans 2010-2011, der die Strategie des Lebenslangen Lernens umsetzen wird, als auch die folgenden Maßnahmen zur Verbesserung des Indikatorwerts haben:

- Förderung und Entwicklung nicht-formalen und formalen lebenslangen Lernens.
- Herstellung und Erhaltung der Qualität des nicht-formalen und formalen lebenslangen Lernens.
- Einführung von Bildungsschecks für Menschen mit und ohne Beschäftigung zur Erweiterung ihrer beruflichen Qualifikationen.
- Erweitern der Möglichkeit des Lernens in Clubs, Bibliotheken, Gemeinschaftszentren, Jugendinformationszentren, sowie in regionalen und lokalen öffentlichen Zentren.
- Entwicklungen unterschiedlicher Formen des Lernens – Fernstudien, E-Learning, kombiniertes Lernen.

Notwendige Bedingungen

Eines der spezifischen Ziele der regionalen Entwicklungsstrategie Vidins ist die: „Verbesserung der Qualität des Humankapitals und der öffentlichen Leistungen. Anregung zum lebenslangen Lernens“. In der Strategie steht auch: „Die Förderung des lebenslangen Lernens wird zur Schaffung eines Systems für berufliche Orientierung und Karriereentwicklung, und zur Entwicklung beruflicher Aus- und Weiterbildung führen“. Hierin besteht eine Chance auf Verbesserung der Basiskompetenzen von Erwachsenen und jungen Menschen, die aus dem Bildungsprozess ausgestiegen sind, und zwar durch die Entwicklung von Möglichkeiten des Fernstudiums.

Die Verbesserung des Humankapitals ist eine Voraussetzung, um Investitionen anzuregen und einen Mehrwert für die Wirtschaft zu schaffen. Die staatlichen und lokalen Behörden spielen eine wichtige Rolle für die Schaffung einer attraktiven Umgebung für die Entwicklung der Wirtschaft und der öffentlichen Leistungen. Aktivitäten, die zur Verbesserung des Humankapitals dienen, werden unterstützt werden. Es sollte erwähnt werden, dass ein großer Teil der regionalen Arbeitsplätze für niedrig qualifizierte ArbeitnehmerInnen gedacht ist und daher eine sehr niedrige Produktivität aufweist. In diesem Kontext können niedrig qualifizierte ArbeitnehmerInnen sehr leicht ihren Job verlieren, ihr niedriges Qualifikationsniveau wird für sie jedoch ein Hindernis auf dem neuen, durch hohe Anforderungen gekennzeichneten Arbeitsmarkt darstellen. Operationelle Programme wie *Human Resources* (Humanressourcen) und *Administrative Capacity* (Verwaltungskapazität) bieten jedoch exzellente Bedingungen für die Verbesserung der Qualität des Humankapitals und der öffentlichen Dienstleistungen.

SYDDANMARK

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Der Umstand, dass Unternehmen, anstatt ihre ArbeitnehmerInnen zu entlassen, diese auf kostenlose, 14-wöchige Weiterbildung schicken können, war in den letzten zwei Jahren sehr vorteilhaft.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Es ist wichtig, dass zukünftig mehr Menschen das Angebot des lebenslangen Lernens nutzen, da viele Arbeitsplätze für ungelernete Hilfskräfte in der Industrie nach Osteuropa und Asien verlagert wurden. Die dänische Regierung verfügt über besondere Gelder, um welche die Gebietskörperschaften im Falle eines plötzlichen Verlusts einer großen Zahl an Arbeitsplätzen in ihrem Zuständigkeitsgebiet ansuchen können. Diese Gelder sind dafür bestimmt, den Beschäftigungslosen sofortige Bildungsmaßnahmen zu bieten.

Die Struktur des Erwachsenenbildungssystems, die Feststellung von Qualifikationen aus früheren Lernerfahrungen, etc. ist ein wichtiger Faktor im dänischen System des lebenslangen Lernens.

Das dänische Bildungssystem des lebenslangen Lernens ist sehr flexibel, breit angelegt und gut koordiniert. In Dänemark gibt es das so genannte AMU-System (*Arbejdsmarkedssuddannelser*, Arbeitsmarktbildung). Dieses System wird durch eine spezielle Steuer, genannt „Arbeitsmarktbeitrag“, finanziert. AMU-Kurse sind deshalb fast kostenfrei – oft müssen die ArbeitnehmerInnen und/oder die ArbeitgeberInnen eine geringe Gebühr bezahlen.

Wer an einem Kurs teilnimmt und so im betroffenen Zeitraum nicht arbeiten kann, hat oft Anspruch auf SVU (*Statens Voksenuddannelsesstøtte*, staatliche Bildungsstipendien für Erwachsene).

In Süddänemark existiert die Basis für eine kontinuierlich hohe Beteiligung am Lebenslangen Lernen bereits. Die Beteiligung am lebenslangen Lernen wird 2011 aufgrund der Wirtschaftskrise wahrscheinlich sehr hoch sein.

PAÍS VASCO

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Wie im vorherigen Abschnitt gezeigt, nahm einerseits die Bevölkerung der über 30-Jährigen im Zeitraum 2003–2008 um etwas mehr als 105.000 Menschen, also 7.3% zu. Ein weiterer Einflussfaktor ist der Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, der in einer wachsenden Zunahme der Zahl ausländischer

Lernender in Erwachsenenbildungszentren sichtbar wird. Von 2003/2004 bis 2009/2010 stieg die Anzahl dieser Lernenden von 3.078 auf 7.300 (+137%).

Andererseits erhöhte sich das Qualifikationsniveau der Über-60-Jährigen im Baskenland im Zeitraum 2001-2006, sodass der Anteil der Menschen mit Ausbildung der Sekundarstufe um 75% und jener mit tertiärer Ausbildung um 34,52% gestiegen ist. Diese hoch qualifizierten Menschen möchten, wenn sie in Rente gehen, ihre Weiterbildungsprozesse fortsetzen, durch Studien an der *Mature University* (Universität für Ältere), an *Experience Schools* („Erfahrungsschulen“), etc.

Das Qualifikationsniveau der erwerbstätigen Bevölkerung stieg ebenfalls an, was dem *Active Population Qualification Survey 2007* (Studie über die Qualifikationen der erwerbstätigen Bevölkerung) zu entnehmen ist, der von der baskischen Regierungsabteilung für Beschäftigung und Soziales durchgeführt wurde: „Die kürzliche Entwicklung zeigt einen Trend in Richtung höherer Qualifikation der erwerbstätigen baskischen Bevölkerung. Im Zeitraum 1995 bis 2007 erhöhte sich der Bevölkerungsanteil mit sekundärer und tertiärer Ausbildung jeweils beträchtlich, um 33,1% bzw. 60,2%.“ (*Gobierno Vasco-Departamento de Justicia, Empleo y Seguridad Social-Dirección de Estudios y Régimen Jurídico*, 2007:7)⁷⁷.

Diese höher qualifizierte erwerbstätige Bevölkerung ist offener für kontinuierliche Weiterbildung und verlangt mehr Weiterbildungsmöglichkeiten, um ihre berufsbezogenen Qualifikationen auf den neuesten Stand zu bringen und zu verbessern, was aus der Studie *Lifelong Learning in the Basque Country Autonomous Community – 2008* Lebenslanges Lernen in der Autonomen Gemeinschaft Baskenland) hervorgeht, die vom *Basque Government Sociological Prospecting Office* (Amt für soziale Studien der baskischen Regierung) durchgeführt wurde⁷⁸.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Zusätzlich zu den auf Erwachsene ausgerichteten Maßnahmen, die im Kapitel 2.1 dieses Berichts erwähnt wurden, sollten die folgenden hervorgehoben werden:

- Kontinuierliche Weiterbildungsmaßnahmen für die erwerbstätige Bevölkerung. Diese Weiterbildungsmaßnahmen sowie Angebot und Nachfrage wurden im Rahmen der *Basque Continual Training Foundation* (Baskische Stiftung für kontinuierliche Weiterbildung) – HOBETUZ⁷⁹ verwaltet. Diese Stiftung besteht aus drei beteiligten Organisationen, den Sozialpartnern (Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen) und der baskischen Regierung. Auch die Weiterbildungspläne der Unternehmen fallen in diesen Maßnahmenbereich. Mit ihnen wird auf den Weiterbildungsbedarf der ArbeitnehmerInnen reagiert, sodass sie die Unternehmensstrategien umsetzen können.
- *Mature University* (Universität für Ältere) und *Experience Schools* („Erfahrungsschulen“).
- Verbindung zwischen Erwachsenenbildungszentren und dem Weiterbildungsbedarf in ihrer Umgebung.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

- Die vereinbarte Förderung der Weiterbildung für Beschäftigung, sowohl für die erwerbstätige als auch die beschäftigungslose Bevölkerung, kombiniert mit lebenslangen Beratungsleistungen.
- Förderung des lebenslangen Lernens und der Anerkennung beruflicher Qualifikationen, die auf nicht formalem Weg oder durch Berufserfahrung erlangt wurden.

Die baskische Regierung arbeitet an einem Gesetzesentwurf zum lebenslangen Lernen. Eines der Ziele ist die Koordinierung aller Bemühungen öffentlicher Verwaltungen und privater AkteurInnen, die Aktionen im Zusammenhang mit lebenslangem Lernen fördern, damit der Bedarf nach kontinuierlichem und nachhaltigem lebenslangem Lernen in den baskischen BürgerInnen geweckt wird.

Um dies zu erreichen werden zwei Schlüsselachsen gestärkt, die zum Wachsen dieser Nachfrage beitragen können: die Anerkennung beruflicher Qualifikationen, die durch Berufserfahrung oder durch nicht formales Lernen erlangt wurden, einerseits, und lebenslange Information und Beratung andererseits.

Die baskische Regierung wird auch aktive Beschäftigungspolitik stärken, die ebenfalls die Schlüsselemente Weiterbildung und Beratung enthalten werden.

Wenn man die Entwicklung dieses Indikators über das letzte Jahrzehnt hinweg betrachtet, so ist es als Folge des fortlaufenden Engagements der öffentlichen Verwaltungen (Regierung, lokale Regierungen und Stadträte) für Weiterbildung, und zusammen mit dem erneuten Schwung, der durch das Gesetz zum

⁷⁷ Gobierno Vasco-Departamento de Justicia, Empleo y Seguridad Social-Dirección de Estudios y Régimen Jurídico (2007), *Encuesta de Cualificación de la Población Activa- Informe Detallado de Resultados*, www.eustat.es/elementos/ele0005200/t1_Encuesta_de_calificacion_de_la_poblacion_activa_informe_detallado_de_resultados_2007/inf0005285_c.pdf, [November 2010].

⁷⁸ Gobierno Vasco-Presidencia Dirección de Estudios y Régimen Jurídico Gabinete de Proyección Sociológica (2008), *El Aprendizaje Permanente en la CAPV*, www.lehendakaria.ejgv.euskadi.net/contenidos/informe_estudio/o_08tef4_etengabeko_ikaskuntza/es_08tef4e/adjuntos/08tef4_etengabeko_ikaskuntza.pdf, [Oktober 2010].

⁷⁹ www.hobetuz.com, [November 2010].

lebenslangen Lernen und den aktiven Beschäftigungspolitiken entstehen muss, möglich, dass das Ziel der 15% der „ET 2020 (Allgemeine und berufliche Bildung 2010)“ bis zum Jahr 2020 erreicht werden könnte.

TOSCANA

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Italien zeichnet sich durch eine geringe Zahl an Erwachsenen, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, und durch einen geringen Prozentsatz der Unternehmen, die Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten, aus. Was den Prozentsatz der Bevölkerung im Erwerbsalter betrifft, der an Aus- und Weiterbildungskursen teilnimmt, so liegt dieser in der Toskana bei 6,8%, etwas höher als der italienische Durchschnitt von 6,3%. Es gibt zwei Hauptgründe für dieses enttäuschende Ergebnis: die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede, die immer noch zwischen verschiedenen Gebieten herrschen, sowie das Vorherrschen kleiner Unternehmen im regionalen Produktionsgefüge, was bedeutet, dass es für diese Unternehmen zu teuer sein könnte, systematisch in Weiterbildung zu investieren, besonders wenn es an adäquater staatlicher Unterstützung fehlt. Des Weiteren spielt der Umstand eine Rolle, dass sich die regionale Wirtschaft klar auf Sektoren spezialisiert, in denen es nur wenig Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften gibt.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Was die Maßnahmen betrifft, die umgesetzt wurden und darauf ausgerichtet sind, die Beteiligung der Erwachsenen an kontinuierlichem Lernen zu erhöhen und die Qualifikationen von Erwachsenen und älteren Menschen zu verbessern, so müssen die relevantesten angeführt werden:

- Der Europäische Sozialfonds (ESF). Die europäische Planung, insbesondere in Bezug auf den ESF 2000-2006 und den neuen ESF 2007-2013, besagt, dass die vom ESF finanzierten Maßnahmen unter anderem auf folgende Ziele ausgerichtet sind: Förderung von Fortbildungspolitiken; Förderung und Unterstützung der Entwicklung kompetenter, qualifizierter und anpassungsfähiger Arbeitskräfte; und Förderung der Verbesserung des menschlichen Potenzials in den Bereichen Forschung, Wissenschaft und Technologie.
- Das Gesetz 236/93⁸⁰ gewährleistet seit langer Zeit gemeinsam mit den ESF-Maßnahmen die Hauptfinanzierung der Fortbildung in Italien und der Toskana. Der strategische Rahmen, der zu diesen Maßnahmen inspirierte, entwickelte sich mit der Zeit: von den ersten Runderlässen, durch welche die Finanzierung von Unternehmens-Weiterbildungsmaßnahmen und hauptsächlich Systemmaßnahmen gesichert wurde, schließlich zu den aktuellsten Umsetzungsbescheiden zur Einführung der Weiterbildungspläne, auf die sich die Sozialpartner geeinigt hatten.
- Das Gesetz 53/00⁸¹, das Bestimmungen zum Recht auf Weiterbildung enthält und das den Bildungsurlaub einführt; dieser umfasst auch Weiterbildungsaktivitäten, die nicht vom Arbeitgeber umgesetzt oder finanziert werden, und Bildungsurlaub für Fortbildung, die ArbeitnehmerInnen genehmigt wird, ob sie nun einer Beschäftigung nachgehen oder nicht, damit sie ihr Wissen und ihre beruflichen Qualifikationen erweitern. Die Weiterbildung kann aufgrund einer unabhängigen Entscheidung der ArbeitnehmerInnen besucht und vom Unternehmen im Rahmen von Weiterbildungsplänen, die mit den Sozialpartnern abgestimmt wurden, arrangiert werden.

Zusätzlich zu Weiterbildungskursen am Arbeitsplatz und betreffend Arbeit, die durch regionale Ausschreibungen gewährleistet wird, sollten Studienkreise in Bezug auf die Bildungsinitiativen, die sich speziell an Erwachsene richten, hervorgehoben werden. Der Studienkreis ist ein Werkzeug, das im Bereich der Weiterbildung genutzt wird und auf kleine Gruppen ausgerichtet ist, die sich innerhalb eines kurzen Zeitraums frei mit nicht verpflichtender Anwesenheit eines Tutors/einer Tutorin und/oder mehrerer ExpertInnen treffen, um kulturelle oder Weiterbildungs-Aktivitäten basierend auf der Wahl eines Themas, einer Problemstellung oder eines gemeinsamen Ziels zu erstellen.

Die toskanische Regionalregierung übernahm die Pionierrolle bei der Einführung dieser Bildungsmethode in Italien, und integrierte sie in das regulatorische und politische Bewusstsein für Fortbildung, was später durch die Erlassung des Regionalgesetzes 32/02⁸² genehmigt wurde.

⁸⁰ Gesetz vom 19.07.1993, n. 236 "Conversione in legge, con modificazioni, del decreto-legge 20 maggio 1993, n. 148, recante interventi urgenti a sostegno dell'occupazione", www.lavoro.gov.it/NR/rdonlyres/26773255-D31D-47F7-90A5-19DE78317001/0/008_Legge_236_93.pdf, [November 2010].

⁸¹ Gesetz vom 08.03.2000, n. 53 "Disposizioni per il sostegno della maternità e della paternità; per il diritto alla cura e alla formazione e per il coordinamento dei tempi delle città", www.parlamento.it, [November 2010].

⁸² Regionalgesetz vom 26.07.2002, n.32 "Testo unico della normativa della Regione Toscana in materia di educazione, istruzione, orientamento, formazione professionale e lavoro", [BURL n. 23, erster Teil datiert vom 05.08.2002, www.regione.toscana.it/regione/multimedia/RT/documents/1199457609578_legge-2002-00032.pdf](http://BURL.n.23.erster%20Teil%20datiert%20vom%2005.08.2002.%20www.regione.toscana.it/regione/multimedia/RT/documents/1199457609578_legge-2002-00032.pdf) [Oktober 2010].

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Politiken für die Zukunft: Erhöhung des Weiterbildungsbedarfs, um die Ziele betreffend die Chancengleichheit beim Zugang zu allen Formen der Bildung und die Erweiterung der auf europäischer Ebene ratifizierten Aus- und Weiterbildungsniveaus durch neue Werkzeuge und Weiterbildungsmethoden, so zum Beispiel Studienkreise, zu erreichen.

Erhöhung der Beteiligung an Weiterbildung durch einen Weiterbildungsplan, der aus einem oder mehreren Weiterbildungsprojekten besteht, die unter Berücksichtigung der Strategien und des Bedarfs der Unternehmen, mit denen sie zu tun haben, auf die Anpassung und Entwicklung der Qualifikationen der ArbeitnehmerInnen ausgerichtet sind. All dies unterstreicht die Notwendigkeit, Formen der Erwachsenenbildung zu finden, die nicht nur das Bildungs- und Qualifikationsniveau jener Menschen stärken und ausbauen, die bereits über ein Bildungsportfolio verfügen, sondern auch jenen helfen, die ihren eigenen Weiterbildungsweg nicht finden können, der ihnen Werkzeuge zur Verfügung stellen könnte, die es ihnen erlauben, ihre BürgerInnenrechte auszuüben.

Die toskanische Regionalregierung arbeitet an den Politiken zum Lebenslangen Lernen, um die Beteiligung der regionalen Bevölkerung zu erhöhen. Der Prozess, der durch die Bemühung zur Erreichung der Lissabon-Ziele umgesetzt wird, hat bereits zu einer Verbesserung geführt, die Werte liegen jedoch immer noch weit unter den europäischen Erwartungen.

Die Unterstützungsmaßnahmen, die von der regionalen Regierung umgesetzt wurden, wurden in einem Regionalratsdokument zur Umsetzung von Erwachsenenbildungsrichtlinien zusammengefasst, das mit den umsetzenden AkteurInnen auf lokaler Ebene, d. h. den Bezirken und Gemeinden, geteilt wurde. Die allgemeinen Ziele dieser Politiken konzentrieren sich auf die Entwicklung von Grundkenntnissen der Erwachsenen, Maßnahmen für nicht-italienische StaatsbürgerInnen und die Erhöhung der Bildungsniveaus der Erwachsenen, mit dem Ziel, Grundkenntnisse zu entwickeln, um potentielle Beschäftigung und Arbeitskultur anzuregen, Bildungsmaßnahmen zu entwickeln, um den Einstieg von ImmigrantInnen in die Arbeitswelt und das Bildungssystem zu erleichtern, sowie die Stärkung der formalen Sekundarbildung der Erwachsenen durch das Erlangen von Abschlusszertifikaten. Insbesondere arbeitet die toskanische Regionalregierung an der Umsetzung der Empfehlung des Europäischen Parlaments und Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen⁸³, d. h. daran, zu gewährleisten, dass „Erwachsene in der Lage sind, ihre Schlüsselkompetenzen im Laufe ihres gesamten Lebens zu entwickeln und zu aktualisieren, und dass ein besonderer Schwerpunkt auf Zielgruppen gelegt wird, die im nationalen, regionalen und/oder lokalen Kontext als prioritär identifiziert wurden, wie zum Beispiel Individuen, die ihre Qualifikationen aktualisieren müssen,“ (Europäisches Parlament und Europäischer Rat, 2006:11) und dass „Kohärenz in der Erwachsenenbildung und dem Weiterbildungsangebot für individuelle BürgerInnen durch enge Verbindungen mit der Beschäftigungs-, Sozial-, Kultur-, Innovationspolitik und anderen Politiken erreicht wird“ (Europäisches Parlament und Europäischer Rat, 2006:11-12).

STEIERMARK

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Für die Region Steiermark ist die regionale Datenbank, wie für alle Bundesländer der Steiermark, nicht besonders aussagekräftig. Die letzte nationale Studie zur Erwachsenenbildung basierte auf einem Mikrozensus, stammt aus dem Jahr 2003 und enthält keine detaillierten Angaben zu den Bundesländern⁸⁴. Man könnte davon ausgehen, dass die Situation in der Steiermark nahe am nationalen Durchschnitt liegt. Im Jahr 2003 lag die Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen (in Bezug auf die EU-Benchmark) bei 12,5%, Österreich – und die Steiermark – erreichten also die Benchmark.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

In der Steiermark wurde 2002 das regionale Erwachsenenbildungsnetzwerk gegründet, das eine große Zahl an Erwachsenenbildungseinrichtungen und -Organisationen (Netzwerk/Arbeitsgruppe) umfasst, mit aktiven Initiativen zur Verbesserung der Information, Situation der Erwachsenen betreffend vorhandene Erwachsenenbildungsmöglichkeiten, Bewusstseinsbildung, Marketing, sowie konkreten klientInnenorientierten Aktivitäten, besonders im Bereich Basiskompetenzen, Beratung und psychologische Betreuung, inklusive IKT-Informationssysteme für Erwachsenenbildung, Fernberatung, etc.

⁸³ European Parliament and Council (2006), *Recommendation of the European Parliament and of the Council of 18 December 2006 on key competences for lifelong learning*, 2006/962/EC, L394/10, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:394:0010:0018:en:PDF>, [Oktober 2010].

⁸⁴ Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur-Statistik Austria (2003), *Lebenslanges Lernen-Ergebnisse des Mikrozensus, und Statistik Austria (2003), Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Mikrozensusbefragung Juni 2003 zum Thema Lebenslanges Lernen, beide unter www.statistik.at*, [Oktober 2010].

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Auf Basis des neuen Landesregierungsprogramms betreffend Aus- und Weiterbildung wird auf regionaler Ebene ein neuer strategischer Plan für Bildungspolitik für die nächsten fünf Jahre entwickelt werden. Ergebnisse, Erkenntnisse und Empfehlungen, die auf Kooperation und Kommunikation, Studienbesuchen, etc. innerhalb SMOC basieren, stellen einen starken Hintergrund dar, der in diesem Bildungsplan umgesetzt und in ihn integriert wird. Zusätzlich zu den Ergebnissen eines früheren strategischen Erwachsenenbildungskonzepts (PERLS – Perspektiven der Erwachsenenbildung im Rahmen des lebenslangen Lernens in der Steiermark–, ein Projekt verantwortlich umgesetzt vom Bildungsnetzwerk Steiermark, auf Auftrag der steirischen Landesregierung, Bildungsressort, in Zusammenarbeit mit der Universität Klagenfurt/Kärnten) wird dieses Programm die Grundlage für das zukünftige Programm, besonders betreffend die Erwachsenenbildung, in der Steiermark darstellen.

Notwendige Bedingungen

Es ist höchst relevant, dass der Aspekt des lebenslangen Lernens betreffend die Erwachsenenbildung in Bezug auf sowohl beschäftigte als auch beschäftigungslose Menschen (inklusive der Bedürfnisse und Forderungen älterer Menschen) eine strategische und operativ zentrale Rolle innerhalb einer Politik und Strategie zur Entwicklung der regionalen Bildung einnimmt. Manchmal ist es der Fall, dass, was formale Kompetenzen betrifft, schulische Themen gegenüber der ganzheitlicheren Perspektive der Herangehensweise des lebenslangen Lernens Priorität haben. Dies muss zu einem klaren Schwerpunkt in jeder weiteren regionalen Entwicklungsstrategie werden.

VÄSTSVERIGE

Eine Art, der Herausforderung der alternden Bevölkerung entgegen zu treten, führt über die Einwanderung. Heute haben ungefähr 17% der EinwohnerInnen Schwedens Migrationshintergrund, in dem Sinne, dass sie entweder außerhalb des Landes geboren wurden oder beide Eltern im Ausland geboren wurden. Fast 100.000 Menschen wanderten 2007 nach Schweden ein, wobei 16.000 davon nach Schweden zurückkehrten. Basierend auf der Staatsbürgerschaft der Einwanderer/innen waren die, was die Anzahl der ImmigrantInnen betrifft, bedeutendsten Herkunftsländer im Jahr 2007 wie folgt: Irak, 15.200; Polen, 7.525; Dänemark, 5.097; Somalia, 3.781; Deutschland, 3.614; Rumänien, 2.587; Finnland, 2.561; Thailand, 2.548; und Norwegen, 2.395. Diese hohe Einwanderungsrate in den letzten Jahren unterstrich die Wichtigkeit von Maßnahmen zur Gewährleistung einer reibungslosen Integration in die schwedische Gesellschaft. Aus- und Weiterbildung sind besonders wichtig für viele ImmigrantInnen. Lokale Gebietskörperschaften sind per Gesetz dazu verpflichtet, kostenlose Schwedisch-Kurse für ImmigrantInnen anzubieten. Nach dem Erlangen von Grundkenntnissen der schwedischen Sprache melden sich viele ImmigrantInnen über den Erwachsenenbildungsrahmen der lokalen Gebietskörperschaft für berufsbildende Kurse der Sekundarstufe II an. Es existieren auch viele berufsbildende Basisprogramme für Erwachsene, die speziell auf ImmigrantInnen ausgerichtet sind und Berufsbildung mit dem Erlernen der für den intendierten Beruf relevanten Aspekte der schwedischen Sprache kombinieren.

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Ziele betreffend die Erwachsenenbildung in Schweden. In einer Entscheidung des Schwedischen Parlaments vom 18.05.2001 betreffend Erwachsenenbildung und Weiterbildung heute und in der Zukunft (2000/01:72) wurden die folgenden Ziele auf staatlicher Ebene beschlossen⁸⁵.

Alle Erwachsenen sollen die Möglichkeit haben, ihre Kenntnisse und Kompetenzen zu erweitern, um persönliche Entwicklung, Demokratie, Gleichberechtigung, Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsgrad und faire Verteilung zu fördern.

Strategie

- Pädagogik und Arbeitsformen sollten entwickelt werden, um den in Veränderung begriffenen und steigenden Bedarf der Einzelnen, in einer wissensbasierten Gesellschaft zu lernen, zu decken.
- Lernen und Suche nach Wissen jeder Einzelperson sollte durch Beratung und auf Basis der Anerkennung bereits erworbenen Wissens unterstützt werden.
- Angepasste Lernumgebungen sowie Lehrmethoden, Beratung und internetbasierte Aus- und Weiterbildung sollten soweit als möglich angeboten werden, damit das Angebot den je nach Person variierenden Lernbedürfnissen und -fähigkeiten so weit wie möglich entspricht.
- Es sollte wirtschaftliche Unterstützung angeboten werden, um die Beteiligung Erwachsener an Aus- und Weiterbildung sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Kompetenz anzuregen.

⁸⁵ Regeringens proposition 2000/01:72. *Vuxnas lärande och utvecklingen av vuxenutbildningen. Prop. 2000/01:72, www.sweden.gov.se/sb/d/229/a/2579*, [November 2010].

- Gesellschaft, ArbeitgeberInnen und jede Einzelperson sind gleichermaßen verantwortlich dafür, dass das Angebot allgemeiner und spezifischer Aus- und Weiterbildung die Bedürfnisse verschiedener Einzelpersonen und Gruppen erfüllt.
- Jedes formale und nicht-formale Lernen, das von der Gesellschaft unterstützt wird, sollte eine demokratische Perspektive und Respekt für den Wert jedes Einzelnen aufweisen.
- Es sollten ein Basiskonsens über verschiedene Politikbereiche und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen, Sozialpartnern und nationalen Bewegungen angestrebt werden, um Lernen und Wissenserweiterung für Einzelpersonen zu ermöglichen.

Die staatlichen Lenkungsdokumente beeinflussen die lokale Ebene sowie die Art, wie diese Ziele umgesetzt werden. Die Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahme liegt auf der lokalen Ebene. Auf regionaler Ebene existiert Zusammenarbeit betreffend Erwachsenenbildung, individuelle Weiterbildung und Coaching, doch diese sollte und könnte erweitert werden.

Zum Beispiel eine der SMOC-Maßnahmen: Methoden für individuelle Weiterbildung und Coaching für Erwachsene, die an einer Aus- oder Weiterbildung im Lärcenter Falköping teilnehmen.

Die Methoden für individuelle Weiterbildung und Coaching für Erwachsene, die an einer Aus- oder Weiterbildung im Lärcenter Falköping teilnehmen, zeigen, wie staatliche Politiken lokal umgesetzt werden, wenn es darum geht, Erwachsene auf ihrem individuellen Weg in eine zukünftige Richtung entweder betreffend Arbeit oder weiterführende Bildung zu beraten.

Individuelle Studien bedeuten, dass Erwachsene in der Weiterbildung ihren eigenen Weg zu lernen finden, gleichzeitig lernen und arbeiten, ihre Weiterbildung beeinflussen und Verantwortung für ihre Ergebnisse übernehmen können. Jene, die gut auf ihre Weiterbildung vorbereitet sind, können diese schneller absolvieren, und jene, die mehr Unterstützung brauchen, bekommen diese auch. Formales und nicht-formales Lernen wird anerkannt, um den Lernweg/die Lernzeit zu verkürzen.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

AVET/KY (*Kvalificerad yrkesutbildning/Yrkeshögskola*) ist eine Form der postsekundären Ausbildung, die so gestaltet wurde, dass sie den derzeitigen Kompetenzbedarf im Arbeitsleben deckt, und in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsumgebung organisiert wird. Eines der Ziele von AVET ist die Abdeckung des Bedarfs des Handels- und Industriesektors an speziell gestalteten Bildungslösungen/wegen.

KY bietet postsekundäre Bildung mit einem hohen Know-how-Niveau und auch einem gewissen Know-why (wissen warum), das, ohne Ansprüche der Wissenschaftlichkeit zu erheben, den Lernenden ein theoretisches Verständnis von Kontext und Problemanalysen vermitteln soll, die direkt im Arbeitsleben anwendbar sind. Das erwartete Ergebnis ist, dass die AbsolventInnen nach dem Abschluss eine berufliche Aufgabe übernehmen können. Die regionale Hauptaufgabe betrifft die Ziel- und Strategieebene. Die wichtigste Rolle der Region ist die Koordinierung von Politik und Strategie. Ein Bereich, der an Wichtigkeit zunimmt, ist jener der regionalen Entwicklungspläne. Des Weiteren wächst die Bedeutung der Regionen in Schweden, wenn es um Kompetenzerweiterung, Innovation und Wachstum geht. Bildungsanbieter in Västra Götaland waren bei den Bewerbungen für KY-Kurse besonders erfolgreich. Von 503 KY-Kursen, die im Herbst 2009 in Schweden begannen, fanden 100 allein in Västra Götaland statt. Der lokalen Ebene obliegt die Rolle, diese verschiedenen Bildungswege anzubieten.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Dem Parlament wurde 2009 ein Gesetzesentwurf zur Schaffung von Einrichtungen höherer Berufsbildung vorgelegt. Höhere Berufsbildung kombiniert berufsbildende Programme nach der Sekundarstufe II, die man im höheren Bildungssystem nicht findet, und fortgeschrittene Berufsbildung, die zu einem Eckpfeiler der postsekundären Berufsbildung (VET) in Schweden wurde, nachdem das Gesetz zur fortgeschrittenen Berufsbildung 2001⁸⁶ verabschiedet wurde. Die *New Agency for Higher Vocational Education* (neue Agentur für höhere Berufsbildung)⁸⁷, die 2009 gegründet wurde, fasst alle mit öffentlichen Geldern finanzierten postsekundären Berufsbildungsprogramme (VET) im Land effektiv unter einer Verwaltungsstruktur zusammen, und wird so zu einheitlicheren Finanzierungsmechanismen und -normen für den Bereich der postsekundären Berufsbildung (VET) führen. Diese Agentur löste die *Agency for Advanced Vocational Education* (Agentur für fortgeschrittene Berufsbildung) ab und übernahm auch die Verantwortung für zwei kleinere Berufsbildungs-Formen für Erwachsene – ergänzende Ausbildungen und postsekundäre Weiterbildung – von der National Agency for Education (Nationale Agentur für Bildung), welche die nationale Verantwortung für IVET für Erwachsene durch gebietskörperschaftliche Erwachsenenbildung der Sekundarstufe II behält.

⁸⁶ Lag om kvalificerad yrkesutbildning: SFS 2001:239, <https://lagen.nu/2001:239>, [November 2010].

⁸⁷ Myndigheten för Yrkeshögskolan, www.yhmyndigheten.se, [Oktober 2010].

Notwendige Bedingungen

Als Teil eines allgemeinen Trends in der schwedischen Gesellschaft in Richtung Dezentralisierung der Verantwortung und Entscheidungsmacht hat das Bildungssystem (inklusive Berufsbildung – VET) in den letzten Jahrzehnten grundlegende Veränderungen durchlaufen. In Übereinstimmung mit Entscheidungen des Parlaments (Riksdag), wurde 1991 die Verantwortung für das Lehrpersonal von zentralen Behörden auf die Gebietskörperschaften und lokalen Schulbehörden übertragen, die außerdem die Verantwortung für die Organisation und Umsetzung von Schulaktivitäten bekamen. Das Parlament legte auch die Prinzipien der schulischen Verwaltung durch Ziele und Ergebnisse fest, mit weniger Regelungen und klareren Zielen. Ein weiteres Leitprinzip der Bildungspolitik ist die Schaffung von Raum für Diversität im Bildungssystem und von Freiheit für einzelne Lernende, sich für verschiedene Schultypen und Lernpfaden zu entscheiden. Das Hauptprinzip für die Verteilung der Verantwortung und der Funktionen im schwedischen Schulsystem ist heute, dass die Regierung Bildungsaktivitäten durch das Definieren von nationalen Zielen und Richtlinien kontrollieren sollte. Die zentralen und lokalen Bildungsbehörden sind zusammen mit den Bildungsanbietern dafür verantwortlich zu gewährleisten, dass das System in Übereinstimmung mit nationalen Zielen organisiert wird. Innerhalb des Rahmens und der Richtlinien, die durch die Regierung festgelegt werden und von der Nationalen Agentur für Bildung⁸⁸ verwaltet werden, genießen die Bildungsanbieter beträchtliche Freiheit, was die Umsetzung von Aktivitäten und die Nutzung von Ressourcen betrifft.

Die Veränderung in Richtung ziel- und ergebnisorientierter Führung des Bildungssystems erfordert es, dass die zentralen und lokalen Behörden sowie die einzelnen Schulen Bildungsaktivitäten systematisch beobachten und in Bezug auf die für sie geltenden Ziele und Bedingungen evaluieren.

Die Verantwortung für allgemeine Politikentscheidungen über Ziele, Aktivitäten und Finanzierung des Bildungssystems teilen Parlament und Regierung. Gesetze werden vom Parlament verabschiedet, das auch über die Bereitstellung von Mitteln für das Bildungssystem entscheidet. Die Regierung erlässt Verordnungen sowie allgemeine Richtlinien zur Verteilung der Mittel. Die Regierung genehmigt auch die Curricula für das gesamte Schulsystem, die von der Nationalen Agentur für Bildung entwickelt werden.

WALES

Abweichungen bedingende Kontextfaktoren

Über den Zeitraum 2000-2008 war ein genereller und stetiger Aufwärtstrend bei der Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen in Wales zu beobachten. Die Wirtschaftskrise ab 2008 jedoch stellt große Herausforderungen für Unternehmen, Einzelpersonen und die Regierung dar. Qualifikationen/ Bildung als Mittel, in Beschäftigung zu bleiben oder eine solche zu finden, gewannen eine besondere Bedeutung.

Politiken und Maßnahmen mit positiven Auswirkungen

Das *Quality and Effectiveness Framework for post-16 learning in Wales* (2009)⁸⁹ (Qualitäts- und Wirksamkeitsrahmen für Lernen nach dem Alter von 16 Jahren in Wales) bietet politische Orientierung für Lernende und Anbieter im Sektor der weiterführenden Bildung. Das Angebot wird durch den ESF und nationale Gelder finanziert. Beispiele für erfolgreiche Projekte umfassen das ESF-finanzierte *Workforce Development Programme* (Programm zur Entwicklung der Arbeitskräfte) und Projekte im Rahmen des EU-Programms für Lebenslanges Lernen, dies sind jedoch nicht alle Programme. Der Hauptschwerpunkt liegt auf Berufsbildung (VET), Mobilität der Lernenden und Anbieter und darauf, essentielle und Beschäftigungsqualifikationen aller Altersgruppen zu erweitern, entweder auf nicht-formalem Weg oder aber durch anerkannte Qualifikationen.

Die walisische Regierung richtet ihre Unterstützung für lebenslanges Lernen auf Menschen aus, deren Arbeitsplätze bedroht sind, die nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, wirtschaftlich inaktiv sind, oder auf junge Menschen, die eine besonders hohe Beschäftigungslosigkeit aufwiesen. Dies ist eine erforderliche Reaktion auf besondere Herausforderungen in spezifischen Zielgruppen und geografischen Gebieten in ganz Wales – gleichzeitig wird der Wert stetiger Weiterbildung für sowohl wirtschaftlichen Wohlstand als auch soziale Integration unterstützend kommuniziert.

Das *Workforce Development Programme* (WDP) der regionalen Regierung spielt eine wichtige Rolle. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf der Nachfrage des Arbeitsmarkts – d. h. darauf, ArbeitgeberInnen zu involvieren und sie bei der Entwicklung ihrer Arbeitskräfte zu unterstützen. WDP-Unterstützung umfasst das Angebot von:

⁸⁸ Skolverket, www.skolverket.se [Oktober 2010].

⁸⁹ WAG-Welsh Assembly Government (2009), *Quality and Effectiveness Framework for post-16 learning in Wales*, <http://wales.gov.uk/topics/educationandskills/publications/guidance/qualityframeworkpost16/?lang=en>, [November 2010].

- Rat, Beratung und Information zur Heranbildung von Arbeitskräften.
- Zugang zu einer Reihe von Programmen, Initiativen und Services zu gängigen Qualifikation sowie Aus- und Weiterbildung.
- Finanzierung nach Ermessen zur Unterstützung der Umsetzung von Aus- und Weiterbildung, die in gängigen Programmen schwierig zu erreichen ist.

Als Teil des Programms und um den Bedürfnissen der ArbeitgeberInnen zu entsprechen, kann ein Team aus speziell dafür eingesetzten BeraterInnen zur Humankapitalentwicklung eine Reihe von öffentlich finanzierten Weiterbildungs- und Unterstützungsoptionen empfehlen.

Politiken und Maßnahmen, die in naher Zukunft positive Auswirkungen haben werden

Careers Wales wurde 2001 als das erste für alle Altersgruppen gedachte Karriereinformations-, Beratungs- und Orientierungsservice des Vereinigten Königreichs gegründet. *Careers Wales* bietet eine Vielfalt von Leistungen, die Information, Beratung und Orientierung betreffend den Berufsweg für alle Altersgruppen umfassen; Unterstützung für Schulen und Colleges bei der Umsetzung des *Careers and the World of Work Curriculum Framework* (Rahmen für Karriere und den Curriculum Arbeitswelt). *Careers Wales* bietet außerdem ein *Placing and Referral Service* (Vermittlungsservice) für hauptsächlich 16- bis 17-Jährige, die sich nicht im Bildungssystem, einem Beschäftigungsverhältnis oder der Aus- und Weiterbildung befinden (NEET). Tiefer gehende Bewertung und Unterstützung steht KlientInnen mit zusätzlichem Bedarf über den *Youth Gateway*⁹⁰ zur Verfügung. Information, Beratung und detailliertere Orientierung betreffend den Berufsweg steht Erwachsenen ab 19 Jahren zur Verfügung, die nicht am *New Deal*⁹¹ teilnehmen. *Careers Wales* spielte und spielt weiterhin eine wichtige Rolle während des Wirtschaftsabschwungs, als Teil eines koordinierten, mehrere Agenturen involvierenden Zugangs zum Leistungsangebot, und unterstützt jene, die ihren Job verloren haben, sowie erwachsene Beschäftigungslose. Dieser Zugang umfasst auch das von der EU und dem ESF finanzierte *ReAct Programme*. Zusätzlich sind zielgerichtete Projekte wie *Go Wales*⁹² auf besondere Zielgruppen ausgerichtet, wie zum Beispiel Lernende im Bereich der höheren Bildung, Anbieter und ArbeitgeberInnen, die AbsolventInnen einstellen möchten.

Die walisische Regierung arbeitet auch mit Organisationen wie dem *National Institute for Adult Continuing Education* (NIACE – Nationales Institut für Erwachsenenfortbildung)⁹³ zusammen, um Erwachsene zu unterstützen, die ihre Qualifikationen und Ausbildung erweitern möchten. Erwachsene können durch eine Reihe von Leistungen Zugang zu Aus- und Weiterbildung bekommen, zum Beispiel durch weiterführende Bildung, höhere Bildung und einige Projekte und Maßnahmen, die durch staatliche Mittel und/oder durch Europäische Strukturfonds finanziert werden (hauptsächlich ESF).

In Wales lag die Leistung gemessen an dieser 'snap-shot'-Beteiligungszahl durchgehend über der EU-Benchmark, was nahe legt, dass das stetige Unterstreichen der Vorzüge des lebenslangen Lernens sich auf die erwachsene Bevölkerung auswirkt. Jedoch versteckt die Gesamtzahl Elemente des Lernbedarfs in der Gruppe der Erwachsenen. Beispielsweise gibt es in Wales ein erhebliches Problem betreffend die Basisqualifikationen in der erwachsenen Bevölkerung – bei sowohl Lesen als auch Mathematik lag die Durchschnittspunktezahl in Wales leicht unter dem OECD-Durchschnitt von 500 Punkten. Diese Differenz war in beiden Fällen statistisch signifikant⁹⁴. Die regionale Regierung fährt fort damit, den Wert des Lernens zu bewerben. Gleichzeitig wird der spezifische Lernbedarf durch die *Basic Skills Strategy* (Strategie für Basisqualifikationen) zu einem größeren Schwerpunkt ausgebaut, um besser zu gewährleisten, dass Erwachsene die Qualifikationen, das Wissen und die Chancen im Leben haben, ihr volles Potenzial zu entfalten.

⁹⁰ www.careerswales.com/16to19/server.php?show=nav.4685, [November 2010].

⁹¹ <http://wales.gov.uk/topics/statistics/headlines/econ2009/hdw200906184/?lang=en> und www.direct.gov.uk/en/Employment/Jobseekers/programmesandservices/DG_180442,

[November 2010].

⁹² www.gowales.co.uk, [November 2010].

⁹³ www.niace.org.uk, [November 2010].

⁹⁴ siehe Fußnote Nr. 51.

3. VERBESSERUNG DER QUALITÄT INTERREGIONALER KOOPERATION

3.1. Interregionale Kooperation: Qualität und Effektivität durch die sanfte offene Koordinierungsmethode (SMOC)

Einführung

1. Die Verstärkung der internationalen Kooperation zwischen Regionalregierungen in den Bereichen Lebenslanges Lernen und Beschäftigungspolitik begleitet sowohl Momente der großen Reform als auch Zeiten der Konsolidierung der eingeführten Veränderungen.
Kooperation unter den Regionen ist die politische Antwort auf die Wirtschaftsbeziehungen, welche die verschiedenen lokalen produktiven Sektoren und ihre jeweiligen Arbeitsmärkte bereits verbinden.
Regionalregierungen kooperieren, um wirtschaftliche und gesellschaftliche Internationalisierung durch ihre Politiken zu verstärken, sowie um Politikentscheidungen zu treffen, die auf aus anderorts gemachten Erfahrungen resultierender Evidenz basieren. Bereitschaft zum Vergleich und Transfer neuer Ideen, Verfahren und Instrumente garantiert eine höhere Relevanz der getroffenen Entscheidungen und bessere Ergebnisse.
2. Die Erwartungen, die mit Kooperation und gegenseitigem Lernen unter den Regionalregierungen einhergehen, müssen in ihrer Aufmerksamkeit auf die Qualität der Prozesse, die dies ermöglichen, ausgerichtet sein. Um den Mehrwert internationaler Kooperation zu garantieren haben die Regionalregierungen verschiedener europäischer Länder im Laufe des letzten Jahrzehnts **Verfahren und Instrumente eingeführt, welche die Kooperationsprozesse lenken und diese auf gegenseitigen Garantien für Qualität und Effektivität aufbauen;** durch Vereinfachung der offenen Koordinierungsmethode und die Anwendung von Formen der sanften offenen Koordinierungsmethode.
3. Die Festigung der Qualität und Effektivität der Kooperation unter den Regionen ist eine notwendige Voraussetzung für die Überwindung einiger Grenzen der Lissabon-Strategie und die **Annahme einer verstärkt dezentralen Gemeinschaftsstrategie für Wachstum und Beschäftigung**⁹⁵, die sich auf die Potenziale der Regionen und Städte gründet, die dank ihrer Kompetenzen die wichtigsten Motoren von Innovation, Forschung und Bildung in Europa sind. (Ausschuss der Regionen, 2009:22).
4. **Interregionale Kooperation ist essentiell für die Umsetzung des Gemeinschaftsziels des territorialen Zusammenhalts, und daher für die Zukunft gemeinsamer Politiken.** Wie der Ausschuss der Regionen erläutert, müssen betreffend die Anwendungssphäre des territorialen Zusammenhalts drei Dimensionen in Betracht gezogen werden: eine korrektive, mit dem Ziel des „Abbaus existierender Ungleichheiten“; eine präventive, mit dem Ziel, die „sektorenspezifischen Politiken mit territorialen Auswirkungen“ kohärenter zu gestalten; und eine stimulierende Dimension, mit dem Ziel der „Verbesserung der territorialen Integration“ und der Förderung von Kooperation (Ausschuss der Regionen, 2009:23).

Der europäische Referenzrahmen

5. Die Europäische Kommission erklärt, dass „die **Strategie Europa 2020**, um transformative Veränderungen zu bewirken, **stärker ausgerichtet werden muss, sowie klare Ziele und transparente Benchmarks zur Bewertung der Fortschritte benötigen wird.** Hierzu bedarf es eines soliden Steuerungsrahmens, der die zur Verfügung stehenden Instrumente zur zeitnahen und wirksamen Umsetzung nutzbar macht“⁹⁶. (Europäische Kommission, 2010:25). Sie erklärt des Weiteren, dass „regionale und lokale Verwaltungen die Partnerschaft in enger Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Sozialpartnern und VertreterInnen der Zivilgesellschaft umsetzen und einen Beitrag zur Erarbeitung von nationalen Reformprogrammen und deren Umsetzung leisten sollten.“ (Europäische Kommission, 2010:27). Schließlich schlägt die Kommission die Einführung spezieller Instrumente vor, und bezieht sich auf „Berichterstattung durch die Mitgliedsstaaten mithilfe schlankerere, nationaler Reformprogramme mit Informationen über Wachstumsengpässe und Fortschritte bei der Erreichung der Ziele, gefolgt von politischer Beratung auf EU-Ebene in Form von Empfehlungen entsprechend den

⁹⁵ Committee of the Regions (2009), *The Committee of the Regions' White Paper on Multilevel governance*, CONST-IV-020, <http://web.cor.europa.eu/epp/Ourviews/Documents/White%20Paper%20on%20MLG.pdf>, [Oktober 2010].

⁹⁶ European Commission (2010), *Europe 2020-A strategy for smart, sustainable and inclusive growth*, Communication, Brussels, 3.3.2010, COM(2010), Bruxelles, http://europa.eu/press_room/pdf/complet_en_barroso_007_-_europe_2020_-_en_version.pdf, [November 2010].

Grundzügen der Wirtschaftspolitik (Art. 121.2) und den Beschäftigungspolitischen Leitlinien (Art. 148)“ (Europäische Kommission, 2010:31).

6. Dies wird nur innerhalb eines Multi-Level-Governance-Rahmens möglich sein. „Die Fähigkeit der Europäischen Union, ihre Aufgaben wahrzunehmen und die Ziele der Gemeinschaft zu erreichen, hängt nicht nur von ihrer institutionellen Organisation, sondern auch insbesondere von ihrer Art der Politikgestaltung ab. Die Berechtigung, Effizienz und Öffentlichkeitswirksamkeit der Funktionsweise der Europäischen Union hängen von den Beiträgen aller verschiedenen Akteure ab. Sie sind gewährleistet, wenn **die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften vollwertige „Partner“** und nicht nur „Mittler“ sind.“ (Ausschuss der Regionen, 2009:5).
7. **Das Erzielen von Resultaten erfordert stärkere Regierungsführung.** Daher ist, wie der Ausschuss der Regionen feststellt, die Gemeinschaft am besten geeignet, die Umsetzung der Multi-Level-Governance zu gewährleisten. Dennoch muss in der Kooperation zwischen Regionalregierungen, bei der die einzige Zuständigkeit der EU Koordination und Ergänzung umfasst, auf freiwillige Modelle zurückgegriffen werden. Im Rahmen der Kooperation muss die Zusammenarbeit und der Austausch bewährter Verfahrensweisen gefördert werden, und man muss sich, wenn möglich, auf gemeinsame Ziele und Orientierung einigen. Die **offene Koordinierungsmethode ist ein nützlicher Bezugspunkt, jedoch zu komplex, und es fehlt ihr an angemessener Unterstützung und Instrumenten** in Bezug auf die Anforderungen der Regionen. Die offene Koordinierungsmethode hat gemessen an ihren ursprünglichen Zielen bislang nicht den erhofften Zusatznutzen erbracht und sich für die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die nicht in ausreichendem Maße einbezogen werden, nicht als zufriedenstellend erwiesen.
8. Es müssen Modelle zur Gewährleistung der Qualität und Wirksamkeit internationaler Kooperation eingeführt werden, denn, um gemeinsame Ziele zu erreichen, muss Multi-Level-Governance auf **gegenseitiger Loyalität zwischen allen Regierungsebenen und Institutionen** basieren. (...) Gute Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen politischen Machtebenen und den Institutionen ist absolut essentiell; sie muss auf Vertrauen basieren, und nicht auf dem Vergleich verschiedener politischer und demokratischer Legitimierungen. (Ausschuss der Regionen, 2009:10-11).

3.2. Gewährleistung der Qualität

Kooperation und gegenseitiges Voneinander-Lernen unter den Regionalregierungen, die sich an die sanfte offene Methode der Koordinierung halten, bauen auf folgenden Prinzipien auf:

- Kooperation muss sich an die Dynamiken anpassen, von welchen die politischen und Entscheidungs-Prozesse jeder einzelnen Region begleitet werden. Diese Dynamiken zeichnen sich durch abwechselnde Phasen der harten Innovation, ausgelöst durch tiefgreifende Reformen, und der sanften Innovation, bedingt durch den langsamen Prozess der Entwicklung immer besserer Herangehensweisen, aus. Deshalb muss Kooperation offen für synchrone und asynchrone Verfahren sein. Jede Region muss durch Kooperation zu den Zeitpunkten und betreffend die Themen, die für sie prioritär sind, eine Antwort auf ihren Verbesserungsbedarf finden. Politische Lernprozesse müssen als Reaktion auf den Bedarf jeder einzelnen Region aktiviert werden, und nicht nur dann, wenn es sich um Initiativen in Verbindung mit Zielen gemeinsamen Interesses handelt. Die Regionen, die SMOC nutzen, garantieren ihren Partnern **Gelegenheiten zum politischen Lernen, mit den Mitteln und auf den Wegen, die für sie am geeignetsten sind, sobald und wenn Bedarf besteht, auf sowohl bilateraler als auch multilateraler Ebene.**
- Die Qualität der Kooperation zwischen Regionalregierungen erfordert ein konstantes Sich-Einsetzen für die Schaffung eines europäischen Raums des voneinander Lernens, der das Aufeinandertreffen von Nachfrage nach und Angebot von Zusammenarbeit zwischen den Regionen fördert. Dies bedeutet **den Aufbau und die Pflege stabiler Beziehungskanäle, unter Nutzung eines Leistungsnetzwerks europäischer Ausmaße, welches die Kommunikation zwischen potentiellen institutionellen Partnern** und regelmäßigen und wiederkehrenden Austausch von Informationen über neue Ideen, aktuelle Herausforderungen und Erfolgsfälle gewährleistet sowie sich dazu verpflichtet, Schritte in Richtung einer quantitativen Methode interregionalen Benchmarkings zu unternehmen.
- Alle Regionalregierungen sind Quellen des Wissens und der Erfahrung, die den Schatz, der für gute Regierungsführung nötig ist, bereichern. Durch regionale Politiken sind sie alle im spezifischen territorialen Rahmen und im Verhältnis zu ihren institutionellen Zuständigkeiten bemüht, die

Strategie Europa 2020 zu erreichen. Die Qualität des Angebots zum politischen Lernen, das jede Region auf internationaler Ebene zur Verfügung stellen kann, hängt von der Existenz intelligenter Politiken – evidenzbasierter, d.h. dokumentierter und in ihren Prozessen evaluierter, Ergebnisse und, wenn möglich, ihrer Auswirkungen – ab. Des Weiteren kommt es für den Aufbau internationaler Kooperationen auf institutionelle Verfügbarkeit an, sowie auf die Möglichkeit, die notwendigen Ressourcen zu aktivieren.

Deshalb **garantieren** Regionalregierungen, welche die sanfte offene Koordinationsmethode praktizieren, wenn sie Anfragen betreffend politisches und gegenseitiges Lernen akzeptieren, den jeweiligen PartnerInnen **die geeignetste Ebene für die Diskussion der Politik und die notwendige technische Unterstützung betreffend Zugang zu Informationen und Beziehungen mit Akteuren**. Die Bereitschaft, Unterschiede und spezifische Aspekte der jeweiligen Partner zu verstehen ermöglicht es den Beteiligten, über den eigenen kulturellen Tellerrand hinauszublicken, der internationales politisches Lernen verhindert.

- Alle Regionalregierungen haben Gründe, internationale Kooperation zu nutzen, um ihre Politiken zu verbessern, ob es nun um die Verwaltung regionaler Entwicklung oder internationale Dimensionen geht. Damit diese Anstrengung für zusätzlichen Nutzen sorgt, muss das Verlangen nach Kooperation mit einem starken Bedürfnis der Verbesserung und Veränderung einhergehen, untermauert durch eine explizite institutionelle Entscheidung. Für die Region ist dies die Bedingung für die kurz- und mittelfristige Erreichung der erwarteten Verbesserung und für eine Kooperationsanfrage, die für alle Beteiligten zufriedenstellende Ergebnisse erreichen kann.

Daher geben die Regionalregierungen, welche die sanfte offene Methode der Koordinierung nutzen, **ihren PartnerInnen eine Qualitätsgarantie** – bevor ein Vorschlag für eine Kooperation gemacht wird –, **welche die solide lokale Basis für ihre Anfrage für Transfer von Politiken und Strategien spezifiziert und gewährleistet**. Der Vorschlag ist immer das Ergebnis eines Konsultationsverfahrens, an welchem die Schlüsselakteure teilnehmen. Des Weiteren wird er immer gemäß der europäischen Strategien und Politiken formuliert, als Referenzpunkt, der die Spezifizierung von Punkten gemeinsamen Interesses fördert. Zusätzlich werden je nach gewählttem Politikbereich, den involvierten Verantwortlichkeiten und den erwarteten Ergebnissen die geeigneten Akteure vorgeschlagen. Die Qualitätsgarantie beim politischen Lernen erfordert die zuvor eingegangene Verpflichtung, daran zu arbeiten, verschiedene kulturelle Filter zu überwinden, die gegenseitiges Verstehen erschweren und aus unterschiedlichen Ideen, Konzepten und Praktiken entstehen.

Das Initiieren eines politischen Lernprozesses unter Regionalregierungen birgt das Potential weiterer Notwendigkeit, Beziehungen zu erforschen und zu entwickeln. Deshalb ist eine weitere Vorbedingung für die Qualität und den Erfolg das Demonstrieren der Fähigkeit, die notwendigen Ressourcen für potenzielle Entwicklungen zu aktivieren, und des Vorhandenseins verstärkter, bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit zum Zweck des voneinander Lernens.

- Die Internationalisierung von Arbeitsmarkt, Aus- und Weiterbildung und produktiven Systemen wird von den Regionalregierungen mit gemeinsamen Aktionen im gemeinsamen Interesse begleitet, mit dem Ziel der Schaffung von Infrastruktur, Diensten oder Initiativen. Diese können die Mobilität der BürgerInnen für Aus- und Weiterbildung, Arbeit, Geschäft, sowie die gemeinsam koordinierte Schaffung von Aus- und Weiterbildungsangeboten und andere gemeinsame Aktionen betreffen. Daher haben die Regionalregierungen, welche die sanfte offene Koordinierungsmethode nutzen, einen Weg eingeschlagen, der, je nach Thema, die Schaffung von bilateralen **Vereinbarungen und jährlichen Umsetzungsplänen, oder das Zeichnen von Verträgen für die Erzeugung von Gütern oder die Bereitstellung von Dienstleistungen** erlaubt.
- Die gesamte Zusammenarbeit unter den Regionalregierungen liefert eine konkrete Bestätigung der europäischen Strategien und Beweise für die Möglichkeiten, diese Strategien auf Vergleichsbasis umzusetzen und Verbesserungsvorschläge für sie vorzubringen.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN

4.1. Kontextualisierung der SMOC-Partner und ihrer entsprechenden Projekte und Planungen⁹⁷

Die Relevanz des regionalen Aspekts

Politikfragen werden auf globaler Ebene immer relevanter (Umwelt, Armut, Frieden, etc.), und Politik wird immer mehr auf globaler Ebene gemacht. Zusammenarbeit und Netzwerken auf multinationaler Ebene (wie in der EU) ist eines der wichtigsten Mittel für Nationen, globale Akteure zu werden. Die konkreten Themen, mit denen jedes menschliche Wesen umgehen muss, werden jedoch immer lokaler. Also wird die regionale Dimension von Gesellschaftsaspekten, hauptsächlich in den Bereichen, die mit den Bedürfnissen der Menschen und regionalen Entwicklungen zu tun haben, immer wichtiger.

Die Herangehensweise des SMOC-Projekts basiert auf dieser gegenwärtigen Realität und leistet einen wichtigen Beitrag zur Perspektive einer humanen Zukunft der Gesellschaft. Die Methode berücksichtigt, die Unterschiedene der Regionen auf effective Weise. Abgesehen von ihrem unterschiedlichen Entwicklungsstand haben Regionen unterschiedliche Bedürfnisse, Probleme, Chancen und Wege, Probleme zu lösen. Die innovativste, effektivste und effizienteste Strategie, um daraus das Beste zu machen, ist es, voneinander zu lernen; mehr über die Ziele und Probleme anderer Regionen zu erfahren, und vor allem ihre Wege, Probleme zu lösen, besser zu verstehen. Dies könnte schließlich zu einer vergleichbaren Struktur der Politikgestaltung im selben Bereich (in diesem Fall Bildung) in den Regionen führen, ohne dass dabei die unterschiedlichen Bedürfnisse und Herangehensweisen vernachlässigt werden.

Die mit SMOC gewählte Methode, die sich auf das voneinander Lernen konzentriert, weist verschiedene Möglichkeiten für Transfer, Modifikation und Austausch von guten und bewährten Verfahrensweisen auf. Dies bezieht sich nicht nur auf den qualitativen Weg des Diskutierens und Lösens von Problemen, sondern auch auf den quantitativen Vergleich, die Akzeptanz von Benchmarks. Auf diese Weise können die Regionen nicht nur voneinander lernen, sondern sich auch in einem breiteren Feld von Leistungen wiederfinden.

Im Bereich des lebenslangen Lernens und der Erwachsenenbildung hat die SMOC-Herangehensweise mit dieser quantitativen Studie zu der Erkenntnis geführt, dass es abgesehen von den verschiedenen Beteiligungsraten in allen Regionen einen Trend in Richtung Stagnation und Rückgang gibt. Die Ergebnisse zeigen, dass es unter der Mehrheit der Menschen, die nicht an Erwachsenenbildung teilnehmen, eine große Gruppe von Menschen gibt, die in keinerlei soziale Aktivität involviert sind – weder Arbeit, noch Sport, noch andere soziale Aktivitäten.

Mit Projekten und Maßnahmen wird in den acht teilnehmenden, europäischen Regionen versucht, gegen diese allgemeinen Probleme vorzugehen. Jede Region hat ihren Weg entwickelt, das Problem zu lösen, indem man sich auf einen bestimmten Aspekt der vergangenen Analysen konzentrierte und ein zentrales Paradigma, ein Postulat festlegte. Dieses zentrale Paradigma bezieht sich auf den allgemeinen Hintergrund und alle menschlichen Wesen in der Zukunft der gemeinsamen Gesellschaft.

Allgemeine Beobachtungen

Einige Beobachtungen zur Interaktion der Regionen innerhalb von SMOC könnten für zukünftige Aktivitäten hilfreich sein. Die erste Beobachtung ist, dass es in keinem Fall möglich oder beabsichtigt war, die Zahl der Lösungselemente für die Situation Erwachsenenbildung zu verringern (Projekte, Maßnahmen, etc.); immer, wenn bildungstechnische Probleme auftauchen, sind alle pädagogischen Bereiche involviert, und über sie alle muss nachgedacht werden.

Die zweite Beobachtung ist – nicht überraschend –, dass Regionen, die sich ähnlicher sind, ähnliche Probleme und politische Ziele haben, verstärkt zusammenarbeiten.

Hiermit ist die dritte Beobachtung verbunden. Je weniger Unterschiede es zwischen den Problemen ist, desto leichter ist es, Lösungen des entsprechenden Problems zu transferieren – d. h. zunächst das Problem praktisch zu analysieren und dann die Lösung anzuwenden.

Die vierte Beobachtung lautet, dass große Unterschiede bei den Investitionen der Regionen in den Bildungssektor herrschen, wobei der Grund hierfür manchmal schwer zu erklären ist. Offensichtlich sind nicht immer Beweise für die wirtschaftlichen Auswirkungen, selbst für die kurzfristigen Auswirkungen, von Bildung, vorhanden. Die fünfte Beobachtung betrifft die Tatsache, dass eine starke und systematisch qualitative Diskussion betreffend die Interpretation der quantitativen Benchmarks vonnöten ist, da diese nicht selbsterklärend sind.

Hierfür kann die sechste Beobachtung als Beispiel dienen. Probleme sind oft sehr ähnlich, aber nicht identisch, und aufgrund dieser kleinen Unterschiede könnte der Transfer von Lösungen fehlschlagen – beispielsweise Minderheitenprobleme betreffend Roma in Bulgarien und Chinesen in der Toskana.

⁹⁷ Von Prof. Ekkehard Nuissl von Rein – DIE Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (Interner Bewerter der SMOC).

Und schließlich ist die siebte Beobachtung, dass die Lösungen, die in den Regionen gefunden wurden, von den Lernenden kamen und nicht vom „System“, sie also – trotz ihrer Einführung durch die Spitze – mehr oder weniger einer Strategie von unten nach oben folgen, was in diesem Bereich eine Voraussetzung für Effektivität und Effizienz zu sein scheint.

4.2. Severozapaden

Bulgarien und besonders die Region Vidin werden daran arbeiten müssen, die Bildungsziele von Europa 2020 zu erreichen. Das größte Problem scheint die hohe Zahl der Kinder zu sein, die schon in jungem Alter aufhören, zur Schule zu gehen. Daten des nationalen Statistikinstituts für das Schuljahr 2009-2010 zeigen, dass 93,4% der Kinder im Alter von sieben bis zehn Jahren zur Schule gehen. Bei den Elf- bis 14-Jährigen waren es jedoch 82,4%, und derzeit schließen nur 78,6% der jungen Menschen die Sekundarstufe I ab, was bedeutet, dass 22% kein Abschlusszeugnis bekommen. Diese Daten deuten an, dass es für Bulgarien eine Herausforderung sein wird, die EU-Ziele betreffend die Reduzierung der Schulabbruchsquote 2020 auf unter 10% zu erreichen.

Was die höhere Bildung betrifft, so befindet sich Bulgarien derzeit in einer guten Position, um das europäische Ziel zu erreichen – mindestens 40% der jungen Menschen werden 2020 über höhere Bildung verfügen.

Im Studienjahr 2009/2010 studierten 33,1% der jungen BulgarInnen im Alter von zwischen 19 und 23 Jahren an einer Universität oder an Fachhochschulen. Weitere 3,9% besuchten Colleges und 0,8% besuchten Einrichtungen für Berufsbildung.

Bulgarien ist dabei, seine nationalen Ziele vorzubereiten, um dem Land zu helfen, die Bildungsziele von Europa 2020 zu erreichen. Sofia muss im Herbst nationale Ziele und eine Beschreibung darüber, wie genau diese erreicht werden sollen, in Brüssel vorlegen. Um die Ziele zu erreichen, muss in Bulgarien mehr in den Bildungssektor investiert werden. Laut der Strategie Europa 2020 sollte jedes Land 3% seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Forschung und Entwicklung investieren. Im Mai 2010 sagte der Außenminister, Nikolay Mladenov, dass nur ein Teil dieses Betrags zur Verfügung gestellt werden kann, und dass das Land wahrscheinlich nur 2% des BIP aufwenden wird. Selbst die Erreichung dieser Zahl wird jedoch von der Reform von Forschung und Entwicklung der bulgarischen Wirtschaft abhängen.

Bulgarien entwickelt derzeit einen umfassenden und auf Lernergebnissen basierenden nationalen Qualifikationsrahmen (*National Qualifications Framework* NQF), der alle Ebenen des Aus- und Weiterbildungssektors und die entsprechenden Qualifikationen/Abschlüsse umfasst. Die neue bulgarische Regierung, die seit Juli 2009 im Amt ist, betrachtet den NQF als eine Voraussetzung für die Umsetzung des EQF (Europäischer Qualifikationsrahmen), und deshalb als eine wichtige nationale Priorität. Die Entwicklung eines NQF bekommt eine hohe Priorität im Programm des Ministeriums für Bildung, Jugend und Wissenschaft (2009-2013). Laut dem Aktionsplan 2010 soll ein NQF-Entwurf bis zum 15. Dezember 2010 vorliegen.

Im April 2008 wurde im Auftrag des Bildungsministeriums eine Task Force ins Leben gerufen, um Vorschläge zu entwickeln, wie die nationalen Qualifikationen zum EQF in Bezug gesetzt werden können, einen Plan für sektorenspezifische Entwicklung von Qualifikationen vorzubereiten und einen Vorschlag für Veränderungen in der nationalen Gesetzgebung vorzulegen. Eine separate Task Force bereitete einen Entwurf für einen Qualifikationsrahmen für die tertiäre Bildung vor, der auf den Dublin Descriptors basiert. Er entspricht auch den nationalen Deskriptoren der existierenden Hochschulstruktur (BA, MA und Doktorat), die durch das Hochschulgesetz (1995) eingeführt wurden, mit Zyklen und Deskriptoren, die im Kontext des Europäischen Hochschulraums (EHR) eingeführt wurden. Es wurden ebenfalls nationale Deskriptoren für den Hochschulbereich ausgearbeitet. Entwürfe für Deskriptoren für Berufsbildungsniveaus (VET) des NQF wurden im Januar 2010 erarbeitet. Sie basieren auf Lernzielen und sind nach Berufsbildungs-Qualifikationsgraden strukturiert.

Die Arbeit an der Herstellung von Verbindungen zwischen Berufsbildungsniveaus und allgemeinen Ausbildungsstufen läuft noch.

4.3. Syddanmark

Lebenslanges Lernen ist ein Werkzeug zur Erreichung wirtschaftlicher Entwicklung in strategischen Wirtschaftsbereichen – Unterstützungstechnologie (Welfare Technology), Energie, Unterhaltungswirtschaft und Cluster. Die derzeitige Strategie läuft noch bis inklusive 2011, und in der Arbeit an der neuen Strategie für wirtschaftliche Entwicklung wird es einige Verbindungen zur Strategie Europa 2020 geben.

In der Region Süddänemark besteht die Möglichkeit, einige der Ideen des schwedischen Modells „Tech College“ im Rahmen der süddänischen Bildungsvereinbarung zu integrieren. Der Lenkungsausschuss der süddänischen Bildungsvereinbarung stimmte zu, dass es notwendig sei, eine breitere Zusammenarbeit

zwischen dem Bildungssystem und privaten Unternehmen zu entwickeln. Dies soll sowohl für die Grundschulen als auch die Ebenen der Sekundarstufe II und die Berufsbildung gelten. In der zukünftigen Arbeit in diesem Bereich wird die Idee des *Technical College* (technisches College) als eine Art Inspiration genutzt werden, da es nicht möglich ist, sie direkt zu übernehmen, weil die Initiative in Schweden von den Sozialpartnern und Unternehmen ausging.

4.4. País Vasco

Im Baskenland wurden im letzten Jahrzehnt Politiken und Maßnahmen eingeführt, die den strategischen Zielen entsprechen, die in der neuen Strategie Europa 2020 angesprochen werden. Einige dieser Maßnahmen werden im Folgenden beschrieben.

Zur Erreichung des Strategieziels 1: „*Verwirklichung des lebenslangen Lernens und der Mobilität von Lernenden und Lehrenden*“ wurde die folgende Maßnahme getroffen:

- Das Verfahren zur Anerkennung von Qualifikationen, die durch Berufserfahrung und nicht-formales Lernen erlangt wurden.
- Das Netzwerk von Lernvermittlungsdiensten, die auf regionaler Ebene arbeiten und Informationen zum Weiterbildungsangebot (formal oder nicht-formal) in ihrer geografischen Region geben, Menschen ihrer vorherigen Ausbildung, ihren Interessen und ihren Erwartungen entsprechend beraten, Weiterbildungsbedarf erkennen und versuchen, diesen zu decken.
- Die Mitfinanzierung von Mobilitätsprojekten für Lernende, junge Erwerbstätige und Lehrende, sowohl durch die Leonardo da Vinci- und Erasmus-Unterprogramme, sodass 2010 12% der Lernenden, die ihre Berufsausbildung abgeschlossen, an einem Mobilitätsprojekt teilnahmen.

Betreffend das Strategieziel 2 „*Verbesserung der Qualität und Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung*“ wurde Folgendes unternommen:

- Dreisprachige (Spanisch, Baskisch und Englisch) Lernerfahrungen auf den Ebenen der verpflichtenden Sekundarbildung, Bachelor und Berufsbildung.
- Die Einführung von Qualitätssystemen in der Verwaltung von Weiterbildungszentren, sodass der Prozentsatz der Zentren im Baskenland, die nach UNE-EN ISO und/oder EFQM Standards zertifiziert sind, hoch ist. Von insgesamt 60 Berufsbildungszentren sind 48 nach der Norm UNE-EN ISO 9001 zertifiziert (80%), 52 Zentren (86,66%) haben 400 EFQM-Punkte erreicht, neun Zentren (15%) haben 500 EFQM-Punkte erreicht und 12 Zentren (20%) verfügen über das Zertifikat UNE-EN ISO 14000.
- Spezieller Weiterbildungsplan für die Leitungsteams der Bildungszentren.

In Bezug auf das Strategieziel 3 „*Förderung der Gerechtigkeit, des Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns*“ wurde Folgendes entwickelt:

- Die Initial Professional Qualification Programmes (Einführungsprogramme für berufliche Qualifikation) für junge Menschen über 16 Jahren, die ihre Pflichtschulausbildung aufgegeben haben, ohne die entsprechenden Ziele erreicht zu haben, also, ohne ihre Abschlusszeugnisse der verpflichtenden Sekundarbildung erhalten zu haben. Das Ziel besteht darin, dass diese jungen Menschen die Stufe I beruflicher Qualifikation erreichen, entweder durch das Erhalten ihres Abschlusszeugnisses für die Pflichtschulbildung der Sekundarstufe oder durch den Beginn einer Berufsausbildung der mittleren Stufe.
- Frühe Aufmerksamkeit für die Unterschiede unter den Lernenden und besonderen Bildungsbedarf durch Projekte zur Bildungsunterstützung (*educational reinforcement*), Programme zur Diversifizierung von Lehrplänen, Programme für zusätzlichen Unterricht (*extra schooling*), interkulturelle Programme, und solche für Lernende, die erst kürzlich ins Land gekommen sind.

Betreffend das Strategieziel 4 „*Förderung von Innovation und Kreativität — einschließlich unternehmerischen Denkens — auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung*“ wurden die folgenden Maßnahmen gesetzt:

- Das TKNIKA-Zentrum für Innovation in der Berufsausbildung und im lebenslangen Lernen, das 2005 geschaffen wurde, hat die Aufgabe, Innovation zum Rückgrat der Berufsbildung im Baskenland zu machen, in neuen Umgebungen und Lernprozessen Fortschritte zu erzielen und die so genannte Kompetenzlücke zu reduzieren, vom Zeitpunkt, zu dem eine Idee oder Technologie auftaucht, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Gesellschaft diese nutzen kann. Durch Technologiebeobachtung gestaltet und entwickelt TKNIKA innovative Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Management, Weiterbildung, Technologie und

IKT – E-Learning – und führt diese in Berufsbildungszentren ein, um sie dann auch in den Geschäftsbereich zu transferieren. Dieses Zentrum besitzt das Zertifikat UNE 166002⁹⁸.

Das Gesetz 5/2002 vom 19. Juni zu Qualifikationen und Berufsbildung etabliert das nationale Verzeichnis beruflicher Qualifikationen und das System zur Bewertung und Anerkennung beruflicher Qualifikationen. Dieses Gesetz enthält folgende Definitionen:

- Berufliche Qualifikation: ist die Kombination beruflicher Fähigkeiten, die für die Beschäftigung sinnvoll sind und durch modulbasierte Weiterbildung oder andere Weiterbildungsformen sowie Berufserfahrung erlangt werden können.
- Berufsqualifikation: ist die Kombination von Wissen und Qualifikationen, die es erlauben, einer beruflichen Aktivität so nachzugehen, dass man dabei den Anforderungen der Leistungserstellung und des Arbeitsplatzes entspricht.
- Weiterbildung, die mit Berufsbildungs-Titeln/Bezeichnungen verbunden ist: ist modulbasiert und etabliert die Äquivalenz jedes Berufsmoduls mit Punkten oder Credits, die dem europäischen System ECVET entsprechen. Die Module werden anhand von Lernergebnissen und Bewertungskriterien definiert.

Die Kompetenz zur Regelung der Bestimmungen, welche Berufsbildungsbezeichnungen und den Mindest-Lehrinhalt festlegten, wurde den einzelnen autonomen Regionen übertragen, und diese sind deshalb je nach Region verschieden.

Des Weiteren wird mit jeder Berufsbezeichnung die notwendige Ergänzung zum Diplom oder Zeugnis, unter Berücksichtigung des Europass, und die passende Ebene des *International Standard Classification of Education* (ISCED) festgelegt, die Äquivalenz im europäischen Qualifikationsrahmen antizipiert, und zwar für den Zeitpunkt, wenn der nationale Qualifikationsrahmen in Übereinstimmung mit europäischen Empfehlungen etabliert ist. Die europäischen Empfehlungen werden das entsprechende Niveau dieses Titels im nationalen und europäischen Qualifikationsrahmen festlegen. All dies unterstützt die Förderung der Transparenz von Qualifikationen und die Mobilität von Lernenden und Erwerbstätigen.

Die regionalen Politiken, die von Regionen mit Entscheidungsbefugnis im Bereich Aus- und Weiterbildung entwickelt werden, sind essentiell dafür, dass Staaten und die Europäische Union die durch die in den Strategien verschiedener Zeiträume festgelegten Ziele erreichen. In dieser Hinsicht sind interregionale Kooperation, effektive Nutzung der offenen Koordinierungsmethode (OMC) und die Entwicklung von Synergien zwischen Regionen, wie sie sich bis jetzt im Rahmen von EARLALL⁹⁹ und den Projekten, die zwischen seinen Mitgliedsregionen durchgeführt wurden, entwickeln, klar wertvoll für die Verbesserung von Politiken und Maßnahmen, die im Bereich Aus- und Weiterbildung in jeder Region geschaffen wurden. Das Lernen unter Gleichgestellten, der Austausch bewährter Verfahrensweisen und das Teilen von Ergebnissen sind gemeinsame Werkzeuge der EARLALL-Mitgliedsregionen und wurden besonders durch Projekte (wie Prevalet und SMOC) perfektioniert, die im Rahmen des europäischen Programms für Lebenslanges Lernen entwickelt wurden.

In diesem Zusammenhang waren die Studienbesuche in den Regionen Syddanmark und Västsverige, die von VerantwortungsträgerInnen für Politikgestaltung und technische Aspekte der Entwicklung und Verwaltung der Erwachsenenbildung im Baskenland unternommen wurden, enorm nützlich für die Förderung neuer Maßnahmen. Dies war ein Ergebnis der teilweisen Anpassung spezifischer Politiken und Maßnahmen, die in jenen zwei der europäischen Regionen umgesetzt werden, welche die höchsten Beteiligungsraten der Über-25-Jährigen an Weiterbildungsaktivitäten aufweisen.

Genauer gesagt:

- Flexibilität im Management und bei Weiterbildungsoptionen, die an die Bedürfnisse Erwachsener, die die *Folkhögskola* (*Volkshochschulen*) in Västsverige besuchen, angepasst sind, und die es ihnen erlauben, Qualifikationen zu erlangen und ihre Weiterbildung mit ihrem Arbeits- und Familienleben zu vereinbaren.
- Das Beratungsnetzwerk in Bezug auf Erwachsenenbildung und vorbereitende Erwachsenenbildung (FVU): Aufnahme, Information und Beratung.

4.5. Toscana

Die Region Toscana verleiht der Bildung in den Planungsdokumenten, die durch die neuen Gesetze angenommen wurden, eine zentrale Rolle bei der Förderung strategischer Prozesse für eine wissensbasierte Gesellschaft, die intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum unterstützen kann. Das Ziel der Region ist es, den Wandel mit Bildung als einem Instrument des Wandels zu vollziehen.

Um dies zu tun, hat die Region die folgenden Benchmarks mit Bezug auf Europa 2020 identifiziert:

⁹⁸ www.tknika.net, [October 2010].

⁹⁹ European Association of Regional and Local Authorities for Lifelong Learning, www.earlall.eu, [Oktober 2010].

1. Kampf gegen frühzeitigen Schulabbruch. Die Toskana setzt es sich im Rahmen von Europa 2020 als Ziel zu gewährleisten, dass die Schulabbruchrate in zehn Jahren bei unter zehn Prozent liegt (derzeit liegt dieser Wert in der Toskana bei 17%).
2. Erhöhung des Bildungsniveaus der toskanischen BürgerInnen. Die Erreichung des europäischen Ziels mit einem Prozentsatz an AbsolventInnen über 85% (derzeit liegt dieser Wert in der Toskana bei 80%) und dass zumindest 40% der jungen Menschen einen Universitätsabschluss aufweisen (derzeit liegt dieser Wert in der Toskana bei 17%).
3. Integration von Schule und Arbeit durch die Unterstützung von Formen der Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen, um Kontinuität zwischen den beiden Sektoren herzustellen, die es einerseits erlaubt, den Kontext der vom wirtschaftlichen System geforderten Qualifikationen besser zu verstehen, und andererseits, den Übergang von der Schule ins Unternehmen zu erleichtern.
4. Politiken der bildungstechnischen Kontinuität für die Altersgruppe von null bis sechs Jahren, welche die Unterstützung von Kindern fördern und Lösungen für bildungstechnische Kontinuität zwischen Kinderkrippen und Vorschulen entwickeln, deren Ziele die Entwicklung von neuen Lehrmethoden und Unterstützung für integrierte Gleichstellungspolitiken für Männer und Frauen, besonders in Bezug auf Arbeitszeit, sind.
5. Erwachsenenbildung. Die Ziele von Europa 2020 besagen, dass eine wissensbasierte Gesellschaft zur Förderung ihrer Innovationskapazität mehr Kompetenzen benötigt, als diese derzeit von den Menschen im Laufe ihres Lebens erworben werden. Das regionale Ziel ist es, den toskanischen BürgerInnen Weiterbildung, besonders nicht-formaler Art, zur Verfügung zu stellen, um ihr Wissen und ihre Qualifikationen zu erweitern, die sie dann auf ihren Berufswegen als Innovationswerkzeuge nutzen können.

Neue Ideen und die Fähigkeit, erfolgreiche, in anderen Ländern getestete Maßnahmen auf regionale und lokale Systeme zu übertragen, und es so Systemen zu erlauben, flexibel und schnell zu sein, um die Kosten zu reduzieren und die Ergebnisse zu optimieren.

4.6. Steiermark

Soweit es die Nutzung von Europäischen Tools betrifft, ist das Bundesland Steiermark abhängig von nationalen Entwicklungen. So ist derzeit zum Beispiel weder eine Nationale Lebenslange Lernen Strategie für Österreich beschlossen, noch ein Nationaler Qualifikationsrahmen in Österreich definiert, dies betrifft auch die Steiermark. Dennoch versucht die Steiermark Strategien im Bildungsbereich zu entwickeln und die regionalen Politiken an erwartbaren nationalen und Europäischen Strategien auszurichten. Das betrifft sowohl die frühkindliche Erziehung, die so gennante "Neue Mittelschule", als auch die Erwachsenenbildung und Lifelong Guidance.

Die gemeinsame Überzeugung der Partnerorganisation, der regionalen und nationalen Regierung ist es, dass ohne die übergreifenden regionalen, transnationalen, Europäischen und weltweiten (z.B. OECD) Kooperationen und Interaktionen keine regionale, nationale Entwicklung wirksam umsetzbar ist.

Für die Steiermark ist SMOC ein bedeutender Bereich in diesem Gesamtzusammenhang. Die in diesem Rahmen hergestellten interregionalen Kontakte werden in konkreten Bereichen weitergeführt (z.B. mit Västra Götaland für den österreichischen Nationalen Lebenslangen Lernen Strategie Prozess).

Das neue Regierungsprogramm des Bundeslandes Steiermark orientiert sich an den Anforderungen der regionalen, nationalen und Europäischen Strategien. SMOC kann einen Beitrag im Bildungsbereich leisten, speziell in den Bereichen frühkindliche Erziehung, Beratung, Lehrer/innenbildung und Erwachsenenbildung. Die Dimensionen von ET 2020 (speziell Mobilität, Schlüsselkompetenzen, Unternehmergeist) sind die Basis für diese Entwicklung.

Konkrete Aktivitäten wurden in den unten angeführten Bereichen bezüglich der Kooperationen im SMOC Prozesses geplant und durchgeführt:

- Lifelong Guidance als integrierter Teil der regionalen Strategie für Lifelong Guidance
- Kooperation zwischen Erstausbildung und Erwachsenenbildung im Bereich Beratung und Lebenslanges Lernen
- Koordination bezüglich der regionalen Implementierung des Prozesses der nationalen Lebenslanges Lernen Strategie

4.7. Västsverige

Als Teil der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ist „Eine Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ der Beitrag der Kommission zur Erreichung des EU-Beschäftigungsziels für Frauen und Männer von 75% für die Altersgruppe 20 bis 64

bis zum Jahr 2020. Die Strategie unterstreicht außerdem die Ziele der EU, die Schulabbruchsquote unter zehn Prozent zu senken und die Anzahl junger Menschen im tertiären Bildungsbereich oder äquivalenter Berufsbildung auf mindestens 40% zu erhöhen.

Die Maßnahmen, die in Västra Götaland als bewährte Verfahrensweisen gewählt wurden, werden auf vielerlei Weise in die neue Strategie aufgenommen.

Regionale Kooperation zwischen Schulen der Sekundarstufe II zur Verbesserung der Qualität durch sowohl Wettbewerb als auch Zusammenarbeit wird verhindern, dass SchülerInnen die Schule abbrechen, und sicherstellen, dass die Schulen die SchülerInnen auf das Universitätsniveau, höhere Berufsbildung und den Arbeitsmarkt besser vorbereiten.

Die Nationale Agentur für Höhere Berufsbildung in Schweden dient als nationale Koordinationsstelle für den Europäischen Qualifikationsrahmen im Bereich des lebenslangen Lernens. Västra Götaland ist Teil einer Referenzgruppe, welche die Aufgabe hat, einen nationalen Qualifikationsrahmen auszuarbeiten. Västra Götaland steht in der ersten Reihe bei der Ausarbeitung eines regionalen Systems und von Methoden zur Anrechnung und Anerkennung von Qualifikationen. Västra Götaland und die Nationale Agentur für Bildung (Skolverket) vertreten Schweden als Mitglieder der Nutzergruppe des ECVET-Netzwerks, mit dem Ziel, die Umsetzung von ECVET (Europäisches Leistungspunktesystem für die Berufsbildung) auf nationaler und regionaler Ebene zu fördern.

Västra Götaland entschloss sich dazu, mehr über Berufsbildungssysteme inklusive des Systems der Lehre in Syddanmark und der Steiermark zu erfahren, da Schweden und folglich lokale Gebietskörperschaften in Västra Götaland ab Herbst 2011 eine neue Reform der Aus- und Weiterbildung der Sekundarstufe II umsetzen. Die wichtigste Lektion waren die Maßnahmen, die zeigen, wie man hohe Qualität in Lehrprogrammen durch ein klar definiertes Verhältnis zwischen Schulen und Sozialpartnern sicherstellt. Die Maßnahmen zeigten, dass die Sozialpartner in beiden Ländern viel größere Verantwortung bei der Aus- und Weiterbildung junger Menschen übernehmen, hauptsächlich aufgrund der im Vergleich zu Schweden unterschiedlichen Regelungen betreffend Lehrlinge. Diese Verantwortung war in der Tat beeindruckend, doch andererseits war es klar, dass Systeme wie jenes in Dänemark und Österreich sehr unter der Wirtschaftskrise zu leiden hatten und haben.

4.8. Wales

Wales verfügt über eine eigene dezentrale Regierung, das Welsh Assembly Government, innerhalb des Vereinigten Königreichs, des EU-Mitgliedsstaats, zu dem es gehört. Die walisische Regierung spielt durch die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs eine aktive Rolle im europäischen Politikprozess. Das Ziel der walisischen Regierung ist es, Wales zu einem Schlüsselakteur innerhalb Europas und einem aktiven Teilnehmer und Partner in der Europäischen Union zu machen.

Die walisische Regierung sorgt dafür, dass die Interessen von Wales auf europäischer Ebene vertreten werden. Die europäischen Teams in unseren Büros in Cardiff und Brüssel sind dafür verantwortlich:

- auf europäische Konsultationen zu antworten.
- sicherzustellen, dass Wales sich an die EU-Gesetzgebung hält.
- das Profil von Wales in Europa zu verbessern.
- bei Ministerbesuchen in Brüssel und europäischen Ministerbesuchen in Wales Gastgeber zu sein.

Derzeitige und zukünftige EU-Strategien und Umsetzungswerkzeuge wie die Europäischen Strukturfonds unterstreichen die Rolle der Regionen bei der Erreichung von EU-Strategiezielen. Das Teilen von bewährten Herangehensweisen und Wissen auf regionaler Ebene ist essentiell, und interregionale Zusammenarbeit kann ein flexibles, pragmatisches Umsetzungskonzept sowie sinnvolles Benchmarking bieten. Es kann sein, dass statistische Vergleiche auf Mitgliedsstaatenebene die großen Unterschiede innerhalb der Mitgliedsstaaten nicht aufzeigen. Dies führt zu irreführender Interpretation der Daten und zu einem Mangel an Evidenz für die zukünftige Entwicklung von Politiken und praktischen Umsetzungswerkzeugen. Der Hauptvorteil von Werkzeugen wie SMOC ist also die Förderung solch interregionaler Zusammenarbeit und eines systematischen Zugangs zu Benchmarking auf regionaler Ebene.

Standards und Werkzeuge wie EQVET, EQR und andere werden bei der Entwicklung von Politik für Wales in Betracht gezogen. Europäische Strukturfonds (wie der ESF, EFRE, EFF) und Programme wie das EU-Programm für lebenslanges Lernen sind wichtige Werkzeuge, welche die Umsetzung von Politiken der walisischen Regierung unterstützen. Diese entsprechen in groben Zügen den europäischen Agenden, die in der Strategie EU 2020 festgelegt wurden. Das *Welsh European Funding Office*, das zur walisischen Regierung gehört, arbeitet eng mit der Europäischen Kommission zusammen, um sicherzustellen, dass Programme in Übereinstimmung mit den EU-Zielen umgesetzt werden, jedoch den speziellen Anforderungen in Wales Rechnung tragen.

Ein Besuch von VertreterInnen der weiterführenden Bildung in Wales im Baskenland im Dezember 2009

ergab neue Ideen für Berufsbildungs-Mobilität und führte zur Entwicklung eines Koordinierungs-Projekts. Durch das Projekt werden Einrichtungen in ganz Wales in Bezug auf Mobilitäts-Bemühungen unterstützt werden. Ein weiterer Besuch von VertreterInnen von Anbietern weiterführender Bildung in Västra Götaland bot Einblicke in die Formen der Zusammenarbeit zwischen mehreren AkteurInnen, um Berufsbildungs-Qualifikationen anzubieten, und in Wege der Zusammenarbeit mit Unternehmen. Feedback zu beiden Besuchen ergab frische Impulse für die Entwicklung von Qualifikationen, Berufsbildungs-Mobilität und Qualifikationen, die zu erhöhter Beschäftigungsfähigkeit führen.

Informationen betreffend SMOC, wie Broschüren, das Besuchsprogramm, Einladungen zu Veranstaltungen und Berichte wurden auf elektronischem Wege (E-Mail, Rundschreiben, Newsletters), in Meetings und Workshops verbreitet. Verbindungen mit anderen Programmen und Projekten wurden genutzt und den TeilnehmerInnen gegenüber hervorgehoben, um gemeinsames und projektübergreifendes Arbeiten zu fördern. Politische Veränderungen brauchen Zeit, doch die Besuche im Baskenland und in Västra Götaland werden von allen Beteiligten als Erfolg betrachtet. Es wird erwartet, dass der ausgelöste Enthusiasmus zu neuen Ideen und Projekten inspirieren wird, in denen politisches Lernen genutzt und in die Praxis umgesetzt werden wird. Um konkretere Vorteile und Ergebnisse zu bewerten, wären ein Folgeprojekt oder ein Monitoring-Bericht nützlich.